

Stenographisches Protokoll.

80. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Mittwoch, den 12. Mai 1920.

Tagesordnung: Fortsetzung der Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen).

Inhalt.

Beschriften der Staatsregierung,

1. betreffend den III. Nachtrag zum Entwurf des Finanzgesetzes für das Verwaltungsjahr 1919/20 (831 der Beilagen [Seite 2447] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 2447]);
2. betreffend den Gesetzentwurf, womit einige Bestimmungen der Gesetze vom 18. Dezember 1919, St. G. Bl. Nr. 570, 571 und 572, und des Gesetzes vom 22. März 1920, St. G. Bl. Nr. 134, abgeändert und ergänzt werden. (II. Nachtrag zum Besoldungsübergangsgebot) (833 der Beilagen [Seite 2512] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 2512]).

Vorlage der Staatsregierung.

Zuweisung von 829 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 2401).

Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (330 der Beilagen), betreffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen — Fortsetzung der Spezialdebatte über die Gruppe VIII: „Inneres, Unterricht, Kultus“ — Redner: Abgeordneter Dr. Gimpl [Seite 2447], Unterstaatssekretär für Inneres und Unterricht Glöckel [Seite 2450], die Abgeordneten Matthias Hermann [Seite 2460], Sponner [Seite 2462], Alois Bauer [Seite 2464], Scheibein [Seite 2467] — Spezialberichterstatter Dr. Danneberg [Seite 2469] — Spezialberichterstatter Leuthner [Seite 2470] — Annahme der Anträge des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 2471] — Spezialdebatte über die Gruppe XI: „Land- und Forstwirtschaft“, Gruppe XVI: „Volksernährung“ und über den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Parrer, betreffend die Budgetierung eines Betrages von zwei

Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft [752 der Beilagen] — Antrag des Präsidenten Dr. Dinghofer auf dringliche Behandlung [Seite 2472] — Redner: Spezialberichterstatter Eisenhut [Seite 2472], Obmann des Finanz- und Budgetausschusses Dr. Weisfiechner [Seite 2480], Berichterstatter Stocker [Seite 2480], die Abgeordneten Weigl [Seite 2485], Schöchtnar [Seite 2488], Gabriel [Seite 2490], Größbauer [Seite 2494],

Traxler [Seite 2496], Thanner [Seite 2497], Stika [Seite 2501], Grahamer [Seite 2503], Geisler [Seite 2506], Hollersbacher [Seite 2508], Klug [Seite 2509].

Ausschüsse.

Zurweisung von 828 der Beilagen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (Seite 2512).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anfragen:

Anfrage

der Abgeordneten Birnbauer, Stocker, Altenbacher und Genossen an die Gesamtregierung, betreffend die

Besorgung der Landwirtschaft mit Bedarfartikeln und Aufhebung der Zwangswirtschaft (Anhang I, 354/I).

Zur Verteilung gelangen am 12. Mai 1920:

die Regierungsvorlage 831 der Beilagen;
die Anfragebeantwortungen 144 und 145.

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 20 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Seitz, zweiter Präsident Hauser, dritter Präsident Dr. Dinghofer.

Schriftführer: Probst, Vorßner.

Staatskanzler: Dr. Renner.

Vizekanzler: Fink.

Staatssekretäre: Eldersch für Inneres und Unterricht, Dr. Ramek für Justiz, Dr. Reisch für Finanzen, Glöckler für Land- und Forstwirtschaft, Ingenieur Berdik für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Paul für Verkehrswesen, Hanusch für soziale Verwaltung, Dr. Loewenfeld-Ruk für Volksernährung, Dr. Mayr.

Unterstaatssekretäre: Glöckel und Miklas im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. Eisler im Staatsamte für Justiz, Dr. Waiss im Staatsamte für Heerwesen, Dr. Reisch im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll über die Sitzung vom 11. Mai liegt in der Kanzlei zur Einsicht für die Mitglieder auf.

Es ist eine Zuschrift eingelangt, in der die Einbringung einer Vorlage der Staatsregierung angekündigt wird. Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführerin Probst (liest):

„Auf Grund des Kabinettsratsbeschlusses vom 11. Mai 1920 beehe ich mich, in der Anlage die Regierungsvorlage über den III. Nachtrag zum Entwurf des Finanzgesetzes für das Verwaltungsjahr 1919/20 (831 der Beilagen) zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen.“

Wien, 8. Mai 1920.

Der Staatssekretär für Finanzen:
Reisch.“

Präsident: In der gestrigen Sitzung des Haupthausschusses wurde unter den Parteien vereinbart, daß dieser III. Nachtrag noch bei der Be-

schlußfassung des Hauses über das Finanzgesetz berücksichtigt werden soll. Es ist daher notwendig, daß sich der Finanz- und Budgetausschuß sofort mit diesem Gegenstande befasse. Wenn keine Einwendung erhoben wird, so werde ich, obwohl dafür in der Geschäftsordnung keine Begründung zu finden ist, diese Vorlage sofort dem Finanz- und Budgetausschuß zuweisen. (Nach einer Pause:) Eine Einwendung wird nicht erhoben. Ich werde daher in diesem Sinne vorgehen.

Wir gelangen zur Tagesordnung, das ist Fortsetzung der Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen), und zwar Gruppe VIII: „Inneres, Unterricht und Kultus.“

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Gimpl. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Gimpl: Hohe Nationalversammlung! Es ist bisher ziemlich viel gesprochen worden über das Kapitel Inneres, über das Kapitel Unterricht, aber etwas weniger über das Kapitel Kultus. Das Kultusbudget ist verhältnismäßig, wenn wir die ganzen Ausgaben des Staates in Betracht ziehen, eigentlich ein geringes. Die Ausgaben des Staates betragen 13 Milliarden, die Ausgaben für Kultus 24 Millionen, also eigentlich eine verschwindende Summe gegenüber den Gesamtausgaben des Staates. Die Ausgaben für den Unterricht betragen 48 Millionen. Und doch müssen wir sagen — und ich werde darauf noch zu sprechen kommen —, daß auch die Befriedigung des Kultusbedürfnisses des Volkes zu gleicher Zeit Volkserziehung ist. Die Ausgaben für das Heerwesen betragen 994 Millionen. Es würde heißen, Wasser in die Donau tragen, wenn ich noch einmal von unserem Heerwesen im verflossenen Jahre sprechen wollte. 994 Millionen für unsere Wehrmacht und 24 Millionen für die tiefsten Herzensbedürfnisse unseres Volkes, für das Kultusbudget! Der Kultus dient zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse des Volkes. Diese Befriedigung des religiösen Bedürfnisses und der religiösen Anlagen gehört mit zur vollen Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen Menschen, denn es läßt sich nicht leugnen: von Natur aus ist der Mensch religiös veranlagt. Es ist eine Naturanlage in jedem Menschenherzen, die den Menschen zur Gottesverehrung und zur Religion hinzieht. Das mit Gewalt

im Kindesherzen oder auch im erwachsenen Menschen zu unterdrücken, heißt die Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen Menschen einschränken. Es ist dies eigentlich ein Eingriff in die Freiheit des Individuums, ein Eingriff auch in die freie Entwicklung des gesamten Volkes. Und wenn wir vom Menschen überhaupt reden, so müssen wir das insbesondere von unserem deutschen Volke sagen. Das deutsche Volk hat namentlich auch die christliche Religion am allerlestesten im Laufe der Jahrhunderte erfaßt und unter den Deutschen sind es wiederum die Süddeutschen, die ihrem ganzen Gemüt entsprechend, ihrem ganzen Gefühlsleben, ihrem schönen, wunderbaren süddeutschen Herzen entsprechend, eigentlich von Natur und von Grund aus tief religiös veranlagt sind. Wenn es also der Staat etwa unternehmen wollte, sei es in der Schule, sei es im öffentlichen Leben, die Kultusbedürfnisse, das heißt die religiösen Bedürfnisse eines Volkes zurückzudrängen, einzudämmen, hier zu kargen und zu sparen, so widerstrebt das, wie ich bereits betonte, der freien Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen.

Es ist aber der Kultus zu gleicher Zeit auch Volkserziehung im großen Stile. Wer heute über unsere Verhältnisse und Zustände nachdenkt, der muß sich offen gestehen: unsere erwachsenen Leute brauchen die Erziehung ebenso sehr wie die Kinder in der Schule.

Ja, wir müssen heute sagen, daß eigentlich nach dem 14. Lebensjahr die Volkserziehung so recht erst beginnen müßte. Wenn man es darauf anlegt, die Religion, namentlich die christliche Religion in der Schule und im öffentlichen Leben etwa zu vernichten und zurückzudrängen, so begeht man ein Verbrechen gegen die gesamte Erziehung unseres Volkes. In diesem Sinne, meine sehr Verehrten, will auch der Klerus und namentlich der katholische Klerus gewertet und eingeschätzt werden. Und da müssen wir schon sagen: da haben unsere alten heidnischen Vorfahren, die unter den Eichen ihrer Urwälder die Götter verehrt haben, da haben die Türken und da haben die wilden Völker mehr Achtung vor ihrem Priesterstande und vor ihrem Klerus als zum Beispiel der Herr Abgeordnete Witternigg. Es wäre höchste Zeit, daß man einmal mit diesen alten Gassenhauern gegenüber dem katholischen Klerus aufhören würde. (Sehr richtig!) Und mit Dingen, von denen man nicht weiß, soll man darüber mit lächelnder Miene zur Tagesordnung übergehen oder soll man davon reden? Es wird zum Beispiel behauptet, ein Ehepaar, das konfessionslos geheiratet habe, sei von einer Gemeinde ausgewiesen worden, weil es in einer Mischheide gelebt hat. Ja, meine sehr Verehrten, da muß man denn doch sagen, wovon man nichts versteht, davon soll man auch nicht reden. (So ist es!) Das heißt

mit andern Worten: der Herr Abgeordnete Witternigg wird es schließlich noch zu stande bringen, zu behaupten, der Schnee könne zu gleicher Zeit weiß und schwarz sein. Darüber gehen wir also zur Tagesordnung über. (*Zwischenruf des Abgeordneten Witternigg.*) Ich habe schon betont, mit diesen alten Phrasen und mit diesen alten Namen beschäftigen wir uns nicht mehr. Ich wiederhole noch einmal: Der Klerus, namentlich der katholische Klerus will gewertet sein nach seinen Leistungen, die er in der Erziehung unseres gesamten Volkes aufzuweisen hat, und ich betone noch einmal, unser Volk bedarf heute wahrhaftig der Erziehung.

Die Sozialdemokratie freilich braucht nach ihrer Weltanschauung eigentlich kein Kultusbudget, denn die Sozialdemokratie fußt auf dem Boden der materialistischen Weltanschauung. Für sie ist Religion eigentlich ein überwundener Standpunkt, etwas, worfür man heutzutage überhaupt keinen Heller mehr ausgeben soll. Das ist selbstverständlich, zu solcher Ansicht muß man kommen, wenn man sich rein auf den Boden der materialistischen Weltanschauung stellt. Schauen wir aber einmal um uns, schauen wir auf unser Volk, das täglich weiter und weiter dem sittlichen Abgrund, dem vollständigen Ruin entgegen geht. (*Abgeordneter Witternigg: Das war ja Eure Erziehung!*) Wer, meine sehr Verehrten, hat denn die christliche Erziehung in der Schule und im öffentlichen Leben so verhindert, als wie gerade Ihre Presse und Ihre Agitatoren, die den Klerus, die Religion und die Kirche beschimpft haben, bis hinauf in das fernste Gebirgsdorf? Auf der einen Seite vom Christentum etwas verlangen und auf der anderen Seite das Christentum wiederum mit Füßen treten, das ist ein Widerspruch. (*Zwischenrufe.*)

Schauen wir nur einzelne Probleme im heutigen öffentlichen Leben ein bißchen näher an! Man klagt fortwährend über den ungeheuren Mangel an Ordnung, über Disziplinlosigkeit, Ungehorsam, Auflehnung, beständige Revolution u. dgl., an der unser Volk beinahe zugrundegehen droht. Man ruft deshalb heute und hat immer gerufen nach einer geordneten, starken Wehrmacht und gar manche Herren von der sozialdemokratischen Partei waren nicht die letzten Kämpfer in diesem Streite. Aber glauben Sie, meine sehr Verehrten, daß Sie mit Polizei, mit Gendarmerie, mit Bajonetten und Maschinengewehren, daß Sie mit Gewalt ein Volk regieren können? (*Abgeordneter Witternigg: Nein, das haben Sie geglaubt!*) Unbedingt brauchen wir wieder einmal ein Volk, das aus dem Gewissen heraus gehorcht. (*Zwischenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Dr. Gimpl: Fragen wir uns doch einmal, warum herrscht heute keine Autorität, warum spricht man heute so viel von Menschenrechten und so wenig von Menschenpflichten? Warum redet man immer so viel von Freiheit und so wenig von Unterordnung, Botmäßigkeit und Gehorsam. (Zwischenrufe.) Ich glaube, meine sehr Verehrten, das kommt gerade daher, weil man heute — und man mußte es nach der materialistischen Weltanschauung so machen — den Menschen zum obersten Herrn, zum obersten Gesetzgeber über alles gemacht hat, zum Ausgangspunkt aller Gewalt, zum Ausgangspunkt allen Rechtes, zum Ausgangspunkt überhaupt jedweder Macht. Gerade die Herren von der Sozialdemokratie waren es, die am meisten immer über das sogenannte Gottesgnadentum geschrägt und geschimpft und auch hier in diesem Hause diese Schmähung fortgesetzt haben. Wir sind nun einmal der Überzeugung, daß unser Volk auch wieder einmal wissen muß, daß auch der Präsident der Republik seine Macht nicht zuletzt vom Volke allein, sondern die oberste Sanktion seiner Macht von einem ewigen Herrn und von einem ewigen Gesetzgeber haben muß. (Gelächter und ironischer Beifall.) Es wäre hoch an der Zeit, daß Sie nicht darüber lachen. Es wird einmal die Zeit kommen, wo Sie dieser Weltanschauung recht geben werden, denn Ihre Weltanschauung, Ihr Materialismus ist durch die heutige Praxis theoretisch bereits gerichtet. (Abgeordneter Witternigg: Seitz von Gottes Gnaden. — Abgeordneter Spalowsky: Gescheiter ist das, als das kommunistische Manifest!) Ich meine, Sie wären sehr dankbar dafür, wenn unser Volk mehr daran glauben würde, daß auch der Herr Präsident Seitz eine höhere Sanktion hat, als die seiner sozialdemokratischen Partei. (Zwischenrufe.)

Es ist während der Budgetdebatte sehr viel davon geredet und viel geklagt worden über den ungeheuren Terror, der heute im öffentlichen Leben herrscht. Nun, es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, daß jemand, der der materialistischen Weltanschauung huldigt, daß eine Klasse, ein Stand, der auf dem Materialismus sein ganzes Wirtschaftssystem, seine ganze Organisation und sein ganzes politisches Denken und Fühlen aufbaut, schließlich und endlich zum Terror kommen muß, denn Materialismus erzeugt unbedingt Selbstsucht. Wem die höheren Ideale genommen werden, wem man bloß das als Ideal hinwirft, was man greift, was man essen und trinken kann, der wird zum Genüsmenschen und Egoisten. Klassenegoismus des einzelnen, Egoismus der ganzen Klasse, das ist die Folge davon. Aus diesem Egoismus muß der Klassenkampf herauswachsen, und wo der Klassenkampf ist, gibt es keine Klassenfreiheit, sondern eben nur Terror. Mich wundert das nicht; solange es

ein Volk gibt, das nur diesem Materialismus huldigt, werden wir zu einer wahren Freiheit niemals kommen. (Abgeordneter Schneidmadl: Und was ist mit dem Terror der christlichen Bauern?) Ich verurteile den Terror der christlichen Bauern genau so, wenn man vom Terror reden kann, wie den Terror der Arbeiter.

Aber wer ist denn schuld daran, daß das Christentum auch in diesen Kreisen immer weniger gehandhabt wird, als Sie, die das Christentum und die christliche Religion seit Jahrzehnten verhöhnt und verhöhnt und als etwas Lächerliches hingestellt haben? (Lebhafter Beifall und Zwischenrufe. — Abgeordneter Leuthner: Davon haben die Bauern nichts gehört!) Wer ist hinausgegangen in das letzte Bauerndorf, um dort über die Pfaffen und die Klerikalen zu schimpfen und zu schmähen? Und da verlangen Sie, daß die Leute Christentum haben und Christentum üben sollen. (Zwischenruf des Abgeordneten Leuthner.) Widersprechen Sie sich nicht selber; einmal von den Bauern Christentum verlangen und dann das Christentum lächerlich machen, ist ein Widerspruch in sich. (Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe. — Abgeordneter Schneidmadl: Aber es sind doch christlich organisierte Bauern, die das machen!) Wir haben nie behauptet, daß deshalb, weil irgendjemand christlich organisiert ist, er schon das Christentum bis in die höchsten Ideale hinauf übt. Lassen Sie nur einmal den katholischen Klerus in der Schule und im öffentlichen Leben, so wie er könnte, arbeiten, schimpfen Sie nicht in Ihren Zeitungen, schmähen Sie nicht in Ihren Versammlungen immer den Klerus; dann werden Sie sehen, was wir leisten können. Es ist dann für mich eine Selbstverständlichkeit, daß zum Beispiel die manuelle Arbeit genau so gewertet wird wie die geistige Arbeit. Ich will heute nicht reden von der längst bekannten Geschichte von der Waschfrau, aber für einen, der ganz auf materialistischer Grundlage steht, ist das eine Selbstverständlichkeit. Gerade so wie eine wirkliche Freiheit nur im Reiche des Geistes lebt, nicht im Reiche der Materie, so ist es selbstverständlich, daß auch wiederum anderseits die geistige Arbeit von einem Materialisten niemals anders gewertet werden kann als die manuelle Arbeit, und der Herr Abgeordneter Austerlik oder wer es damals in der Zeitung geschrieben hat, hat von seinem Standpunkt aus, vom materialistischen Standpunkt aus, ganz recht gehabt, wenn er sagt, die Arbeit der Waschfrau ist genau so viel wert wie die Arbeit des Universitätsprofessors, weil sie genau so gut Handarbeit ist, Arbeit des Stoffes, Arbeit der Materie, ob das Nerven sind oder Muskeln, das bleibt sich schließlich schon gleich. Aber man sieht eben daraus, wohin wir mit dieser materialistischen Weltanschauung steuern. Man sieht daraus,

wie notwendig die Umkehr wäre, man sieht daraus, wie notwendig es wäre, daß man auch hier in diesem Hause nicht immer an der Oberfläche schwelen bleibt, sondern daß man die Übel unserer Zeit einmal bis auf ihren letzten Urgrund verfolgt. Man kann das Problem anfassen, wo man will, man kommt zum Schluss immer auf Weltanschauungsfragen, und da sagen wir uns eben, mit der materialistischen Weltanschauung sind die heutigen Probleme und die heutigen Rätsel einfach nicht zu lösen. Darum wäre es nur im Interesse des Staates, wenn eben dieser Staat mehr Interesse zeigen würde für die kulturellen Bedürfnisse unseres Volkes.

Gott sei Dank, ist der Thron Gottes in den Menschenherzen noch nicht vollständig umgestoßen. Gerade unsere Zeit zeigt wiederum ein starkes religiöses Sehnen, das, ich möchte beinahe sagen, wie ein Morgenleuchten durch die Herzen unserer heutigen Menschen geht. Auch vom politischen Standpunkt aus wäre der Staat in seinem eigensten Interesse verpflichtet, diesem Sehnen der Menschenherzen entgegenzukommen und unsere Welt, unser Volk wiederum aufzubauen auf den tausendjährigen Fundamenten des Christentums, denn eine andere Reform, eine andere Auferstehung gibt es nach unserer Überzeugung nicht als die Auferstehung auf den Grundfesten des Christentums. Der Materialismus bringt uns keinen Frieden, der entzweit, er bringt nur Zank und Streit; er bringt keine Klassenversöhnung, sondern er bringt nur den Klassenkampf und den Klassenhaß. Der Materialismus bringt keine Freiheit, sondern Gewalt, der Materialismus bringt keinen Gehorsam, sondern nur Revolution und es ist auch wiederum vom materialistischen Standpunkt aus selbstverständlich, wenn man in gewissen Kreisen von der Revolution in Permanenz spricht.

Auch zu solchen Konsequenzen muß man kommen, wenn man seine ganze Auffassung auf dem Materialismus aufbaut. Und darum, hohe Nationalversammlung, stehen wir eben — mit Stolz müssen wir es sagen — in unserem ganzen politischen Denken und bauen wir unser ganzes wirtschaftliches Denken auf den Grundmauern des Christentums auf und möchten nur wünschen, daß auch einmal von der anderen Seite diesen Problemen mit größerem Ernst und mit größerer Gewissenhaftigkeit gegenübergetreten würde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zum Worte hat sich gemeldet der Unterstaatssekretär Glöckel. Ich erteile ihm das Wort.

Unterstaatssekretär Glöckel: Hohes Haus! Nach einer Pause von 51 Jahren steht die öster-

reichische Schulverwaltung wieder im Zeichen einer Schulreform. Die Schulgesetznovelle vom Jahre 1883 kann wohl nicht als eine Schulreform im Sinne der Zeit aufgefaßt werden. Die Schule von gestern kann die Aufgaben von heute nicht erfüllen. Sie ist unter ganz anderen Bedingungen entstanden, sie hat einer verflossenen Zeit gedient, und da die Schule die vornehmste Aufgabe darin erblicken muß, für das wirkliche Leben vorzubereiten, ist die Meinung einiger, daß der jetzige Zeitpunkt keineswegs geeignet sei, an eine durchgreifende, umfassende Schulreform heranzutreten, meiner Ansicht nach unrichtig. Als ob die Inangriffnahme einer Schulreform von dem Willen, von der Laune, von dem Zufall abhängig wäre, als ob sie sich nicht aus zwingender Notwendigkeit ergeben würde.

Meine Damen und Herren! Betreten Sie einmal eine Schulklasse, insbesondere in den industriellen Gebieten. Das Aussehen der Kinder, jenes Geschlechtes, das einst aufzubauen soll, ist erschreckend. Der Mangel an Milch in den ersten Jahren der Entwicklung, die Schwierigkeit der Beschaffung von Seife, die in der Qualität und Quantität unzureichende Nahrung in der entscheidendsten Zeit der Entwicklung senkt die geistige Leistungsfähigkeit der Kinder stark herab. Mit grösster Dankbarkeit soll der internationalen Hilfe gedacht werden, die unseren armen Kindern in so reichem Maße und in vornehmster Form gewährt wird durch Ausspeisung, durch liebevolle Aufnahme in fremdem Lande wie an Kindes Statt. Diesem Teile, den Auserwählten, wird eine wichtige Voraussetzung ererblicher geistiger Arbeit zuteil. Aber was geschieht mit denen, die überhaupt nicht in die Fremde gehen können, mit denen, die physisch hungern und dadurch geistig leiden? Auch darauf muß hingewiesen werden, daß durch die monatelange Unterbrechung des regelmäßigen Unterrichtes bei jenen, die ins Ausland gehen, auch eine ziemliche Erschwerung eintritt.

Wir dürfen an diesen Dingen nicht vorübergehen. Wir müssen versuchen, die Erarbeitung der Kenntnisse durch eine vernünftige Schulorganisation, durch praktische Erprobung den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung entsprechender Unterrichtsmethoden zu erleichtern.

Hohes Haus! Die Kriminalität der Jugendlichen steigt sprunghaft. Jedes stranchnelnde Kind ist ein Mahnruf und jeder gefallene Jugendliche eine Anklage, bis nun eine Anklage gegen die gerichtet, die die heutigen Zustände in grenzenlosem Leichtsinn herbeigeführt haben; in Zukunft würde aber diese Anklage gegen uns erhoben werden müssen, wenn wir die wertvolle Zeit nicht richtig ausnutzen. Können wir die Schulreform vertagen, da sie uns zu qualifizierten Arbeitskräften verhelfen, jede Befähigung

erfassen und zur Entwicklung bringen soll, in einem Staate, der mehr als jeder andere auf fleißige und gediegene Arbeit angewiesen ist, wenn er nicht zu grunde gehen soll? Können wir die Schulreform vertagen, wenn wir erkennen, daß die Herrschaft der Demokratie die festste Stütze in der Aufklärung der Massen findet? Können wir die Schulreform vertagen, da die Absplitterung unseres Volkes von dem Brudervolk uns um so mehr die Verpflichtung auferlegt, dafür zu sorgen, daß wir nicht kulturell hinter unseren Volksgenossen drüben zurückbleiben? Können wir die Schulreform vertagen, wo auf dem Weltmarkt einzig und allein die Tüchtigkeit und Gediegenheit, die kulturelle Höhe im harten Konkurrenzkampf entscheiden wird? Nein! Es ist keine Zeit zu verlieren. Es muß zugegriffen werden — zugegriffen werden ohne Hast, ohne wildes Experimentieren, im Bewußtsein hoher Verantwortung, unter Heranziehung aller Kräfte des Volkes, unter Überführung und Ausbau des bisher Bewährten in ein neues der Zeit entsprechendes System. Darüber soll kein Zweifel sein: Kritik, von Sachlichkeit getragen, ist notwendig, ist erwünscht, ist erbeten; die Mitarbeit aller Schichten und aller Kreise, aller Richtungen ist unerlässlich. Wer aber der Schulreform mit vergifteten Waffen gegenübertritt, um sie zu fören oder zu hindern, der vergeht sich an unserem Staate, an unserem Volke und an unserer Zukunft. Und viel zu tief ist die Idee der Notwendigkeit einer einschneidenden Reform unseres Schulwesens in die breiten Massen unseres Volkes eingedrungen, als daß eine solche Absicht nicht den entschiedensten Widerstand hervorrufen müßte.

Und nun sei mir gestattet auszuführen, welche Maßnahmen getroffen wurden, um alle Sicherheiten zu bieten, die erforderlich sind, die Schulreform in gesunde Bahnen zu lenken. Zunächst wurden die Tore des Unterrichtsamtes für die praktischen Fachleute geöffnet. Bisher war der Einfluß der Fachleute ein verschwindend kleiner. Wir haben die Schulreformabteilung geschaffen, in deren kollegialer Beratung von anerkannten Praktikern — ich betone: aller Richtungen — Anregungen von innen und außen verarbeitet werden und der Stoff dann an die übrigen Fachabteilungen des Amtes geleitet wird. Volks-, Bürger- und Mittelschullehrer aus Stadt und Land sind hier tätig. Fortwährend wird versucht, durch enqueteartige Veranstaltungen unter Beziehung der verschiedensten interessierten Kreise wichtige Fragen zur Vorberatung zu bringen. Ich darf erwähnen, daß solche Sachverständigenenqueten auf folgenden Gebieten durchgeführt wurden: Lehrplan für die Mittelschule, Umgestaltung der Mädchenschule, hauswirtschaftlicher Unterricht, Heranbildung der Lehrer für den hauswirtschaftlichen Unterricht, weibliche Handarbeiten, körperliche Erziehung der Mädchen, Unterricht in Sänglings- und

Kinderpflege. Ich darf daran erinnern, was für einen Lärm man früher machte, wenn einmal eine Enquête abgehalten wurde, die gewöhnlich ja doch nur den Zweck hatte, beruhigend zu wirken, da man nicht die ehrliche Absicht hatte, einmal wirklich etwas zu tun. (Zustimmung.) Die Schulreform wird jetzt tatsächlich erarbeitet von Sachverständigen aller Richtungen. Durch die Schaffung von Lehrerkammern, beschikt aus allen Teilen des Staates, also von Land- und Stadtlehrern aller Kategorien, vom Schulleiter einklassiger Dorfschulen angefangen bis zum Hochschullehrer, haben wir eine ideale Arbeitsgemeinschaft aller Lehrerkategorien hergestellt. Im Ausland hat man sich noch nirgends zu dieser Form der fachlichen Mitarbeit entschließen können.

Hier hat die Gesamtlehrerschaft die Möglichkeit, offiziell zu den Schulreformplänen Stellung zu nehmen. Man wird zugeben, daß durch die systematische Heranziehung der praktischen Schulmänner — und das ist eine Errungenschaft der Republik — die Gefahr des Experimentierens verschwindend ist gegenüber der früheren Periode, da die wichtigsten Entscheidungen von schul- und volksfremden Bürokraten vom grünen Tische aus getroffen wurden.

So wichtig der Einfluß der Lehrerschaft ist — denn sie wird der Schulreform den Geist einflößen —, ebenso bedeutungsvoll ist der Einfluß der Eltern.

Meine verehrten Damen und Herren! Wer kümmerte sich in dem alten Staate um die Eltern? Über platonische Erlässe kam man nicht hinaus, niemand nahm diese ernst, dann und wann gab es einen Schulauftrag über das Verhältnis zwischen Schule und Haus. Wir haben zugegriffen. Mit zwei Erlässen haben wir die Elternvereinigungen ins Leben gerufen. Dort soll unter Ausschaltung alles Trennenden, im freien Bewußtsein, daß die Liebe zu den Kindern alle Menschen auszeichnet, fachlich gearbeitet werden. Die Eltern jeder Schule sollen ebenfalls eine Arbeitsgemeinschaft bilden, die den Kindern jene Hilfe zuteil werden läßt, die dem einzelnen Elternpaare versagt wird. Die Elternvereinigungen sollen keinen Einfluß auf die Schulverwaltung haben, kein Aufsichtsrecht gegenüber den Lehrern, aber die Erfahrungen, die wir im Laufe dieses Schuljahres zu machen Gelegenheit hatten, zeigen ganz deutlich, was für einen weiten Wirkungskreis diese Elternvereinigungen zu betreuen haben. Die Eltern bringen das größte Interesse, den besten Willen der Sache entgegen, sie haben überraschend hohes Verständnis für die Bedürfnisse der Schule. Es gibt Elternvereinigungen, die durch Geldsammelungen, durch eigene Mitarbeit Lehr- und Lernmittel zur Verfügung stellen, Handwerker, die ihre Zeit und ihr Material opfern, um indirekt ihren, sonst allen Kindern die Möglichkeit des Lernens zu

erleichtern. Wir haben Elternvereinigungen, die sich in den Dienst der Auslandsaktionen stellen. Wir haben Elternräte, die solche Eltern auffuchen, die ihre Kinder nicht regelmäßig in die Schule schicken, wir haben Elternvereinigungen, die Begabtenkurse, Nachhilfeunterricht eingeführt haben, die Vortragsreihen über Erziehungsfragen veranstalten, die unmittelbar darangehen, für Lehrspaziergänge und Schulausflüsse die Mittel herbeizuschaffen. Elternversammlungen wurden zu pädagogischen Ordinationsstunden verwendet.

Hohes Haus! Es ist wirklich rührend, mit welcher Hingabe sich die Elternräte ihrer Aufgabe widmen, mit welcher Freude sie an die Arbeit gegangen sind. Die unmittelbar bevorstehende Einführung des Erziehungs- und Unterrichtsbeirates, der am Unterrichtsamte seinen Sitz haben wird, wird überwiegend aus Vertretern der Elternschaft bestehen. Damit ist ebenfalls der Einfluß der Eltern auf die Entschlüsseungen der Schulverwaltung gesichert. Die Nationalversammlung wird, soweit es sich um die gesetzgeberische Arbeit handelt, wohlvorbereitet, mit Vertretern aller interessierten Kreise gründlich durchberatene Vorlagen erhalten, abgesehen davon, daß ich es nicht versäumte, dem parlamentarischen Unterrichtsausschusse regelmäßige und bis ins Detail gehende, im Druck erschienene Berichte zu erstatten.

Hohes Haus! Es hat gestern der Herr Abgeordnete Dr. Wagner darauf verwiesen, daß diese Verhandlungen im Unterrichtsausschusse in der letzten Zeit nicht jene rege Debatte hervorgerufen hätten wie früher, da die Herren seiner Richtung der Meinung seien, daß ihre Anregungen zu wenig berücksichtigt würden. Ich wäre dem Herrn Abgeordneten Dr. Wagner sehr dankbar, würde er mir einen einzigen konkreten Fall mitteilen, ich bin dann gerne bereit, mich mit ihm auseinanderzusetzen. Übrigens habe ich gar nicht die Empfindung, daß wenig über diese Berichte diskutiert wurde; es wurde sehr eingehend — und ich muß es zur Ehre des Ausschusses sagen —, wirklich sachlich diskutiert und ich weise mit dankbarer Genugtuung darauf hin, daß die Berichte, wie auch der Herr Obmann des Ausschusses hier mitgeteilt hat, vom Ausschusse stets einstimmig zur Kenntnis genommen wurden. Es ist wahrhaftig alles vorgesehen, um die gesamte Öffentlichkeit über die Maßnahmen der Unterrichtsverwaltung zu unterrichten, um jeden Schein von Überrumplung zu vermeiden, um den Einfluß der Eltern und Fachleute zu sichern.

Und nun will ich mich zunächst mit jener Materie beschäftigen, die den größten Widerspruch bei einem Teile des Hauses gefunden hat: ich will einige Worte sprechen über den Erlaß vom

10. April 1919, der den Zwang zur Teilnahme an den religiösen Übungen ausschaltet. Die gesetzliche Grundlage ist durch die Verfassung auf das Staatsgrundgesetz gegeben. Bei der Beurteilung des Erlasses sind unglaubliche Übertreibungen vorgekommen. Man hat ihn als ein Attentat gegen die sittlich-religiöse Erziehung hingestellt, man hat Unterschriften gesammelt zum Protest gegen die geplante Entchristlichung der Schule. Meine verehrten Damen und Herren! Ich scheue nicht die Klarheit. Klarheit tut not. Was ist denn geschehen? Durch diesen Erlass ist der Zwang zur Teilnahme an den religiösen Übungen aufgehoben worden. Ledermann hat das Recht, seine Kinder an den religiösen Übungen teilnehmen zu lassen. Man sage mir doch einen Fall, wo einem Kind die Gelegenheit genommen wurde, an einer religiösen Übung teilzunehmen — einen einzigen Fall! Es darf niemand daran gehindert werden, seiner religiösen Überzeugung nach zu leben, aber gleiches Recht für alle! (Lebhafte Zustimmung.) Es dürfen auch die Eltern nicht gezwungen werden, gegen ihre Überzeugung ihre Kinder an den religiösen Übungen teilnehmen lassen zu müssen. Das ist wahrhaftig eine selbstverständliche Sache. Glaubt man denn wirklich, daß man heute, in der Zeit der Republik, nach diesen gewaltigen Umwälzungen mit Mobiliarpsändung vorgehen könne, wenn die Kinder nicht beichten gehen, wie es im Jahre 1909 bei vier Wätern in Weyr geschehen ist? Glaubt man, daß man heute noch einem Kind die Note „Nichtgenügend“ aus Religion geben kann, nicht weil die Kenntnisse mangeln, sondern weil es am Kirchenbesuch während des Winters nicht teilgenommen hat, und dadurch den Übertritt des Kindes aus der Volksschule in die Bürgerschule verhindert, wie es in Chodau geschehen ist? Glaubt man, daß es heute noch möglich ist, einem ausgewachsenen Burschen das Arbeitsbuch verweigern zu können, weil das Entlassungzeugnis keine Note aus Religion aufwies, die ihm verweigert worden war, da er die letzte Beichte versäumte, wie es in Niederösterreich in Piesting geschehen ist? Glaubt man, daß es heute noch möglich wäre, daß ein Bürgerschuldirektor den Eltern sagen kann: Du wirst mit Entziehung der elterlichen Gewalt bedroht, wenn du deine Kinder nicht in die Kirche schickst? Das ist nicht mehr möglich, hohes Haus! Diese Dinge müssen ohne Leidenschaftlichkeit nüchtern und ruhig behandelt werden. Wenn zum Beispiel ein Herr Abgeordneter in der Generaldebatte folgende Aussführungen vorgebracht hat, so können sie nicht unwidersprochen bleiben. Der betreffende Herr — Abgeordneter Spalowsky — meinte (*liest*): „Ich verweise da nur auf die Frage der religiösen Übungen. Da hat sich gezeigt, daß trotz der Schritte des Staatsamtes der Wunsch der Schüler, an den religiösen Übungen teilzunehmen,

noch außerordentlich lebhaft ist. Es haben die Schritte, die die Verbindlichkeit der religiösen Übungen aufgehoben haben, den gewünschten Erfolg nicht erreicht, und so hat man sich zu etwas anderem entschlossen. Man will die religiösen Übungen direkt sabotieren. Wenige Tage vor Beginn der Osterferien hat das Staatsamt einen Erlass hinausgegeben, nach dem die Osterferien heuer plötzlich nicht erst am Mittwoch beginnen, sondern schon mit der Karwoche. Das war eine überraschende Verfügung, die zweifellos nur den Zweck hatte, den Schülern die Teilnahme an den religiösen Übungen unmöglich zu machen."

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Wagner hat gestern auch über diese Verfügung gesprochen. Er war nicht so — wie soll ich sagen? — nicht so deutlich, er sprach nicht von Sabotage, er hat nur von „roten Eiern“ gesprochen, es ist das seine Art. Aber ich habe gar keine Ursache, über diese Dinge nicht ebenfalls ganz aufrichtig zu reden. Der Umstand, daß ich während der Karwoche, in der Zeit, wo die religiösen Übungen angesetzt waren, freigab, wird als Sabotage der religiösen Übungen angesehen. Eigentlich wäre das Gegenteil viel logischer. (Zustimmung.) Wenn ich gesagt hätte: Es ist Unterricht und es darf nicht freigegeben werden, dann hätten Sie vielleicht — wie ich glaube, auch nicht ganz mit Recht — Ursache, zu sagen, ich wolle nicht, daß die Kinder an den religiösen Übungen teilnehmen. Die Kinder, die freiwillig und aus innerer Überzeugung an den religiösen Übungen teilnehmen wollen, werden sicherlich zu den religiösen Übungen gekommen sein. (Abgeordneter Spalowsky: Nein, sie sind schon zu den Eltern nach Hause gefahren und das war die Absicht!) Ich werde Ihnen beweisen, daß das nicht die Absicht war. (Lebhafte Zwischenrufe des Abgeordneten Spalowsky.) Verehrter Herr Kollege! Hier handelt es sich doch nur um die Freiwilligkeit.

Die Herren mögen aber zur Kenntnis nehmen, daß diese Anordnung mit den religiösen Übungen gar nichts zu tun gehabt hat. Ich werde Ihnen sofort die Entstehungsgeschichte dieser Anordnung sagen. Es waren die Bezirkschulinspektoren Wiens, die sich durch den Landesschulrat an mich gewendet und gesagt haben, man möge die ganze Karwoche, auch Montag und Dienstag, freigeben, um eine gründliche Reinigung der Schulräume zu ermöglichen. Ich habe diesen Erwägungen Raum gegeben und habe absolut gar keine Ahnung gehabt, daß Ihnen das irgendwie Schwierigkeiten bereiten wird. (Abgeordneter Spalowsky: Haben wir nicht genug Kohlenferien gehabt? Haben wir sie nicht bis zum Überdruß gehabt? — Lebhafte Zwischenrufe.)

Präsident: Darf ich bitten, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen!

Unterstaatssekretär Glöckel (fortfahrend): Die Reinigung der Schulen war diesmal eine wirklich sehr dringende Sache. Ich darf darauf verweisen, daß in der Stadt Wien dank der Fürsorge der Gemeinde keine Kohlenferien notwendig waren. Wegen einheitlicher Durchführung der Schulferien habe ich nunmehr diese Veranlassung getroffen. Es handelt sich aber auch gar nicht um eine Neuheit; in früheren Jahren wurden wiederholt aus ähnlichen Gründen gleiche Verfügungen getroffen und man hat dahinter gar nichts gefunden. Aber noch mehr: Der Zwang zu den religiösen Übungen bedeutet eine ständige Beunruhigung im Schulseben. Er ruft naturgemäß immer einen Gegensatz zwischen Elternhaus und Schule hervor. Die Herren sind sicher mit mir einverstanden, daß die religiöse Erziehung nur dort Erfolg haben kann, wo sie sich der Unterstützung des Elternhauses erfreut, sonst nutzt der Zwang gar nichts.

Mit dieser Ansicht befindet ich mich in einer Gesellschaft, deren politische und sittliche Bedeutung gerade von Ihnen nicht angezweifelt werden dürfte. Die Wortführer des katholischen Zentrums in Deutschland gehen viel weiter als der Erlass des sozialdemokratischen Unterstaatssekretärs. Diese Herren verlangen ausdrücklich, daß ein Kind gegen den Willen der Eltern zur Teilnahme weder am Gottesdienste noch am Religionsunterricht angehalten werden soll. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Dr. Bachem erklärte ausdrücklich (liest): „Jeder Vater, der den religiösen Unterricht“ — wohlgemerkt, nicht „religiöse Übungen“, sondern „religiösen Unterricht“, der bei uns ganz außer Frage steht — „auch seiner eigenen Konfession, wie er in der Schule erteilt wird, seinen persönlichen religiösen Überzeugungen nicht entsprechend findet, soll berechtigt sein, sein Kind von diesem religiösen Unterricht in der Schule fernzuhalten. Wir sind durchaus der Meinung, daß das alleinige Recht, über die religiöse Erziehung eines Kindes zu bestimmen, den Eltern zusteht, daß in keiner Weise der Staat darüber eine Entscheidung haben soll und daß er dabei erst recht nicht entscheiden darf im Gegensatz zu dem bestimmten Willen der Eltern.“ (Hört! Hört!) Ich darf vielleicht auch auf das Kompromiß in Deutschland verweisen, das jetzt bei der neuen Verfassung geschlossen wurde. Artikel 149 der neuen Verfassung bestimmt folgendes (liest): „Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Wornahme kirchlicher Berrichtungen bleibt der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung desjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung der Kinder zu bestimmen hat.“ Sie sehen also, daß ich hier keineswegs so überradikale Dinge eingeführt habe. Aber wozu in die Ferne schweifen? Ich habe noch einen Zungen,

der Ihnen außerordentlich nahe steht, es ist der Wiener Erzbischof Dr. Vinzenz Eduard Milde, ein bedeutender Pädagoge. Dieser schreibt in seinem „Lehrbuch der allgemeinen Erziehungskunde“ im Jahre 1813, also vor mehr als hundert Jahren (*liest*): „Das ewige Predigen, die gezwungenen Gebete können das Gefühl bei der Jugend abstumpfen, aber nicht erregen. Bei vielen Kindern wird diese schöne Anlage dadurch zerstört, daß dieselben unverständliche Formeln ihrem Gedächtnisse einzuprägen oder mechanischen Übungen, die für sie keinen Sinn haben, beizuhören gezwungen werden. Ebenso schädlich ist das Befehlen, Loben, Lohnen, Tadeln, Strafen bei den religiösen Gefühlen. Durch dieses Mittel kann man Äußerungen, aber keineswegs Gefühle erzeugen, Phariseer, aber nicht religiöse gesinnte Menschen bilden.“

Sie sehen, die Unterrichtsverwaltung kommt nicht in Verlegenheit, wenn sie für ihr Vorgehen Zengenschaft sucht. Es ist nicht gut, diese Dinge zu übertreiben, die Schulreform wird dadurch außerordentlich gestört und es gibt weite Gebiete, die gegenwärtig durch gemeinsames Vorgehen betreut werden könnten. Ich betone noch einmal: niemandes religiöse Überzeugung soll und darf angetastet werden, auf dem Gebiete der religiösen Übungen kann die Entscheidung nur den einzigen dazu berufenen Faktoren überlassen werden und das sind die Eltern.

Ich antworte nun auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dvořák. Der Friedensvertrag von St. Germain bestimmt, daß für österreichische Staatsangehörige, die eine andere als die deutsche Sprache sprechen, in jenen Städten und Bezirken, wo sie einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung bilden, angemessene Erleichterungen gewährt werden, damit der Unterricht in den Volksschulen in deren Muttersprache sichergestellt ist. Es wird Aufgabe der Regierung sein, diese Bestimmung des Friedensvertrages ebenso loyal wie alle anderen zu erfüllen. In voller Erkenntnis der hohen kulturellen Bedeutung der tschechischen Nation ist die Regierung entschlossen, den berechtigten Forderungen der Tschechen, soweit als nur irgend möglich, bei Wahrung des deutschen Charakters unseres Landes Rechnung zu tragen, und hat in diesem Sinne, ohne erst die Ratifizierung des Friedensvertrages abzuwarten, alles getan, um die Befriedigung der tschechischen Ansprüche zu ermöglichen. Es wurden von der Gemeinde Wien Erhebungskommissionen für die einzelnen Bezirke zusammengestellt, bei denen auch Vertreter der österreichischen Tschechen zugezogen waren; sie haben die Zahl der in den einzelnen Bezirken in Betracht kommenden Schüler sowie die Lokalitäten festgestellt, in welchen der Unterricht für diese erteilt werden könnte. Es wurde ferner eine Zentralkommission zur Durchführung des

Friedensvertrages auf diesem Gebiete unter meinem Vorsitz bestellt, in der auch wieder Vertreter der österreichischen Staatsangehörigen tschechischer Sprache Sitz und Stimme haben. Im gegenseitigen Einvernehmen, bei gutem Willen, der sicherlich auf beiden Seiten vorhanden ist, wird sich ein für beide Teile gangbarer Weg finden lassen, um so den Bestimmungen des Friedensvertrages vollkommen zu entsprechen.

Meine verehrten Damen und Herren! Nun will ich darauf eingehen, wie wir uns die anzustrebende neue Schule denken, welche provisorischen Verfügungen bereits erlassen wurden und wie sie sich bis zum heutigen Tage bewährt haben. Zunächst handelt es sich um die äußere Organisation. Wir wollen die neue Schule auf dem Prinzip der Einheitsschule aufbauen. Herr Dr. Wagner hat sich gestern mit dieser Frage beschäftigt und gemeint: Ich habe gegen die Einheitsschule eine Abneigung, es taugt nicht für alle die gleiche Bildung. Diese Meinung ist ziemlich weit verbreitet. Ich habe das größte Interesse daran, daß die Forderung nach der Einheitsschule nicht länger missverstanden wird im Sinne einer mechanischen Gleichmacherei. Das Gegenteil ist richtig. Wir wollen eine reich organisierte Differenzierung haben, die nicht von allen das gleiche fordert, sondern allen die gleiche Möglichkeit bietet, die Begabung zu erkennen und auszubilden.

Wie ist sie denn gedacht? Es ist vorderhand gedacht — und das ist ja nur ein Vorschlag, es wird die Nationalversammlung berufen sein, die Entscheidung zu treffen —, zunächst einem gemeinsamen vierjährigen Unterbau einen vierjährigen Mittelsbau anzuschließen, an den sich ein vierjähriger Oberbau anreihet, der reich differenziert ist in Bildungs- und Fachschulen, in Pflichtfortbildungsschulen beruflicher und allgemeiner Natur. Dadurch wird die Berufswahl vom 10. in das 14. Lebensjahr hinaufgerückt.

Wir wollen einen einheitlichen Bildungsplan haben, und zwar von der Heimatsbildung über nationale Bildung zur Weltbildung. Ein bedeutender moderner Pädagoge, der Pädagoge Rein, fasst das in folgende Worte zusammen (*liest*): „Einheit und freie Beweglichkeit sind in glücklicher Weise auf geistigem Gebiet vereinigt, ähnlich wie auf dem wirtschaftlichen Kampffeld individuelle Schöpferkraft sich mit der Gemeinwirtschaft verbinden muß.“

In bezug auf die innere Reform des Schulwesens verweise ich auf die Einführung des Arbeitsunterrichtes. Oft wird der Arbeitsunterricht mit dem Handfertigkeitsunterricht verwechselt, der allerdings eine wesentliche Stütze des Arbeitsunterrichtes ist. Der Schüler soll sich die Begriffe sowohl als möglich selbsttätig erarbeiten und nicht mechanisch erlernen, und zwar durch Beobachtung, Versuche,

unter Anwendung zeichnerischer und plastischer Darstellung.

Es ist nicht richtig, wenn in der letzten Zeit in einer Schrift ausgeführt wurde, daß man darum den Arbeitsunterricht nicht einführen könne, weil man Werkstätten und Arbeitssäle dazu brauche und diese jetzt nicht leicht einzuführen seien. Man kann allerdings durch solche Werkstätten und Arbeitssäle den Arbeitsunterricht wesentlich erleichtern, aber unbedingt notwendig sind sie nicht. Der Sinn des Arbeitsunterrichtes liegt darin, alle Sinne heranzuziehen. Der Wille muß geschult werden. Das Kind soll Freude an der Arbeit empfinden. Es gelangt zum Verständnis produktiver Arbeit und wir versuchen dadurch eine Vergeistigung der manuellen Arbeit zu erzielen.

Diese Frage ist gar nicht so neu, sie ist schon längst vorbereitet. Sie ist in vielen Schulen des Auslandes längst durchgesetzt und wir versuchen die Überführung plausibel, ruhig und ohne Überhaftung. Wir haben die Lehrerschaft aufgerufen, Versuchsklassen zu übernehmen, in denen der Arbeitsunterricht praktisch erprobt wurde, und zwar bei normalem Unterrichtsmaterial. Alle Gegenstände werden zum Gesamtunterricht verbunden. Deshalb fällt der Stundenplan fast vollständig aus. 30 Schüler sind einem Lehrer überantwortet. Die Lehrer melden sich freiwillig und hatten einen Arbeitsplan vorzulegen. Das ganze steht unter der besonderen Leitung eines eigenen Bezirksschulinspektors. Sie bilden Arbeitsgemeinschaften, die Lehrer der Versuchsklassen erstatten über ihre Erfahrungen eingehende Berichte und tauschen ihre Erfahrungen aus. Es herrscht reges Leben und außerordentlicher Arbeitseifer.

Ich möchte die Mitglieder der Nationalversammlung einladen, sich einmal eine solche Klasse anzusehen, wo dieser Arbeitsunterricht durchgeführt ist. Es unterscheidet sich die Unterrichtsmethode wesentlich von der bisher geübten: Reges Leben, wirkliche Mitarbeit, rote Wangen, kein Gähnen, keine Langeweile. Und fragen Sie ein Kind, das in einer solchen Versuchsklasse den Unterricht genossen hat, fragen Sie einen Lehrer, der trotz der erhöhten Arbeitsleistung seine Pflicht erfüllt hat, ob sie einmal noch auf Grund der alten Methode unterrichten oder unterrichtet werden wollen! Die Gemeinde Wien hat zur Beschaffung der Lernmittel für dieses Jahr 30.000 K in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt. Es ist außerordentlich bezeichnend und erfreulich, welch innere Anteilnahme der Elternschaft an diesen Dingen besteht.

Im nächsten Jahre wird die Zahl der Klassen, die den Arbeitsunterricht betreiben, wesentlich größer sein. Wir werden niemanden zwingen, diese Methode einzuführen. Wir werden im nächsten

Schuljahr schon über reiche Erfahrungen verfügen und ich bin überzeugt, wenn die Lehrerschaft, wenn die Bevölkerung sehen wird, was für Früchte dieser Arbeitsunterricht hervorbringt, welche Lernfreudigkeit, welche Lernlust erzeugt wird, wie die Schulklasse zu einem Ort der Lust und nicht zu einem Ort der Qual wird, dann wird sich auch diese Methode leicht durchsetzen.

Und nun komme ich auf eine Ausführung des Herrn Abgeordneten Dr. Wagner zu sprechen, der gestern meinte, er sei auch darum gegen die Einheitsschule — obwohl das zu einem anderen Kapitel gehört —, weil er sich nicht denken kann, daß es gut sei, daß der Bauernbub weiß, wie hoch der Popokatepetl ist, aber Korn von Weizen nicht auseinanderkennt.

Meine verehrten Damen und Herren! Das ist es ja, was uns so arg betrifft. Hier wollen wir ja eingreifen und das wollen wir tun durch die Einführung des sogenannten bodenständigen Unterrichts. Die Heimat muß in den Mittelpunkt des Unterrichts gestellt werden. Es ist nicht wahr, daß wir von Wien aus die Schulen dirigieren und das innere Leben der Schulklassen in seinem Wesen in Tirol oder Salzburg beeinflussen wollen. Die Schulreform besteht darin, daß fast in jeder einzelnen Schule dem Unterricht ein besonderes Kolorit gegeben werden soll. Wir wollen, daß die Kinder, wir wollen, daß die Bevölkerung sehend wird, daß sie sehend die Umgebung betrachtet, daß sie nicht fremd ist in ihrer eigenen Heimat, wir wollen, daß die Kinder erkennen lernen die Schönheiten, die Zweckmäßigkeiten, aber auch die Rücksändigkeiten der eigenen Heimat. Auf der einen Seite finden wir einen dummen Dorfstoß, der sich auf Dinge etwas einbildet, auf die man sich wirklich nichts einzubilden hat, auf der anderen Seite ein leichtes Wischetteln des Staubes der Heimat; man empfindet nichts, wenn man von der Heimat scheidet. Wir müssen dafür sorgen, daß unser Volk die Heimat kennen lernt, und wenn es sie kennen gelernt hat, wird es die Heimat auch lieben lernen. Wenn das geschehen ist, dann den Blick hinaus über den Dorfweiler, den Blick hinaus über die Heimat, auch außerhalb der Heimat leben, wirken und leiden Menschen, wir müssen sie kennen und verstehen lernen. Der Staatsbürger darf nicht verdorfen und unsere Jugend muß ein gut Stück Weltbürgertum in sich aufnehmen. Die Voraussetzungen sind heute noch sehr spärlich vorhanden. Erst jetzt in diesem Jahre — und wir können da der Lehrerschaft, die sich um diese Dinge angenommen hat, nicht genug Dank sagen —, erst jetzt während dieses Jahres wurde mit umsäglicher Mühe, mit außerordentlicher Sorgfalt Material für Heimatsforschung zusammengesucht, wurden die

Grundlagen von Heimatmuseen geschaffen. Auch hier haben sich die Lehrer zu Arbeitsgemeinschaften zusammengetan und in absehbarer Zeit wird es kaum eine Dorfschule geben, die nicht ihr kleines heimatliches Museum besitzen wird, das nicht nur in der Schule, sondern auch bei der Volksbildung ausgenutzt werden soll.

Der Auswahl der Tüchtigen haben wir große Aufmerksamkeit zugewendet. Dieses Problem wurde in Österreich zum erstenmal praktisch bei der Vergabeung der Plätze in den sogenannten Staatserziehungsanstalten zu lösen versucht. Von 1100 Schülern wurden 283 auf Grund einer neuen Methode, die darauf gerichtet ist, die Fähigung und erst in zweiter Linie das Wissen festzustellen, ausgewählt. Es zeigte sich, daß nur bei etwa 8 Schülern unter den 283 eine fehlerhafte Beurteilung konstatiert wurde, und auch bei diesen kann von einem eigentlichen Fehlurteil nicht gesprochen werden. Das ist ein ganz überraschendes Ergebnis. Man hat in Deutschland eine Methode durchgeführt, deren Ergebnis 81 Prozent betrug. Wir nähern uns fast 95 Prozent. Die ganze Organisation der Staatserziehungsanstalten, ihr Betrieb, der den modernsten Anforderungen entspricht, ist mustergültig. Wenn auch heute noch den Staatserziehungsanstalten manche Schlacken anhaften, sind sie doch eine Schöpfung, auf die unsere arme Republik Österreich stolz sein kann. Dort werden neue Methoden, Organisationspläne, Lehrmittel erprobt, sie werden den Lehrern der verschiedenen Schulkategorien Fortbildungsmöglichkeiten bieten, und schon in den heutigen Ferien werden in den Staatserziehungsanstalten Kurse abgehalten werden, ein Kurs in Traiskirchen für Bezirksschulinspektoren des ganzen Staates und zwei Kurse für Lehrer aus den verschiedenen Ländern unserer Republik. Auch in Liebenau ist ein Kurs geplant. Für die Grundschule, für die deutsche Mittelschule, wurden nach eingehenden Beratungen mit hervorragenden Fachleuten neue Lehrpläne der Fachwelt zur kritischen Beurteilung übergeben. Früher wurden die Lehrpläne dekretiert und die Lehrer mußten sie durchführen; ob sie ein inneres Verhältnis dazu hatten oder nicht, war ganz gleichgültig. Heute haben wir den Umweg, den mühsamen Weg gewählt, uns mit der Lehrerschaft unmittelbar zusammenzusetzen, ihr die Möglichkeit eingehender Kritik zu geben und sie dadurch in die Lage zu versetzen, sich wirklich ernst und erfolgreich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Auf dem Gebiete der Mädchenbildung habe ich nicht viel Erfreuliches zu berichten. Im Rahmen des Möglichen kann ich allerdings immerhin noch auf wesentliche Fortschritte verweisen. Wir haben verfügt, daß Mädchen an Knabenmittelschulen in Orten zugelassen werden, die keine Mädchenmittelschule

besitzen. Im ganzen haben 633 Mädchen von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht. Wir haben das alte Unrecht aufgehoben, daß Mädchen, die an Knabenmittelschulen studieren, als Hospitantinnen behandelt werden. Sie sind heute gleichberechtigt. Wir haben die Frauen an allen Hochschulen zugelassen, wodurch ein alter berechtigter Wunsch der Frauenwelt erfüllt ist. Gegenwärtig stehen wir aber vor einer ungemein schwierigen Frage. Wir haben wohl ein reichausgestattetes Mittelschulwesen für Knaben, wir besitzen 45 Knabengymnasien, 35 Knabenrealschulen, also 80 Mittelschulen, aber keine einzige staatliche höhere Mittelschule für Mädchen. Es ist dies eine schwere Unterlassungsfürde des alten Staates und nun soll der arme kleine Staat die bisherigen privaten Mädchenmittelschulen übernehmen, eine Last, die er einfach nicht zu tragen vermag. Der gute Wille, aber das Unvermögen ist leider auch da. Die Frage der Mädchenmittelschule wird ehestens das Haus beschäftigen, ich werde dann Gelegenheit haben, darüber ausführlich zu berichten.

Die neue Schule verlangt eine Reform der Lehrerbildung und systematische Lehrerfortbildung. In absehbarer Zeit wird sich das Haus mit dieser Frage zu befassen haben. Gegenwärtig arbeitet die Lehrerkammer an den Vorschlägen, die philosophischen Fakultäten haben ihr Gutachten bereits erstattet und wir werden bald in die Lage kommen, hier konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Der Hauptmangel der heutigen Lehrerbildung muß beseitigt werden; er besteht darin, daß die heutige Lehrerbildung zu wenig auf Allgemeinbildung sieht und eine verfrühte Berufsbildung einsetzt. Es muß für eine vertiefte psychologische Schulung und eine darauf sich stützende Schulpraxis gesorgt werden.

Ich muß hier über den vorbildlichen Lern-eifer der Lehrerschaft ein Wort sprechen. Es bilden sich freiwillige Arbeitsgemeinschaften, die Fachbibliotheken sind, soweit sie halbwegs moderne pädagogische Werke enthalten, immer geplündert, für die Feriakurse gibt sich das regste Interesse und, trotzdem die Teilnehmer selbst die Kosten aufzubringen müssen. An der Wiener Lehrerakademie haben sich freiwillig 1640 Lehrer zum Weiterstudium gemeldet. Wären die Hemmungen nicht, die in der schlechten materiellen Lage ihren Grund haben, wären noch wesentlich weiter.

Die Reifeprüfungen, die Lehrbefähigungsprüfungen wurden den Anforderungen der jetzigen Zeit entsprechend umgestaltet, der Schulaufficht wurde das größte Interesse entgegengebracht. Zwei Gesetzesentwürfe ordnen die Dienstverhältnisse der Bezirks- und Landesschulinspektoren. Jahre lange Bemühungen sind dadurch endlich der Erfüllung zugeführt worden.

Gestern wurde von einer Seite auch über die Anordnung des ungeteilten Vormittagsunterrichtes Klage geführt. In einem Erlaß wurde die Einführung dieses ungeteilten Vormittagsunterrichtes angeordnet und damit einem oft geäußerten Wunsche, insbesondere der Landbevölkerung Rechnung getragen. Ich bin sehr überrascht, daß sich gerade von dort nunmehr der Widerstand in erster Linie geltend macht. Denn gerade draußen am Lande sind die weiten Schulwege zu finden und dort aus diesem Grunde der schlechte Schulbesuch. In den größeren Orten sollen die Nachmittage zu Lehrwanderungen, Museumsbesuchen, Lichtbildervorträgen, Jugendspielen usw. verwendet werden. Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn mir der sehr geschätzte Herr Abgeordnete Dr. Wagner die Quellen mitteilen würde, aus denen er entnommen hat, daß die Vernerfolge auf Grund der Anordnung des ungeteilten Vormittagsunterrichtes um 50 Prozent zurückgegangen sind. Ich wäre sehr dankbar, ich traute mir trotz des vielen statistischen Materials das mir zur Verfügung steht diese Behauptung nicht aufzustellen. Aber diese Frage des ungeteilten Vormittagsunterrichtes kann und soll nur örtlich geregelt werden und dort, wo wirklich die Einführung des ungeteilten Vormittagsunterrichtes auf große Schwierigkeiten stößt, hat der Ortschulrat im Wege des Bezirkschulrates seine Anträge zu stellen, wir werden diese Anträge sicherlich beachten.

Aus dem einst so trockenen Verordnungsblatte wurde eine moderne Zeitschrift geschaffen, „Volks-erziehung“, die die behördlichen Verfügungen und in die Schulreform einführende fachlich außerordentlich hochstehende pädagogische Abhandlungen von Pädagogen aller Richtungen bringt.

Anlässlich des Gedenktages der Gründung der Republik wurden allen Kindern Anhänge zu den Lesebüchern, das erstmal kostenlos, und zwar zu Lasten des Staates eingehändigt. Auch hier wurde lebhafte Kritik von einer Seite geübt. Ich darf wiederum darauf verweisen, daß diese Lesebuchanhänge die Arbeit eines Komitees waren, daß aus Fachleuten aller Richtungen zusammengesetzt war, die versucht haben, ein möglichst gutes Buch zu schaffen; aber es ist nichts schwieriger, als ein gutes Lehrbuch zu versaffen, noch dazu in der Zeit des Fließens, in der Zeit der Entwicklung. Übrigens finden die Bücher, auch im Auslande, wiederholst lebhafte Anerkennung.

Die Aufnahmsprüfungen in den Mittelschulen wurden auf eine moderne Grundlage gestellt. Die Schülerbeschreibungsbogen geben dem Prüfenden erwünschte Auskunft über die Eigenart des zu Prüfenden. Die Reifeprüfung, die sogenannte Matura, wurde ihres quälenden und unpädagogischen Charakters entledigt und der Unterricht des ganzen

letzten Jahres ist darauf eingestellt, daß die jungen Leute gut vorbereitet an die Hochschule übergehen könnten.

Es wurde gestern auch die Schaffung von Schülergemeinden kritisiert. Der Herr Abgeordnete Dr. Wagner meinte, daß sei eine amerikanische Einrichtung und es sei höchst komisch, daß der Herr Lehrer sich bei dem „Bürgermeister“ zu Worte melden müsse, der von den Kindern gewählt wurde. Ich weiß ja, daß der Herr Abgeordnete Dr. Wagner öfters Scherze macht und sich etwas in Übertreibungen gefällt, aber so sind die Schülergemeinden wahrhaftig nicht aufzufassen. Ich betone, daß die Schülergemeinden in den oberen Klassen der Mittelschulen empfohlen wurden und daß diese Schülergemeinden einen sehr tiefen Grund haben. Wir können doch nicht länger zusehen, daß die Menschen aus einer Mittelschule völlig lebensfremd herausgehen und den Sprung ins Dunkle machen, wir müssen dafür sorgen, daß die jungen Menschen lernen, sich selbst zu verwalten, Selbstverantwortung zu tragen, selbst Hand anzulegen, sie müssen in das öffentliche Leben hineinleben. Mit dem bloßen theoretischen Unterricht haben wir ja gesehen, wie weit wir gekommen sind. Heute, wo das gesamte Volk, die breiten Schichten des Volkes dazu berufen sind, sich selbst zu regieren, müssen wir die Schule, wie ich früher sagte, den Forderungen des Lebens anpassen. Hier, in diesen Schülergemeinden ist die beste Form für die praktische Einführung in das Leben gegeben. Ich möchte mir wünschen, daß überall diese Schülergemeinden auf volles Verständnis stoßen würden, daß überall die guten Erfolge, die dort, wo man das klug und praktisch angepackt hat, sich eingestellt haben, allen Mittelschulen zuteil werden.

Auf dem Gebiete des Hochschulwesens sei darauf verwiesen, daß eine mögliche Angleichung an Deutschland versucht wird, um die Freizügigkeit der Schüler und Lehrer zu erleichtern. Die Erhöhung des Kollegiengeldes war nicht länger aufzuhalten. Sie geschah über ausdrücklichen Wunsch der Professoren und bedeutet nur für jene Kreise eine kleine Belastung, die in der Lage sind, für die Ausbildung ihrer Kinder Sorge zu tragen. Wahrhaftig, es wäre ja ideal, wenn der Staat, wenn die österreichische Republik die Möglichkeit hätte, die volle Unentgeltlichkeit alles Unterrichtes auszusprechen. Das können wir leider nicht tun. Wenn es uns gelingt, dem bestohlenen Teil der Eltern die Möglichkeit zu geben, ihren Kindern die volle Ausbildung zu sichern, haben wir wahrhaftig viel getan, außerordentlich viel getan. Der Besitzende, der oft für sehr minderwertige Dinge mit leichter Hand große Summen ausgibt, muß für die Erziehung seiner Kinder ebenfalls einige Opfer bringen. So reich sind wir nicht, daß wir auch den

Reichen die Erziehung der Kinder völlig kostenlos zusichern könnten.

Der Herr Abgeordnete Müller-Guttenbrunn hat die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Fragen der Kunstverwaltung gelenkt.

Die Tätigkeit der staatlichen Kunstverwaltung auf dem Gebiete der bildenden Künste war seit dem Umsturze fast völlig durch zwei große Komplexe von Aufgaben in Anspruch genommen. Es handelte sich zunächst um die Übernahme der früher hofärarischen und fideikommisarischen großen Kunstsammlungen, insbesondere der beiden Hofmuseen, der Hofbibliothek, der Esterházy'schen Sammlung, der Familienfideikommisbibliothek und der Albertina in die staatliche Verwaltung. Die Administration dieser Institute mit ihrem großen Apparate und Personal mußte in den staatlichen Verwaltungsorganismus übergeführt werden, eine Aufgabe, die sich um so schwieriger und verwickelter gestaltete, als die Rechtslage bezüglich der genannten Vermögenschaften wiederholt wechselte und bis heute noch nicht definitiv geregelt ist. Die daher noch immer bestehenden Zusammenhänge mit der Verwaltung des Hofräars haben die Bewegungsfreiheit des Unterrichtsamtes bei der einschlägigen Verwaltung empfindlich gehemmt.

Aber auch die Organisation des auf diese Weise dem Staate erwachsenen reichen Kunstbesitzes erheischt eine Neuordnung, die auf Grund eingehender Studien und Beratungen in der Richtung der systematischen Zusammenlegung und Gruppierung der nunmehr in einer Hand vereinigten Sammlungen sowie deren besserer Auswertung für Volksbildung und Wissenschaft bereits vorbereitet ist und nach der definitiven Regelung der Rechtsverhältnisse auch in die Tat umgesetzt werden soll.

Die zweite Aufgabe des eingangs erwähnten Arbeitskomplexes ergab sich aus den Gefahren, die dem gesamten österreichischen Kunst- und Kulturbesitz durch die Ansprüche von bisher feindlichen und von Nachfolgestaaten erwachsen. Hier mußten zuerst die Unterlagen für unsere Unterhändler bei den Friedensverhandlungen gründlich vorbereitet werden und nach Abschluß dieser Vorarbeiten gaben die auf Grund des Vertrages von St. Germain von verschiedenen Seiten bereits erhobenen Forderungen Anlaß zu mannigfachen Verhandlungen, die, wie sich aus der Natur der Sache ergibt, unsrerseits stets im Sinne der zähen Verteidigung unseres Besitzstandes geführt wurden. Abgesehen von den auf die damalige politische Lage zurückzuführenden höchst beklagenswerten Eingriffen Italiens in unseren Kunstbesitz im Februar vorigen Jahres, ist es auf diese Weise bisher gelungen, unsere Sammlungen im großen und ganzen unversehrt zu erhalten. Freilich sind auf Grund des Friedensvertrages noch

mancherlei Ansprüche zu erwarten, denen nach Möglichkeit entgegengetreten werden soll.

Auf dem Gebiete der Musik und Literatur war es, abgesehen von den normalen Akten der Förderung von Musikschulen, von musikalischen und literarischen Vereinen und von einzelnen Künstlern durch Subventionen und Preise, insbesondere die Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst, welche Anlaß zu weitergehenden Maßnahmen bot.

Die ursprüngliche Organisation dieser Anstalt wurde im Sinne einer ziemlich weitgehenden Mitwirkung des Lehrkörpers an der Beratung der Leitung des Instituts geändert, das Lehrpersonal, das bisher den Charakter von Staatsbeamten hatte, wurde in das Verhältnis von Lehrpersonen übergeführt. Gegenwärtig stehen von zwei verschiedenen Seiten ausgegangene Anregungen wegen weiterer Ausgestaltung der Akademie zu einer Musikhochschule in Verhandlung.

Auch die Musikschule des Mozarteums in Salzburg, die Subventionierung der Musikschulen in anderen Ländern und die Frage des Festspielhauses in Salzburg beschäftigten wiederholt die staatliche Kunstverwaltung, die zu ihrer fachmännischen Beratung in allen wichtigen künstlerischen Fragen einen aus Künstlern aller österreichischen Länder bestehenden Kunstbeirat berufen hat, der in eine Sektion für bildende Künste und eine solche für Musik, Literatur und dramatische Kunst zerfällt.

Und nun wende ich mich einer Frage zu, die gerade in den letzten Tagen die öffentliche Aufmerksamkeit in hervorragendem Maße erregt hat. Es ist das die Angelegenheit der sogenannten Staatstheater; des seinerzeitigen Burg- und Operntheaters Ich möchte zunächst vorausschicken, daß die Öffentlichkeit bei ihrer Kritik von völlig unrichtigen Voraussetzungen ausgeht. Die ehemaligen Staatstheater müssen auch in Zukunft eine Pflegestätte der edelsten deutschen Kunst bleiben. Hier ist eine hohe Tradition zu verteidigen, hier ist ein Besitzstand, der der größten, höchsten und fürsorglichsten Aufmerksamkeit wert ist. Die Republik wird alles daran setzen müssen, das künstlerische Niveau dieser Theater zu erhalten. Schon früher waren namentliche Zuschüsse zu den Einnahmen dieser Theater notwendig und die finanzielle Lage hat sich im Laufe der letzten Zeit derart verschlechtert, daß wir bis heute mit einem Defizit von mehr als zwölf Millionen rechnen müssen. Es ist klar, daß wir dieses Defizit auf die Dauer nicht ertragen werden können. Wir müssen daran gehen, hier einen Ausweg zu finden. Die Verwaltung muß in ökonomischer Weise geführt werden. Dies bedingt eine Vereinheitlichung der Verwaltung, die Unterstellung der Staatstheater unter einen Kopf. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß nur die allerreichsten und, ich möchte betonen,

die gegenwärtig reichsten Schichten, die nicht immer die künstlerischsten Schichten sind, heute in die Lage kommen, ein Theater, die Burg oder die Oper, besuchen zu können. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Es muß die Möglichkeit geboten werden, daß den breiten Massen des Volkes, daß dem sogenannten allerdings kaum mehr bestehenden Mittelstande, der ja in erster Linie kulturellen Hunger sehr empfindlich spürt, daß diesen Klassen Gelegenheit gegeben wird, diese Kunstmästätten zu erschwinglichen Preisen zu besuchen. Vielleicht kann das auf dem Wege geschehen, daß eine weitere Stätte für künstlerisch hochwertige Darbietungen diesen Kreisen zur Verfügung gestellt werden kann, unter Heranziehung der ersten Kunsträume der Staatstheater, der Dekorationen usw. Von irgendeiner Bürokratisierung der Theater darf keine Rede sein. Es wird sich hier ausschließlich um die ökonomischste Führung der Theater in wirtschaftlicher Beziehung handeln. Ich begreife nicht, daß man gerade von mir, dem erbittertesten Gegner bürokratischer Engherzigkeit, voraussetzt, daß ich versuchen würde, den künstlerischen Betrieb bürokratisch zu beengen. Die künstlerische Leitung der Theater wird stets von den Direktoren ausgeübt werden. Entweder haben wir das Vertrauen zu den Direktoren oder wir haben es nicht. Schenken wir ihnen das Vertrauen, dann dürfen wir sie nicht durch bürokratische Einschränkungen in der Ausübung ihres Amtes behindern.

Befürchtungen nach dieser Richtung hin sind also grundlos. Es handelt sich, um es nochmals zu betonen, um eine wirtschaftliche Zusammenfassung, ein Zusammenwirken aller Faktoren unter einer Leitung, um den Betrieb der Theater überhaupt aufrecht zu erhalten. Über die Einzelheiten der Organisation werde ich in einem späteren Zeitpunkte zu berichten Gelegenheit haben. Es finden jetzt Verhandlungen statt, zu denen selbstverständlich auch die Künstlerkreise lebhaft herangezogen werden.

Und nun gestatten Sie mir noch einige schlagwortartige Ausführungen über das Volksbildungswesen anzuschließen. Das Volksbildungswesen gehört ganz organisch zur Schule und daher auch zur Schulreform. Die Schule hat die gediegenen und wertvollen Grundlagen zu legen, sie hat die Vernunftedukation in die Jugend hineinzubringen und das Volksbildungswesen hat sich dann systematisch anzuschließen. Hier finden wir vollkommenes Neuland. Für das Volksbildungswesen hatte die Monarchie mit Ausnahme eines ganz geringen belanglosen Anerkennungszinses nie etwas übrig. Erst die Republik erinnerte sich des Volksbildungswesens. Das im Staatsamt errichtete Volksbildungssamt gab ein Regulativ für die Organisierung des Volksbildungswesens hinaus. Hier ist wohl, hohes Haus,

die größte Vorsicht am Platze. Es muß die volle Freiheit der einzelnen Vereinigungen gewahrt werden. Die Privatinitiative darf nicht bürokratisch gehemmt werden. Wir werden im Einvernehmen mit den Landesregierungen und in Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung in jedem Lande einen Landesreferenten für das Volksbildungswesen bestellen. Dadurch wird in jedem Lande ein Zentralpunkt der ganzen Volksbildungsbemühungen geschaffen werden. Eine eigene Zeitschrift, vom Volksbildungszamte herausgegeben, „Die Volksbildung“, vermittelt den Arbeitsstoff für das ganze Gebiet des Volksbildungswesens. Wir haben die Schulräume, die Vermittel für ernste Volksbildungszwecke zur Verfügung gestellt. Bisher war die Schule auch in dieser Hinsicht vom Volke hermetisch abgeschlossen. 17 Volksbildungskurse wurden teils bereits abgehalten oder stehen unmittelbar bevor.

Seit 25 Jahren bestanden die volkstümlichen Kurse an der Wiener Universität, ein außerordentlich begrüßenswertes Werk. Nunmehr werden solche Kurse an den technischen Hochschulen in Wien und Graz, an der Akademie für Musik und darstellende Kunst und an der Hofbibliothek bereits durchgeführt. Für den Herbst werden volkstümliche Hochschulkurse an der Hochschule für Bodenkultur und an der Hochschule für Tierarznei geplant. Kommenden Freitag wird in Wien ein Volksbüchereitag unter Teilnahme von Volksbüchereileitern aus ganz Österreich eröffnet werden. Geplant ist die Herausgabe einer Volks- und Hausbücherei. Wanderbüchereien sind in Vorbereitung. Volksbildungslernmittelzentralen sind bereits in Wien, Graz und Innsbruck errichtet. Im Herbst hoffen wir bereits eine Volkshochschule in Hainburg in Niederösterreich eröffnen zu können.

Das Gebiet der volkstümlichen Kindererziehung wurde sorgsam behandelt. Wir haben klassische Theaterveranstaltungen für Bürger-, Mittel- und Hochschüler zu ganz niedrigen Preisen durchgeführt. Bis jetzt sind mehr als 30.000 jugendliche Besucher in Wien allein gezählt worden.

Solche klassische Theatervorstellungen wurden aber auch den jungen Menschen in Krems, Wiener Neustadt, Linz, Wels, Salzburg und Innsbruck zugänglich gemacht. Wir haben Konzertveranstaltungen in großem Stile für die Jugend vom Volksbildungssamt aus in Szene gesetzt. Wir haben Museumsführungen durch 52 Sammlungen Wiens und auf dem Lande eingeführt. Es ist das erste Mal, daß wir aus den Museumssärgen wieder neues Leben hervorbringen; wir haben jetzt durch die Museen, die bisher ganz vereinsamt waren, außer wenn sich irgend ein Liebespaarchen, das ein umgestörtes warnes Blättchen im Winter haben wollte in ein Museum verirrte, sachgemäße Führungen eingeführt. Jetzt werden diese Museen wirklich der

Volksbildung dienstbar gemacht. Wir beabsichtigen im Juni eine Wanderbühne einzurichten. Hier sollen hochstehende Gastspiele in mittelgroßen Orten durchgeführt werden. Wir versuchen, hervorragende tüchtige Schauspieler für diesen Zweck zu gewinnen. Wir werden die Kostüme und einfache Dekorationen zur Verfügung stellen und es wird der Bevölkerung des flachen Landes, die bisher nur auf Schmierendarstellungen angewiesen war, Gelegenheit geboten sein, endlich auch hochwertige Theatervorstellungen genießen zu können. Wir haben die Absicht, in kürzester Zeit zwei Wandausstellungen mit Originalgraphiken zu organisieren. Wir haben auch — ich bin da der Zustimmung des ganzen Hauses sicher — die Absicht, in kürzester Zeit dem Hause ein neues Kinogesetz vorzulegen, um endlich einmal diesem furchtbaren, sittenverderblichen Unwesen des Kinos entgegentreten zu können. (Beifall.) Hier ist eine außerordentlich große Gefahr aufgetaucht und wir werden uns hier gar nicht von irgendwelchen Sentimentalitäten leiten lassen. Hier werden wir zugreifen. Es ist unmöglich, unserem Volke das Gift länger zuführen zu lassen, dessen Wirkungen sich ja so deutlich und so tragisch Tag für Tag immer wieder zeigt.

Eine systematisch ausgebauten Volksbildung unter sorgsamer Beachtung der lokalen Bedürfnisse muß die Krönung aller schulreformatorischen Bestrebungen sein.

Es ist in diesem Jahre, hohes Haus, im Unterrichtsamt fleißig und gewissenhaft gearbeitet worden. Mit dankbarer Anerkennung muß ich meiner Mitarbeiter gedenken, sowohl derjenigen, die neu in das Amt berufen wurden, wie derjenigen, die sich als Sachverständige gelegentlich in der uneigennützigsten Weise zur Verfügung gestellt haben, aber auch derjenigen Angestellten und Beamten, die aus der früheren Zeit übernommen wurden. Alle arbeiten mit wahrer Freude und mit großer Begeisterung, da sie wissen, daß ein großes, richtunggebendes Werk geschaffen werden soll.

Es ist nicht wahr, daß wir je planlos gearbeitet hätten. Stets haben wir das hohe Ziel im Auge gehabt und wir waren bestrebt, unser bescheidenes Teil dazu beizutragen, daß aus unserer neuen Schule ein aufrechtes, körperlich und geistig sittliches Volk hervorgehe, arbeitsfrohe Menschen, die sich auf ihre eigene Kraft verlassen, die ihre Rechte auszuüben vermögen, die aber auch bereit sind, Verantwortungen zu tragen. Auf diesem Gebiete vereinigt sich unmittelbar das rein menschliche Interesse, die triebhafte Liebe zum Kinde, mit dem höchsten allgemeinen Interesse, dem Kulturaufstiege des Volkes. Und so, hohes Haus, soll der Bau erstehen unter der Mitarbeit aller, die guten Willens sind, als Ziel aller, die die wirtschaftliche,

nationale und geistige Not unseres Volkes erkennen und darunter leiden, aller, die mit dieser Erkenntnis die Pflicht und auch die Kraft verbinden, Hand anzulegen und nicht untätig zuzusehen, bis alles zusammenbricht. Die Schulreform ist nicht an Personen gebunden. Sie wird, weil sie werden muß, weil hinter ihr alle arbeitenden Schichten stehen, alle arbeitenden Stände, auf deren Schultern die Gesellschaft ruht, weil diese Schulreform eine Resultierende sein wird aller wirkenden Kräfte im Staate, aber auch weil sie die Hoffnung ist auf eine schönere, auf eine bessere Zukunft und getragen ist von der heißen Liebe zu unseren Kindern, zu unserer Jugend. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Matthias Hermann.

Abgeordneter Matthias Hermann: Hohes Haus! Der Feind, den wir am meisten hassen, das ist der Unverstand der Massen! Die Beweise für die Wahrheit dieses Satzes liefern die Ereignisse der Gegenwart: Pseudokommunismus, Putschismus, monarchistische und antisemitische Erzesse sind nicht möglich bei durchgebildeter Bevölkerung. Bildung ist für die Sozialdemokratie eine Lebensfrage, daher ihr Interesse an der Schule lebhaft und nicht begründet auf schwankenden Gefühlen, sondern in der nüchternen Erkenntnis sozialer Notwendigkeit. Für die bürgerlichen Parteien ist die Schule ein Mittel zur Aufrechterhaltung des Klassenstaates, was die tendenziösen Lehrbücher, die tendenziöse Lehrerbildung, die tendenziöse staatsbürgerliche Beeinflussung und die militärische Zugenderziehung beweisen. Die Sozialdemokratie wünscht eine tendenzlose, objektive Schule, weil sie überzeugt ist, daß vorurteilslos, frei erzogene Menschen schon den Weg zu ihr finden werden. Die Sozialdemokratie begrüßt die Glöckelsche Schulreform, weil sie darin die Keime einer solchen Schule erblickt.

Wir Sozialdemokraten fordern die weltliche Schule, das heißt die völlige Trennung von Kirche und Staat, von Kirche und Schule. Der Glöckelsche Erlass über die Aufhebung des Zwanges zur Teilnahme an den religiösen Übungen ist eine selbstverständliche Konsequenz der politischen Machtverhältnisse. Jeder Zwang in diesen Dingen ist unsittlich, und für die Sozialdemokratie wäre es unerträglich zu wissen, daß in der Republik deshalb gestrafft werden könne, weil ein Kind nicht zur Beichte geht. Es wird so lange keine Ruhe geben, bis die Schule rein weltlich ist. Der religiöse Unterricht muß als Privatsache der Konfessionen außerhalb der Schule

erteilt werden, darf aber auch dann dem Staatsinteresse nicht widersprechen. Beispiele dafür liefern ja eine Reihe vorge schrittener Länder, wie England, Holland, Italien, Frankreich, Amerika und Japan. An die Stelle des Religionsunterrichtes in der Schule hat eine Unterweisung in weltlicher Sittenlehre und Bürgerkunde, ange schlossen an die übrigen Unterrichtsfächer, zu treten. Die religiöse Erziehung ist ausschließlich eine Sorge der Religionsgenossenschaften, sie haben daher den Religionsunterricht in die Wege zu leiten.

Diese Stellung der Sozialdemokratie ist nicht, wie Herr Dr. Gimpl meint, diktiert vom Religionshasse, sondern von der Erkenntnis, daß die weltliche Schule für die Erziehung zu tüchtigen Staatsbürgern zu sorgen hat. Wir überlassen gerne die Erziehung für das Jenseits den Religionsgenossenschaften. Die Erfahrung zeigt, daß reinliche Scheidung die beste Lösung ist. Trennung von Kirche und Schule bedeutet Freiheit der Kirche und Freiheit der Schule. Beide verbunden sind beide gebunden. Das in Deutschland zustande gekommene Kompromiß, das freie und konfessionelle Schulen zuläßt, befriedigt niemand, hindert den Ausbau des Schulwesens, schafft Zwergschulen und führt zu beständigen Kämpfen der Elternschaft innerhalb der Gemeinden.

Hohes Haus! Wir fordern die Einheitsschule. Begabungen, unabhängig von der Klasse nage der Eltern, müssen Gelegenheit haben, sich zur größtmöglichen Vollkommenheit auszubilden. Daher haben alle Kinder des ganzen Volkes solange in einer gemeinsamen Schule zu bleiben, bis die Begabungen auseinanderdrängen. Nur so wird gegenseitiges Verständnis zum Vorteile für das soziale Leben erzielt. Wir können den Ausschluß der Kinder der Besitzlosen von höherer Ausbildung nicht länger er dulden. Nicht die finanziellen Qualitäten der Eltern, die geistigen Qualitäten des Kindes dürfen allein entscheidend sein. Wir haben das größte Interesse daran, daß dem Tüchtigen die Bahn frei gemacht werde. Staat und Nation können auf Qualitätsarbeit nicht verzichten.

Aber noch größer ist unser Interesse an der Fürsorge, die den sogenannten Sorgenkindern zuteil werden muß. Das, was früher nur den besitzenden Eltern möglich war, Nachhilfsunterricht solchen Kindern zuteil werden zu lassen, die durch Krankheit oder andere Umstände ohne ihr Verschulden zurückgeblieben sind, muß nunmehr auch Kindern und in erhöhtem Maße den der Armen möglich gemacht werden, denn gerade dort finden mit Rücksicht auf die Unterernährung ansteckende Krankheiten einen günstigen Nährboden, gerade dort ist daher die Gefahr des geistigen Zurückbleibens der Kinder besonders akut. Es muß also ein Nachhilfe-

unterricht organisiert werden, es muß den nicht vollsinnigen Kindern in viel größerem Maße als bisher die Möglichkeit geboten werden, ihr Brot selbst zu verdienen, damit sie nicht später der Gesellschaft zur Last fallen. Hier ist fast noch alles zu leisten. Der monarchistische Staat hatte kein Herz für die ärmsten der Kinder.

Hohes Haus! Wir streben die Arbeitsschule an. Körperliche und geistige Arbeit, gesetzt als wertschaffende Tätigkeit, ist gleich gesellschaftlich notwendig. Es darf keine Bevorzugung der einen auf Kosten der andern erfolgen. Die Bewertung hat lediglich vom Standpunkte gesellschaftlicher Notwendigkeit stattzufinden. Daß heute manuelle Arbeit höher bewertet wird, ist nicht Schuld der Sozialdemokratie, sondern eine Folge des Zusammenbruches, der Österreich mit geistigen Arbeitern überschwemmt hat, während manuelle Arbeit dringend begeht ist. Dieser Zustand wird sich ändern. Die Heze „Waschfrau gegen geistige Arbeiter“, die heute erwähnt worden ist, ist lediglich geeignet, die Erkenntnis sozialer Zusammenhänge zu verdunkeln. Welcher wirklichen Wertschätzung geistige Arbeit sich bei den Bürgerlichen erfreut, zeigte sich ja deutlich bei dem Streit der Industriangestellten. Die Schule soll die Gleichberechtigung aller schaffenden Arbeit erkennen lassen.

Wir fordern die Verstaatlichung des Schulwesens. Daß darunter nicht das zu verstehen ist, was Herr Dr. Wagner gemeint hat, daß wir Wiener städtische Lehrer in die Tiroler Dörfer schicken, das brauche ich wohl nicht erst näher auszuscheiden. Die wirkliche Einheitsschule ist nur bei der Verstaatlichung des Schulwesens möglich. Arbeiter und Staatsangestellte haben das größte Interesse an der Freizügigkeit und würden nicht ertragen, daß es in jedem Lande anders eingerichtete Schulen gäbe. Nur die Staatschule gewährt Schutz gegen den Klerikalismus. Die Arbeiter Österreichs werden sich ihre Schule nicht von den klerikalen Bauern machen lassen. Auch in finanzieller Hinsicht müssen wir für die Staatschule eintreten. Heute schon ist es den Ländern nur durch ausgiebige Staatshilfe möglich, die Lehrergehalte zu bezahlen.

Wir verlangen ferner die Unterstellung aller Schulen unter das Unterrichtsamt. Es ist lächerlich, daß Schulen, weil sie zufälligerweise gewerblicher oder landwirtschaftlicher Richtung sind, nicht dem Unterrichtsamt, sondern dem Handelsamt, beziehungsweise dem Staatsamt für Landwirtschaft unterstellt sind. In unserem kleinen Staate können wir nicht weiter das liebliche Schauspiel dulden, daß verschiedene Absichten auf dem Gebiete des Schulwesens von ein und derselben Gesamtregierung verfolgt werden. Der Fachwelt muß

selbstverständlich bei jenen Schulkategorien, die fachliche Fortbildungsschulen darstellen, ein sehr weitgehender Einfluß eingeräumt werden, ähnlich wie den Eltern in den Volks- und Bürgerschulen.

Hohes Haus! Was der Pfarrer für die Kirche ist, das soll der Lehrer für den Staat sein. Wir haben daher das größte Interesse an höchst gebildeten Lehrern und verlangen deshalb für den Lehrer eine gediegene wissenschaftliche Durchbildung, die ihre Krönung nur an der Hochschule finden kann. Darum unterstützen wir das rühmenswerte Streben der Lehrerschaft nach Hochschulbildung. Da im demokratischen Staate die Schule Volkssache ist, hat die Schulverwaltung unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates vom Volke selbst besorgt zu werden. Dem Volke und der Lehrerschaft, dieser als Fachwelt, hat der gebührende Einfluß eingeräumt zu werden. Das Volk übt diesen Einfluß zentral durch die Nationalversammlung und lokal durch die Schulverwaltungskörperschaften auf Grund des Verhältniswahlrechtes. Der Wille der Eltern hat im Aufbau einer geschlossenen Organisation von Orts-, Kreis- und Reichserziehungs- und Unterrichtsräten zur Geltung zu kommen. Die Lehrerschaft als Fachwelt hat in allen Schulangelegenheiten gehört zu werden. Die zu diesem Zwecke schon errichteten provisorischen Lehrerkammern müssen ehestens in definitive umgewandelt werden. Damit ändert sich naturgemäß auch gründlich die Stellung des Lehrers. Während früher die Lehrer dem herrschenden System absolut unterworfen waren — ich erinnere an die christlichsoziale Gewaltherrschaft, an das System Geßmann — erfreuen sie sich jetzt einer absolut freien Stellung. Heute besitzen sie die Möglichkeit jeder politischen Gesinnung. Wir Sozialdemokraten begrüßen das, auch wenn die Lehrer nicht unserer Partei angehören.

Wir Sozialdemokraten erkennen es, daß der Herr Unterstaatssekretär die besten Pläne hat. Wenn wir auch noch mehr und ein rascheres Tempo wünschen, so begreifen wir die sich ihm entgegenstellenden Schwierigkeiten, die aus der Koalition erwachsen. Bestrebungen aber, wie sie der Katholikentag zeigte, Konfessionalisierung der Schule, wirken für uns Sozialdemokraten als Kampfkraft. Wenn da Zurückhaltung nicht anerkannt wird, ist uns offener Kampf auch recht. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden dann in die Massen den Ruf nach Trennung von Kirche und Staat, Kirche und Schule tragen und dort, wo wir die Mehrheit haben, eine freie Schule schaffen.

Hohes Haus! Groß ist die Zahl derer, die gegen die Glöckelsche Schulreform Sturm laufen. Alle diese Anführer liefern den Beweis, daß die eine reaktionäre Masse zusammensteht gegen diese Schulreform, weil sie in ihr die Sozialisierung der

Bildung erkennt, die Abschaffung aller Bildungsprivilegien für ihre Söhne. Demgegenüber wird die Sozialdemokratie die Schulreform mit ihrem ganzen Gewichte stützen, weil sie in ihr den Anfang erblickt auf dem Wege zu ihrem Ideal: Gleiche Gelegenheit zur Ausbildung für jeden! (Großer Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt die Frau Abgeordnete Spunner. Ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete Spunner: Hohes Haus! Die Frau der Gegenwart ist fest davon überzeugt, daß ihre Tätigkeit in Haus und Familie von weittragender Bedeutung ist. Sie muß aber auf dem Gebiete der Hauswirtschaft, der Hygiene, der Wohnungsfrage, der Kinder- und Krankenpflege neue Bahnen beschreiten, damit sie stets praktisch, verständig und zeitgemäß in jedem Falle verfahren kann. In der Bevölkerung hat sich der Gedanke festgewurzelt, daß man zu einem Berufe vorbereitet werden muß und ich frage: Wo ist die Schule, in welcher die Frau für ihren wichtigsten Beruf, für den schönen, heiligen Mutterberuf vorbereitet wird? Dem Zufall ist es mir überlassen worden, die Frauen dann und wann einmal für ihren Hausfrauenberuf, für ihren Mutterberuf vorzubereiten. In Erkenntnis dessen fordern wir Frauen, daß Schulen geschaffen werden, in welchen die Mädchen sich durch ein Jahr für ihren Mutterberuf, für ihren Hausfrauenberuf vorbilden, und zwar alle Mädchen ohne Ausnahme, ob sie in der Stadt leben, in Industriestädten oder auf dem Lande. Diejenigen Mädchen, die sich eine akademische Bildung aneignen wollen, können dieses Jahr in ihrem neunzehnten Lebensjahr absolvieren, für die Mädchen, die sich dem Gewerbe zuwenden, die Fortbildungsschulen, Fachschulen besuchen, soll es im siebzehnten Lebensjahr möglich sein, und wohl der größte Teil der Mädchen wird in seinem fünfzehnten Lebensjahr diese hauswirtschaftliche Ausbildung erfahren können. Gerade diese letzteren Zeitperiode ist ja für unsere Mädchen so außerordentlich wichtig, weil sich da ihr Körper erst vollkommen entwickelt.

Der Zweck der Schule ist ein zweifacher: die Frau soll einmal für den kleinen Kreis der Familie geschult werden und zweitens soll ihr geistiger Horizont erweitert werden, damit sie begreift, wie wichtig die Lüchenwirtschaft in Großbetrieben ist. Wenn wir zurückkommen auf ihre Tätigkeit in der Familie, so soll der Unterrichtsbetrieb ein derartiger sein, daß Arbeit, Unterricht, körperliche Erziehung im Turnen und Sport ganzzeitig ist, so daß der jugendliche Körper des Mädchens wirklich gut gepflegt werden kann. In diesen hauswirtschaftlichen

Schulen soll dann das Mädchen zur Hilfsbereitschaft, zur Fürsorge angeleitet werden; deshalb sind solche Hauswirtschaftsschulen in Verbindung mit Kinderheimen, mit Horten, mit Tagesheimstätten einzurichten. Die Mädchen sollen ihren Horizont erweitern, sie sollen auch im Gartenbau mitwirken, in der Kleintierzucht tätig sein.

Ein anderer Grund fällt auch noch ins Gewicht, warum wir diese Hauswirtschaftsschulen so dringend brauchen. Denken wir an die fünf Kriegsjahre zurück mit ihrem so lückenhaften Unterrichtsbetriebe. Diese Lücken müssen ausgefüllt werden, damit nicht in späterer Zukunft sich dann die Schäden zeigen, die unsere Jugend in den letzten fünf Jahren erlitten hat.

Die Hauswirtschaftsschulen bedeuten aber auch eine Lösung der Hausgehilfinnenfrage, weil sie auf der einen Seite die qualifizierte Hausgehilfin schaffen und auf der anderen Seite die qualifizierte Hausfrau.

Das Staatsamt für Unterricht hat sich nicht nur mit dem Unterrichte zu befassen, sondern auch mit der Erziehung. Die Erziehung beginnt aber schon beim kleinen Kind und Erziehen, das liegt ja im Wort, das heißt Ziehen, Führen, Leiten, Sorgen, Behütten, Betreuen, und wenn wir in diesem Zeitalter dann recht viel Vorsorge walten lassen, ersparen wir uns anderseits das große und traurige Kapitel der Fürsorge. Deshalb haben wir Frauen den heißen Wunsch, es möchten alle Erziehungsanstalten vom Kindergarten an bis zur Hochschule dem Staatsamte für Unterricht unterstellt werden.

Die Volkszählung hat uns gezeigt, daß ein bedeutender Überschuß an Frauen vorhanden ist. Es wird also vielen Frauen nicht möglich sein, sich ein Heim zu gründen. Und doch fordern wir diese Hauswirtschaftsschulen, weil wir uns sagen, daß die ledige und die verheiratete Frau hauswirtschaftliche Kenntnisse braucht. Die Grundlagen in der Familie haben sich ja so vielfach verschoben. Die verehelichte Frau ist darauf angewiesen, einem Erwerbe nachzugehen, einen Beruf zu ergreifen. Wenn die Frau dann tüchtig vorgebildet ist, wird sie ihre Pflichten gegen Mann und Kind und gegen die Gesellschaft treu erfüllen können.

Aber eines müssen wir Frauen fordern: Befreien wir die Frauen von den Lasten des Zwerghaushaltes! Der Zwerghaushalt ist veraltet, er ist so kleinlich; befreien wir doch die Frau von den tausend Teufeln der Unzökönlichkeit, von den Umständlichkeiten! Die Zeiten sind vorüber, in denen es notwendig war, daß die Frau von frühmorgens bis zum Schlafengehen unaufhörlich im Haushalt arbeitete. Auch sie muß Nutzen haben von den Errungenschaften der Technik. Man schaffe endlich die Kräfte, Material und Zeit ersparenden

Einküchenhäuser, und wenn wir dann von dem Zwerghaushalte los sind, wenn wir die vereinfachte Haushaltung haben, dann wird erst die Frau imstande sein, treu ihre Pflichten gegen den Mann und ihre Kinder zu erfüllen. Sie wird mit dem Manne mitarbeiten können und, was besonders wichtig ist, sie wird dann den Kindern die gute, wertvolle Kinderstube geben. Denn wir Frauen wissen, die Kinderstube begleitet den Menschen durch sein ganzes Leben. Die Frau hat ein Recht, auch die Kulturgüter mitzugenießen, und der Weg zum Kulturmenschen führt über die Entwicklung der Technik.

Die Allgemeinheit fordert die Einstellung der Frauenkraft, die Einstellung der Mütterlichkeit zugunsten des Volkswohles. Wir brauchen soziale Frauenschulen, damit für das Volkswohl vorgesorgt werden kann. Die kolossale Kindersterblichkeit hat die Säuglingspflegerin erfordert, die verrohte Jugend erfordert die Jugendfürsorgerin, der Würgengel, die Tuberkulose braucht die Tuberkulosefürsorgerin zu seiner Bekämpfung, die Volksseuche Alkoholismus braucht die Trinkerfürsorgerin und das Wohnungselend verlangt die Wohnungsimpfatorin, die Wohnungsfürsorgerin. Bei der großen Not der Jugend brauchen wir leider die Jugendgerichte und auch hier ist es notwendig, daß Frauen mitarbeiten. Sie können das aber nur dann, wenn sie auch für diesen Beruf wirklich vorgebildet sind.

Ein nationalökonomisch denkender Staat kann auch die überschüssige Frauenkraft nicht entbehren. Denn die Frauen sind ja auch dazu berufen, volkswirtschaftliche Werte zu schaffen. Wenn wir dann einmal Gartenbauschulen für die Frauen haben, wenn wir die Frau in der Landwirtschaft verständig verwenden, so wird auch für die Volksgesundheit und für die Volksernährung in ganz anderer Weise vorgesorgt werden können. Ich erinnere nur an den Gemüsebau, wenn er sich nicht an kleine Schrebergärten beschränkt, sondern wirklich feldbaumäßig durchgeführt werden wird. Wir alle klagen über den kolossalen Obstmangel. Ich will mir nur ein kleines Beispiel anführen gestatten und aufzuzeigen, wie wichtig es wäre, wenn die Straßen mit Obstbäumen bepflanzt würden. Wenn auf einer Strecke von einem Kilometer 250 Obstbäume gepflanzt werden und jeder Baum nur einen kleinen Ertrag von 20 Kilogramm lieferte, so ergäbe das 5000 Kilogramm Obst für diese kurze Strecke. Welchen Ernteertrag erzielte man auf den vielen unbauten Kilometerstrecken.

Wir sind alle überzeugt, daß die Frau ein Interesse der Bienenzucht entgegenbringt, daß sie großzügig die Geflügel- und Kleintierzucht durchführen kann, daß sie auch Interesse für die Fischzucht hat und daß sie sich auch besonders zur Pflege von Arzneipflanzen eignen würde.

Der denkende Volkswirt bedauert jede unzureichende Kraft. Daher verlangt er auch, daß wir die Frauen zur praktischen und gesunden Arbeit schulen sollen. Wir sind ein verarmter Staat, aber wir Frauen wollen keine Müßiggänger, keine Parasiten am Volkskörper sein. Wir brauchen darum Schulen, damit die Neigungen, die Fähigkeiten, die Fertigkeiten, die Talente, die Kräfte der Frau ausgebildet werden können. Wenn für den Knaben die Bildung kein Luxusgegenstand ist, dann ist sie auch für die Frau kein Luxusgegenstand. Wenn wir moderne Hauswirtschaftsschulen haben, so werden brauchbare Menschen daraus hervorgehen, umsichtige und tüchtige, kluge Hausfrauen, verständige Mütter. Aus dem Chaos der Gegenwart wird dann die neue Type der Frau entstehen, die es versteht, sich einzufühlen in die Not der Bedrängten, Frauen mit dem glühenden Bestreben, mitaufzubauen einen neuen Staat, Frauen, getragen vom sittlichen Ernst, Frauen erfüllt von dem schönen Geist echter, wahrer Mütterlichkeit. (Lebhafte Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer (der während der vorstehenden Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Alois Bauer.

Abgeordneter Alois Bauer: Hohes Haus! Der Staatssekretär des Innern hat die Freundlichkeit gehabt, mitzuteilen, daß er eine Reihe von Vorlagen dem hohen Haus unterbreiten werde, durch welche alte Gesetze, welche in die derzeitige Verfassung nicht mehr passen, reformiert werden sollen. Die derzeit geltenden Bestimmungen gegen gemeinschädliche Personen gründen sich auf das Gesetz vom 10. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 108, betreffend polizeistrafrechtliche Bestimmungen wider Arbeitschene und Landstreicher, weiters auf das Gesetz vom 24. Mai 1885, R. G. Bl. Nr. 89, betreffend die Zulässigkeit der Anhaltung in Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten, und auf das Gesetz vom 27. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 88, betreffend die polizeiliche Abschaffung und das Schubwesen.

Meine Herren! Gerade die Arbeiterschaft hat unter diesen Bestimmungen in der Vergangenheit furchtbar gelitten, und zwar nicht nur die einzelnen Personen, sondern auch die Arbeiterschaft als Ganzes. Dass durch die erwähnten Gesetze die dem Staat obliegende Aufgabe, die Gesellschaft gegen gemeinschädliche Personen tunlichst zu sichern, keineswegs in befriedigender Weise gelöst und der angestrebte Zweck vielfach nicht erreicht wird, unterliegt gar keinem Zweifel. Vor allem hat die unzulängliche Fassung der §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, dann die Fassung des Gesetzes, betreffend das Schubwesen vom 27. Juli 1871 zur Folge, daß nicht selten ganz harmlose Personen mit dem Gesetz in

Konflikt kommen und Maßnahmen unterworfen werden, welche auf sie überhaupt keine Anwendung zu finden haben, da in diesen Fällen nicht nur Arbeitschene, sondern auch Hilfsbedürftige von der Strafe, beziehungsweise von den Polizeimaßregeln getroffen werden sind. Der Umstand, daß eine Person als gemeinschädlich gilt und daher einer Zwangsmäßregel unterworfen werden soll, muß im Gesetze möglichst genau umschrieben werden, damit nicht harmlose Personen, welche infolge widriger Verhältnisse hilfsbedürftig geworden sind, polizeilich behandelt werden. Es wäre als oberster Grundsatz aufzustellen, daß als Landstreicher nur derjenige bestraft werden soll, welcher aus Arbeitschene erwerbs- und mittellos umherzieht, nicht aber wie dies jetzt der Fall ist, jedermann, der geschäfts- und arbeitslos umherzieht und nicht den Nachweis zu erbringen vermag, daß er die Mittel zu seinem Unterhalt besitzt oder redlich zu erwerben versucht. Die Beweislast wäre eigentlich der Behörde aufzuerlegen, die Behörde müßte beweisen, ob dieser Mensch aus Arbeitsunlust oder aus anderen Gründen in diesen Zustand geraten ist.

Ebenso soll das Betteln nur dann als strafbar erklärt werden, wenn es aus Arbeitschene oder Gewinnsucht betrieben wird. Was die Polizeiaufsicht betrifft, so hat deren Regelung durch das Gesetz vom 10. Mai 1873 keineswegs den erwarteten Erfolg gebracht, da die hier vorgesehenen Einschränkungen viel zu weitgehend sind und die betroffenen Personen nicht selten in ihrem redlichen Erwerb hindern. Tatsächlich wurden auch in den letzten 15 Jahren nur äußerst wenige Personen unter Polizeiaufsicht gestellt. Das Anwendungsgebiet der Polizeiaufsicht müßte also eingeschränkt und das Gericht berufen werden, zu überprüfen, ob die Polizeiaufsicht im einzelnen Fall zweckmäßig erscheint. Hierdurch würde die Polizeiaufsicht vor allem auf Gewohnheits- und Berufsverbrecher eingeschränkt werden können. Wir müssen aber auch verlangen, daß aus den heutigen Gesetzen die Bestimmungen entfernt werden, wonach Jugendliche unter diese Polizeiaufsicht fallen. Jugendliche unter 18 Jahren sollten nicht unter Polizeiaufsicht gestellt werden. Jugendliche, die in eine solche unglückliche Lage geraten, könnten besser für die Gesellschaft herangezogen werden, wenn sie unter eine Fürsorge gestellt werden, indem der Staat dafür Vorsorge trifft, daß diese jugendlichen Menschen, die aus irgend welchen Umständen mit dem Gesetze in Konflikt geraten sind, der Gesellschaft wieder zurückgewonnen werden.

Die Zulässigkeit der Abgabe in eine Zwangsarbeits- oder Besserungsanstalt dürfte bloß dann ausgeprochen werden, wenn dies wegen des Hanges des Verurteilten zur Arbeitschene notwendig erscheint. Die gleichfalls reformbedürftigen Vorschriften

über die Abgabe in eine Besserungsanstalt könnten allerdings nur im Zusammenhange mit der Änderung des Jugendstrafrechtes und mit der Einführung der Fürsorgeerziehung gelöst werden. Auch die Bestimmungen des Gesetzes vom 27. Juli 1871 in betreff der polizeilichen Abschaffung sowie die Bestimmungen des Schubgesetzes erheischen eine Änderung. Abschiebung und Abschaffung sollten nur wirklich gemeinschädliche Personen treffen, wogegen die Heimbeförderung von erwerbs- und subsistenzlosen oder sonst hilfsbedürftigen Personen den Armenbehörden überlassen werden soll. Insbesondere muß der Punkt B des § 1 dieses Gesetzes ausgemerzt werden, der die polizeiliche Abschiebung von ausweis- und bestimmungslosen Personen zuläßt. Diese gesetzliche Bestimmung führt dazu, daß hilfsbedürftige Personen, sogar Frauen und Kinder, im Schubwege in ihre Heimat befördert werden.

Ich meine, hohes Haus, daß wir als Sozialdemokraten verlangen müssen, daß diese veralteten Bestimmungen, wenn sie nicht ganz verschwinden können, wenigstens dem modernen Geist angepaßt werden müssen.

Ich möchte mir noch erlauben, auf einige Ausführungen zurückzukommen, die in der Debatte über das Kapitel „Inneres“ gegen die Räteorganisation gefallen sind. Es muß hier betont werden, daß die Herren in diesem Hause, wenn sie von der Räteorganisation sprechen, vergessen, daß sich alle Parteien dieses Hauses in irgendwelcher Form Organisationen geschaffen haben, daß sie aber die eigene immer als nützlich und gut hinstellen, und nur die Organisation, die sich die Arbeiter in ihren Räten geschaffen haben, hier in diesem hohen Haus einer Kritik unterziehen! Es ist sehr bemerkenswert, daß schon der Herr Staatssekretär des Innern in seinen gestrigen Ausführungen betont hat, daß das, was die Arbeiterräte gemacht haben und auch in Zukunft — ohne sich um die Kritik einzelner Personen dieses Hauses zu kümmern — machen werden, im Interesse der Allgemeinheit geschieht. Ich habe hier Aufzeichnungen darüber, welche Mengen von Lebensmitteln die Arbeiterräte gerade für Wien bei den Schiebern und Wucherern konfisziert haben mit Bewilligung und Einverständnis der Behörden. Es sind Millionen Kilogramm von Lebensmitteln im Werte von Millionen. Gerade die von den anderen Räten, die immer vergessen werden, wenn man über das Rätesystem und über die Rätewirtschaft schimpft, gehafteten Arbeiterräte haben unter den Schieber- und Ständeräten immer herausgefunden, wo diejenigen sind, die das Volk betrügen und bemogeln wollen. Es sind Millionenwerte, die die Arbeiterräte an Lebensmitteln für die breiten Schichten der Bevölkerung gerettet haben.

Es muß in diesem Hause auch einmal erklärt werden, daß wir nicht immer und immer dazu da

sind, uns von der anderen Seite wegen der Organisation der Arbeiterräte beschimpfen zu lassen. Was die Arbeiterräte machen, haben sie gegenüber ihren Wählern zu verantworten. Gegen das Gesetz begehen die Arbeiterräte nicht solche Verbrechen wie andere, was von den Herren auf der anderen Seite wohlweislich verschwiegen wird. Ich habe hier den Ausschnitt einer Nachricht, wonach in der Ortschaft Eggenberg eine Lohnbewegung der Bauarbeiter im Gange war. Der Vorsteher der Genossenschaft hat nun in einer Versammlung der Mitglieder der Genossenschaft folgendes erklärt (*liest*):

„Wenn man auch einzieht, daß die Arbeiter eine Teneringszulage haben müssen, wenn sie leben wollen, so könne und dürfe man sie doch nicht gewähren. Man müsse sie prinzipiell ablehnen und dadurch die Arbeiter zwingen, länger als acht Stunden im Tag zu arbeiten. Man müsse es durchsetzen, das Gesetz des Achtstundentages unmöglich zu machen. Ein Achtstundentaggesetz gäbe es nicht und wenn es in der Nationalversammlung schon beschlossen worden sei, dann müsse es eben dadurch wieder umgebracht werden. Es hätte ja selbst unlängst in einer öffentlichen Versammlung der Landeshauptmann Dr. Rintelen ausdrücklich gesagt: Sie brauchen sich nicht an die achtständige Arbeitszeit zu halten. Und das, was der Landeshauptmann gesagt hätte, das müsse durchgesetzt werden. Mit Pathos rief Herr Quitt — Herr Quitt ist nämlich auch ein Bürger- und Ständerat — in die Versammlung: „Nichts wird bewilligt! Was können denn die Arbeiter machen? Nichts? Wozu sind dann wir Unternehmer und die Bauern bewaffnet worden? Sie sollen sich nur rühren, wir werden es ihnen schon zeigen!“

Man sollte es nicht für möglich halten, hohes Haus, daß man sich in einer öffentlichen Versammlung auf den Landeshauptmann berufen kann, der erklärt hat, man brauche sich nicht an die Gesetze zu halten und daß, wenn die Arbeiterschaft verlangt, daß dem Gesetz Rechnung getragen werden soll, gesagt werden kann: Nichts wird bewilligt, wozu sind wir Unternehmer und Bauern bewaffnet worden? Ich meine, hohes Haus, man muß auch diekehrseite der Medaille betrachten: Die Arbeiterräte sind gewillt, die Gesetze einzuhalten, die Arbeiterräte sind da, um für das allgemeine Volk zu arbeiten. Und wenn, wie der Herr Staatssekretär des Innern erklärt hat, die Verstöße der Arbeiterräte nur Kleinigkeiten sind, welche auf Unvernunft zurückzuführen sind, so ist auf der anderen Seite eine systematische Heze gegen die Nationalversammlung und ihre Gesetze, eine systematische Heze gegen die Republik. Unter solchen Umständen sollten sich diese Herren lieber zurückziehen und schweigen, nicht aber die Tätigkeit der anderen, welche im al-

meinen Interesse arbeiten, hier von der öffentlichen Tribüne herab verunglimpfen.

Der Herr Abgeordnete Wedra hat schon im vorigen Jahr in einem Pathos über das das Haus eigentlich das Gruseln hätte bekommen sollen, wörtlich gesagt (*liest*): „Ich habe hier ein offenes Wort gesprochen, ich bin der erste, der über diese Fragen hier spricht. Ich habe den Mut aufgebracht, obwohl ich ganz sicher weiß, daß ich mit diesen Worten heute um mein Leben spiele.“

Ich bitte, meine Herren, haben Sie schon erlebt, daß die Arbeiterräte bewaffnet ausziehen, daß sie bewaffnet irgend etwas, was dem Gesetz widerspricht, zur Durchführung zwingen wollen? Ich könnte Ihnen aber für das Gegenteil Beweise erbringen; so daß in Waidhofen an der Ybbs die Bauern, um Schleichhändler zu befreien, alles mögliche angewendet haben; ich könnte Ihnen aus wiederholten Fällen Beweise erbringen — es ist ja kein Geheimnis, Sie können es auch in den Zeitungen lesen —, daß die Bauern Maschinen gewehre, Gewehre u. dgl. haben, so daß wir es bald erleben können, daß die Bauern als regelmäßige Kampftruppen aufbrechen und mit Kanonen und Granaten aufmarschieren werden. Diese Herren erlauben sich, uns Vorwürfe zu machen, weil wir im Interesse der Allgemeinheit als Arbeiterräte arbeiten. Diese Herren erlauben sich, uns hier zu beschimpfen und als die Leute hinzustellen, die den heutigen Zustand herbeigeführt haben, dieselben Herren, die nichts anderes wollen, als die Vergangenheit wieder herbeiführen.

Der Herr Abgeordnete Kunschak hat in einer sehr demagogischen Weise das System der Arbeiterräte behandelt. Auf verschiedene Zwischenrufe hat er dann klein beigegeben, daß er auch die anderen Räte gemeint habe und daß die Rätewirtschaft überhaupt nicht in die jetzige Zeit mehr hineinpasse. Verzeihen Sie, meine Herren, ich weiß nicht ob der Herr Abgeordnete Kunschak an dem Abend desselben Tages, wo er das gesprochen hat, in einer Versammlung, welche vom Bürger- und Ständerat einberufen worden ist, den Herren dort gesagt hat, sie sollen endlich mit ihrem Bürger- und Ständerat aufhören, weil er immer nur provozierend wirkt. Ich habe hier einen Auszug vom Kriegswucheramt, aus dem hervorgeht, daß von 1521 Geschäftsbetrieben 496 Gewerbetreibende wegen Preistreiberei beanstandet wurden. Der Herr Abgeordnete Kunschak ist entrüstet darüber, weil sich die Arbeiterräte aus den Kriegswucherkommissionen zurückgezogen haben, was sie nur deshalb getan haben, weil sie nicht mit dem Bürger- und Ständerat zusammenarbeiten wollen, da es amtlich nachweisbar ist, daß die Kleingewerbetreibenden in so großem Maße wegen Preistreiberei verfolgt und beanstandet werden, daß ein Bürger- und Stände-

rat nicht Mitglied einer Wucherkommission sein kann, weil er sonst mit seinen eigenen Wählern — wenn er überhaupt gewählt ist — in Konflikt geraten müßt.

Der Herr Abgeordnete Dr. Schürff hat gestern gemeint, daß heute nur mehr die radikalen Parteien und Richtungen zum Worte kommen können, daß eine Partei, welche in der Minderheit ist, in dieser Republik überhaupt keine Freiheit mehr genießt. Darauf muß ich ihm ganz kurz antworten. Wäre es in einem Staate überhaupt möglich oder war es in der Vergangenheit möglich, daß man gegen den Kaiser und Thron solche Verleumdungen und Beschimpfungen aussöhlt, wie es heute möglich ist, daß der frei gewählte Präsident jeder Verleumding, jeder Beleidigung preisgegeben ist, daß er ein Objekt ist, daß jedermann ohne Beschränkung beschimpfen, beschmücken und verleumden kann? Hätte es je eine Nationalversammlung gegeben, welche ihren Präsidenten so beschimpfen läßt, wie es hier zugelassen werden muß, weil die Freiheit besteht, weil zu viel Freiheit unter Umständen besteht, weil die Herren die Freiheit anders ausnutzen, als, wie Sie uns immer mundgerecht machen wollen, die Arbeiter „ihre Freiheit ausnutzen“? Ich meine, daß die Zustände, welche hier in diesem Lande herrschen, nicht von den Arbeiterräten verschuldet sind, sondern daß die Bürger- und Ständeräte, die Bauernräte und Sie, meine Herren, welche die Vertreter dieser Stände und der Bauern sind, die Verantwortung auf sich nehmen müssen, daß solche Zustände bestehen.

Ich habe hier ein Schreiben aus Piesting, wo die Arbeiterschaft sich darüber beklagt, daß vier Arbeiter, die Handwaffen gehabt haben, denunziert worden sind, worauf sofort die Gendarmerie eingeschritten ist und ihnen die Handwaffen abgenommen hat. Die Arbeiter beschweren sich bitter darüber, daß die Bürger und Stände und die Bauern draußen alle Waffen besitzen und die Regierung noch immer nicht den Mut aufbringt, auch diesen Menschen endlich einmal das Handwerk zu legen, damit sie nicht mit der Waffe in der Hand die Gesetze sabotieren können. Wir müssen verlangen, daß auch diesen Leuten die Waffen abgenommen werden. Der heutige Zustand widerspricht auch dem Friedensvertrag, und wenn die Bürger- und Ständeräte sowie die Bauernräte und die Bauern mit Waffen versehen sind, so dürfen Sie sich nicht wundern, daß endlich auch in der Arbeiterschaft das Verlangen wach wird, Waffen zu besitzen, weil die Arbeiterschaft sich fragt, warum die einen mit dem Vorrecht ausgestattet sein sollen, ihre Interessen mit der Waffe vertreten zu können, während ein Arbeiter, der einen Revolver bei sich hat, denunziert wird, von der Behörde vorgeladen wird und die Waffe abgeben muß. Daß die Zustände in diesem Lande solche sind, daran sind nicht die Arbeiter

schuld, denn die Arbeiter sind die einzige Gruppe der Bevölkerung, welche schafft und wirkt, um diesen Staat überhaupt aufrecht zu erhalten.

Wenn Kollege Kunschak sich darüber aufhält, daß die Arbeiterräte immer erklären, daß sie revolutionär sind, so ist das nun einmal so: es gibt Menschen in diesem Staate, welche diese Staatsform nicht für geeignet halten, allen Menschen Glück und Segen zu bringen, es gibt auch Menschen in diesem Staate, welche immer wieder, ohne ein Geheimnis daraus zu machen, nach der Vergangenheit schreien, welche wieder einen Kaiser auf dem Thron sehen möchten, welche wünschen, daß wieder die ganze Macht auf den Bajonetten beruhen soll. Das ist Geschmackache und ich überlasse es den anderen Herren, reaktionär zu denken, meine aber, daß es auch uns überlassen bleiben muß, revolutionär zu denken. Die Anschuldigungen, daß gerade die Arbeiterräte den chaotischen Zustand, in dem wir heute leben, herbeigeführt haben, sind vollständig unrichtig, sondern gerade die Arbeiterräte sind es, welche nach links sowohl als nach rechts mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln arbeiten und kämpfen, um diese Republik zu erhalten und aus diesen Zuständen in eine bessere Zukunft zu kommen.

Wenn immer geklagt wird, daß die Arbeiter mehr als den Schutz der Gesetze genießen, so ist das vollständig unrichtig. Wir selbst haben uns zu beklagen, daß die Auslegung des Gesetzes gegen andere eine mildere ist, und gerade die Versammlung beim Dreher auf der Landstraße hat gezeigt, daß die Polizei rücksichtslos gegen die Arbeiter vorgegangen ist, rücksichtslos gegen die Arbeiter losgeschlagen hat. Wir haben noch nie gehört — und wir haben es jetzt ja wieder neu erfahren —, daß sich die Behörden jemals getraut hätten, gegen bürgerliche Verbrecher, die mit der Waffe in der Hand Gesetze sabotieren, eine Untersuchung einzuleiten. Wir müssen es für die Zukunft entschieden abweisen, daß sich jemand von irgendwelcher Seite auch immer in die Organisationsform der Arbeiterräte einmischt. Ob es dem Herrn Kunschak nun angenehm ist oder nicht, daß sich die Arbeiterräte von einer Reihe von Funktionen zurückgezogen haben, das ist unsere Sache und kümmert die anderen Herren gar nichts. Es wäre besser, wenn die Herren offen wären, wie es der Herr Abgeordnete Wedra gewesen ist, welcher offen erklärt hat, er sei gegen die Arbeiterräte. Das ist ein Wort. Aber wenn man erklärt, man ist gegen die Rätewirtschaft, und schimpft nur über die Arbeiterräte, während man über die anderen Räte der Bürger und Bauern schweigt, so muß man das als Demagogie bezeichnen.

Ich eile zum Schluß und möchte nur sagen, daß sich die Arbeiterräte in den Dienst der

Allgemeinheit gestellt haben und im Dienste der Allgemeinheit wirken werden. Ob jetzt das Urteil über sie so oder so ausfällt — die Arbeiterräte werden sich dadurch nicht behindern lassen. Wir als Sozialdemokraten müssen verlangen, daß die Gesetze auch gegenüber den Bauern mit aller Strenge gehandhabt werden. Wenn das aber nicht sein wird, werden auch die Vertreter der Arbeiter anders sprechen müssen, weil es nicht angeht, daß die Reaktion immer mehr und mehr sich breitmacht. Wenn auch von der anderen Seite gesagt wird, daß das nur leere Phrasen sind, so haben wir Symptome genug dafür, daß sich die Reaktion hier wieder breitmacht mit Unterstützung der Deutschenationalen und Christlichsozialen, so daß wir gezwungen sein werden, andere Mittel des Kampfes anzuwenden. Verzeihen Sie, Herr Abgeordneter Wedra, wenn Sie auch „nein“ deuten, so glaube ich, es ist sicher „ja“. Wenn Sie nichts gesagt hätten . . . (Abgeordneter Forstner: Er ist ein Schlaumeier!) Ja, er ist ein Schlaumeier! Wenn die Gesetze so angewendet werden können, daß die Bauern mit der Waffe in der Hand die Gesetze sabotieren und offen sagen können, was sie wollen, so müssen Sie schon verzeihen, wenn sich die Arbeiterschaft auf die Dauer diesen Zustand nicht gefallen lassen wird und die Arbeiter zu ungesehlichen Mitteln greifen müssen, wie es die Bauern- und Bürgerstände die ganze Zeit hindurch machen. Lassen Sie in Zukunft die Arbeiterräte in Ruhe, die Arbeiterräte kümmern Sie nichts, die Arbeiterräte haben sich selbst und nur vor ihren Wählern zu verantworten. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Scheibein; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Scheibein: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Paulitsch hat uns in sehr warmen Worten den Bericht über das Kapitel „Kultus“ erstattet und erwähnt, daß sich die Geistlichkeit insbesondere in Kärnten sehr warm der Armen angenommen und daß sie ihre Pflicht gegenüber diesen vollauf erfüllt habe. Ich will absolut nicht seine Worte bestreiten. Wenn ich sie aber auf mein engeres Heimatland, auf Tirol beziehen soll, so muß ich schon betonen, daß das bei unserem Klerus nicht zutrifft. So hat unter anderem in Kirchberg im Breitentale der dortige Pfarrer sehr scharf gegen Preistreiberei, übermäßige Habgier, Gelderwerb usw. gepredigt. Dieser etwas scharfe Ton hat den Angehörigen der christlichen Gemeinde aber nicht gepaßt. Sie haben den Kirchenbesuch eingestellt, sie haben dem Pfarrer die Einnahmen geschmälerkt, indem sie keine Messen lesen

ließen usw. und schließlich sind der Pfarrer und Kooperator so in Notlage geraten, daß sie ihre Taktik gegenüber den Reichen einstellen, um leben zu können. Dasselbe ist in anderen Gemeinden, zum Beispiel in Ellbögen bei Innsbruck, auch vorgekommen.

Der Herr Abgeordnete Paulitsch hat als Berichterstatter aber auch erwähnt, daß der Krieg an dem Klerus selbst nicht spurlos vorübergegangen ist; gemeint hat er im allgemeinen die Pensionisten. Es besteht ja kein Zweifel, daß die Notlage des Klerus außerordentlich groß ist, soweit er in Pension lebt. Aber wir bedauern es, daß die reiche Kirche ihre Dienstler so in Not herumlaufen läßt, daß sie ihnen die Pension nicht aufbessert und sich in dieser Beziehung immer nur an den Staat um Unterstützung wendet und es diesem überläßt, die Bezüge des pensionierten katholischen Klerus aufzubessern.

Zur Sache selbst hätte ich beim Kapitel Kultus noch folgendes zu bemerken. Obwohl im Artikel 15 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 142, ausdrücklich gesagt ist, jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre inneren Angelegenheiten selbstständig, müssen wir feststellen, daß zwar die Juden und die Protestanten ihre Religionsgemeinden auf Grund dieses Gesetzes konstituiert haben, die Katholiken aber bisher nicht. Es geht nicht an, daß der Staat aus seinen Einnahmen einem Teile der Bevölkerung, und wenn es auch die große Mehrheit der Bevölkerung der Republik ist, für Zwecke des religiösen Kult Geschenke macht. Im Jahre 1871 hat der damalige Abgeordnete Ginzel im Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Aufbesserung der Bezüge des katholischen Seelsorgeklerns eingebracht. Der Staat hat damals 600.000 bis 800.000 Gulden gegeben, jedoch die Bedingung gestellt, daß die Priester eine unangesuchte staatsbürgерliche Haltung zeigen müssen. Hohes Haus! Wir können insbesondere in Tirol feststellen, daß, wo katholische Pfarrer Zeitungen leiten, diese eine direkt republikfeindliche Schreibweise haben und gegen den Staat losziehen. Auch wird meist — es wurde mir berichtet, daß dies in der letzten Zeit allerdings besser geworden sei — die Kanzel in den Dienst der Politik gestellt. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß die Kanzel längst im Dienste der Politik steht. Wie gönnen der Kirche in jedem Staat, also auch dem priesterlichen Stande, volle Betätigung auf dem politischen Gebiete, aber wir wünschen sehr, daß die Kirche als solche lediglich dem Evangelium vorbehalten bleibe und daß im Interesse der Bevölkerung dieser politische Kampf endlich eine andere Form annehme.

Wir haben aber auch bei den Geistlichen, soweit sie die staatsbürglerlichen Pflichten zu erfüllen haben, in Tirol Fälle zu verzeichnen, daß sie nicht

immer den Weisungen Folge leisten. So hat das Staatsamt des Innern einem Höttlinger Bürger den Exkonsens erteilt und da brauchte nun dieser ein Zeugnis von dem Pfarrer in Höttling darüber, daß ihm die Trauung in der Kirche verweigert wird. Die Braut hat darum gebeten. Der Pfarrer verweigerte es und hat ihr folgendes gesagt (*liest*): „Überlegen Sie sich die Sache noch, denn Sie begehen dadurch eine sehr schwere Sünde. Sie sind bereits eine lebend Verdammte. Sie sind ein Teufel unter den Menschen. Kein Priester wird Sie am Sterbebette mit den Segnungen der heiligen Religion versehen können. Solche Gesetze kommen zustande, die zu weiterem, noch größerem Elende führen müssen. Solche Gesetze, die ohne Einvernehmen mit der katholischen Kirche gemacht werden, können wir nicht anerkennen. Soweit ist es nun in Österreich gekommen. Na, daß Gott erbarm, ist das eine schlechte Welt!“ Und so weiter. Die Frau, die selbst religiös ist, hat ihm zur Antwort gegeben: „Herr Pfarrer, mir ist es in meinem Leben nicht schlecht gegangen, ich muß daher annehmen, daß der Herrgott mit mir vollaus zufrieden ist.“ Alle Beteuerungen, daß sie, wenn sie behördlich getraut werde, der katholischen Religion treu bleiben wolle, haben nichts genutzt, es wurde ihr trotzdem die Ausstellung des Dokuments verweigert, obzwar, wie ich feststellen will, die Pfarrämter der Stadtgemeinde Innsbruck und die Pfarrämter in Wilten anstandslos solche Bestätigungen ausstellen.

Dazu kommt noch eines, daß sich in letzterer Zeit die Geistlichen, insbesondere der Jesuitenpater Biederlaak, direkt in den Klassenkampf einmengen. So hat er im Münster'schen Pastoralblatt vom März 1920, weil er ganz gut weiß, daß in Tirol sehr viele Gewerkschaftler noch die Kirche besuchen und ihren religiösen Grundsätzen treugeblieben sind, direkt gegen den Klassenkampf Stellung genommen. Wir haben hier zu erklären, daß wir gegen diese Tätigkeit, soweit sie frei ist, absolut nichts einwenden. Wir gönnen ihm die freie Tätigkeit. Aber wenn er schon Parteipolitik betreibt, wenn er sich schon in den Dienst des Kapitalismus stellt, dann soll er auch von dieser Partei bezahlt werden und dann sollen an den Staat selbst keine Ansprüche gemacht werden. Wir sehnen uns absolut nicht nach dem Fondsvermögen und nach dem anderen Vermögen der Kirche, soweit es nicht von der Vermögensabgabe betroffen wird. Wir glauben aber, daß es hoch an der Zeit ist, daß sich die Kirche selbst aus ihren Einnahmen erhalten soll. Unseren prinzipiellen Standpunkt zur Kirche selbst werden wir bei der Behandlung der Verfassung einnehmen. Wir glauben mit allem Nachdrucke heute schon betonen zu müssen, daß wir bei dieser Gelegenheit unseren Programmpunkt durchgeführt wissen wollen, daß endlich die katholische Kirche unabhängig wird.

und sich die Trennung der Kirche vom Staate verwirklicht.

Ich kehre zu den Eigentümlichkeiten unseres Landes zurück. Wir haben noch Überreste vom kirchlichen Zehnt aus dem 17. Jahrhundert. Das hohe Haus wird gewiß die frühere Regierung, das k. k. Unterrichtsministerium, nicht als freiheitlich, sondern gewiß als sehr fromm und den Katholiken sehr zugetan bezeichnen können. Aber schon im Jahre 1903 hat das damalige k. k. Unterrichtsministerium die Stolzgebühren in der Diözese Salzburg aufgehoben. In einigen Gemeinden in Tirol haben wir noch diese alte Einrichtung. Auf Grund dieser Aufhebung aus dem Jahre 1903 hat in der 481. Sitzung der XVII. Session der damalige Abgeordnete des deutschnationalen Verbandes Dr. Erler den Antrag eingebracht, daß dieses Überbleibsel, welches in verschiedenen Gemeinden außerordentlich viel Unheil stiftet, endlich einmal aufgehoben werden möge. Hat man es im Jahre 1903 in Salzburg für notwendig erachtet, es aufzuheben, so glauben wir, daß es, nachdem es nur mehr in einzelnen Gemeinden in Tirol besteht, auch endlich in Tirol zur Aufhebung gelangen soll. Ich habe mir am 19. August 1919 erlaubt, einen diesbezüglichen Antrag hier im hohen Haus einzubringen, der in der Beilagennummer 411 enthalten ist. Seit dieser Zeit ist von seiten des Unterrichtsamtes kein Schritt unternommen worden und es bestehen diese Verhältnisse in unserem Lande noch immer.

Ich will auf die Einzelheiten des Pönfallels selbst nicht näher eingehen, ich will nur feststellen, daß, im Falle sich jemand weigert, in jenen Gemeinden, wo der Pönfall im Jahre 1848 nicht abgelöst wurde, das eine Prozent vom Nachlaß an den jeweiligen Ortspfarrer zu bezahlen, dieser Beitrag vom Notar eingebracht wird. So wie die staatliche Stempelgebühr in Abzug gebracht wird, so wird dieses eine Prozent für die Seelenrettung oder das Seelenheil abgezogen. Es ergeben sich dadurch Verschiedenheiten im Lande selbst. Die Gemeinde Zellerburg zum Beispiel wird von der Stadt Kufstein durch den Inn getrennt. Die Stadt Kufstein hat nun keinen Pönfall zu leisten, denn er wurde dort im Jahre 1848 abgelöst. Die Gemeinde Zellerburg dagegen hat den Pönfall zu bezahlen.

Die Häuser diessseits des Inn haben also keinen Pönfall zu bezahlen, sie haben für die Seelenrettung an den jeweiligen Ortspfarrer kein Prozent zu entrichten, während die Häuser jenseits des Inn das eine Prozent für die Seelenrettung zu leisten haben. Dasselbe gilt auch in der Stadtgemeinde Zell am Ziller, wo der Ziller die Grenze bildet. Dort sind auch Streitigkeiten sehr häufig. Die Gläubigen werden sogar auf einen Friedhof

begraben. Diejenigen aber, die auf der einen Seite des Ziller sterben, haben, das eine Prozent zu zahlen, während die Gläubigen auf der anderen Seite des Ziller nichts zu bezahlen haben. Ja, solche Streitigkeiten werden im Klerus selbst geführt. Es ist zum Beispiel in der Gemeinde Maierhofen der Besitzer Moigg gestorben, und zwar in Hinterdux. Infolgedessen haben nun beide Pfarrer gestritten, wem der Pönfall gehört, dem Pfarrer von Hinterdux, wo er gestorben ist, oder dem Pfarrer von Maierhofen.

Es sind also Streitigkeiten diesbezüglich selbst unter dem Klerus vorgekommen. Wenn ich mich recht erinnere, hat der Altbürgermeister Dr. Praxmarer von Kufstein einen ganzen Altenstock von Prozessen gezeigt, die viele Bauern in dieser Sache geführt haben. Sie haben den Prozeß immer verloren, weil sich der Verwaltungsgerichtshof die Sache nicht sehr schwer gemacht hat. Er hat ganz einfach in seinen Entscheidungen erklärt, der Pönfall sei dort gewohnheitsmäßig eingehoben worden und der Pfarrer habe daher das Recht, gewohnheitsmäßig das eine Prozent vom Nachlaß des Verstorbenen einzuhoben. Das ist auch wirklich so geschehen.

In der einen Gemeinde hat es der Pfarrer wieder zurückgegeben, in der anderen Gemeinde hat er es behalten, kurzum es ist ein ganz unledichter Zustand, der endlich einmal beseitigt werden sollte. Ich möchte daher dringend bitten, daß dieses unwürdige alte Überbleibsel endlich beseitigt werde und eine Vollzugsanweisung erlassen wird, die uns von ihm befreit.

Zum Schlusse will ich nur noch dem Wunsch Ausdruck geben, daß die Trennung von Kirche und Staat endlich einmal durchgeführt werde. Wir wissen, daß bisher die katholische Kirche in unserem Staat ein Privileg besessen hat und wir wollen, daß in der neuen Verfaßung auch dieses Privileg beseitigt wird. (Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer: Es ist kein Redner mehr gemeldet, daher erscheint die Debatte geschlossen.

Ich erteile das Schlußwort dem Herrn Berichterstatter Dr. Danneberg.

Berichterstatter Dr. Danneberg: Hohes Haus! In der Debatte über das Budget des Staatsantzes des Innern hat der Herr Abgeordnete Dr. Schürff den Vorwurf gegen mich erhoben, ich hätte in meinem einleitenden Referat über meine Pflicht als Berichterstatter meine parteipolitische Gesinnung gestellt. Ein Blick in das Protokoll wird zeigen, daß meine einleitenden Worte nur dazu bestimmt gewesen sind, ein objektives Bild über die Ver-

handlungen im Finanzausschusse zu geben. Allerdings leugne ich nie und leugne es auch jetzt nicht, daß meine sozialdemokratische Gesinnung bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck kommt und wie bei jedem Menschen, der über eine Gesinnung wirklich verfügt, auch zum Ausdruck kommen muß.

Was die Debatte selbst anlangt, die hier über das Innere abgeführt worden ist, so hat der Herr Staatssekretär bereits eingehend erwidert. Es ist die alte Klage über die Anarchie in der Verwaltung, die eingerissen sei, und über die Auflösung der staatlichen Ordnung hier vorgebracht worden, Klagen, die von verschiedenen Seiten her begründet worden sind und auf die alle der Herr Staatssekretär erwidert hat. Zusammenfassend möchte ich nur sagen, daß doch der Erfolg das Entscheidende ist und daß wir in Deutschösterreich, in einem Lande, das eine weit aus größere politische Erschütterung mitgemacht hat als jeder andere Staat, heute, gerade anderthalb Jahre nach der Erklärung der Republik, behaupten können, daß wir diese anderthalb Jahre in einem viel ruhigeren Zustande verlebt haben als andere Staaten, die eine weit geringere politische Erschütterung erlebt haben als unser Volk und als unser Land. Das spricht doch dafür, daß die Regierung in der Regel den richtigen Weg gefunden hat und daß die Methode, die hier in der Debatte von einer Seite, vom Herrn Abgeordneten Dr. Schürrf, wenn auch indirekt, empfohlen worden ist, sich offenbar nicht als die richtige erweist. Die Regierung soll, wie der Herr Abgeordnete Dr. Schürrf behauptet hat, zu schwach gewesen sein und zeige keine genügende Kraft, um sich zur Geltung zu bringen. Auf der anderen Seite hat der Herr Abgeordnete Dr. Schürrf allerdings der Regierung oder unserer Partei vorgeworfen, daß sie eine Gewaltherrschaft aufzurichten bestrebt sei, und daß das eine Herrschaft sei, die unter Androhung des Galgens und mit dem Bajonette geführt werden soll. Zwei Behauptungen, die einander sehr widersprechen und von denen die eine ebenso falsch ist wie die andere.

Aus der Debatte möchte ich insbesondere die Anregungen des Herrn Abgeordneten Forstner hervorheben, der sich mit der Beseitigung des jetzigen völlig veralteten Polizeistrafverfahrens, mit der Beseitigung des Prügelpatentes beschäftigt hat. Der Herr Staatssekretär hat für die nächste Zeit schon eine Vorlage angekündigt, die hier eine grundlegende Reform bringen soll. Ich kann nur nochmals betonen, was ich bereits in meinen einleitenden Worten gesagt habe, daß es wirklich außerordentlich dringlich wäre, eine Reform des Polizeistrafverfahrens durchzuführen. Ich verweise auch darauf, daß der Herr Staatssekretär in seinen Ausführungen ein neues Vereins- und Versammlungsgesetz angekündigt hat. Der gegenwärtige Zustand

ist hier tatsächlich unhaltbar, daß zwar die provisorische Nationalversammlung gleich nach dem Umsturze die allgemeine Vereinsfreiheit verkündet hat, andererseits aber doch das Vereinsgesetz vom Jahre 1867 mit allen seinen Beschränkungen und Hemmungen weiter besteht. Wenn eine Befürde von der Bevölkerung verlangt, daß dieses Gesetz vom Jahre 1867 eingehalten werden soll, setzt sie sich mit dem allgemeinen Grundsatz in Widerspruch, der Ende Oktober 1918 verkündet worden ist, und andererseits reicht doch dieser allgemeine Grundsatz zur Handhabung irgendeiner Praxis nicht aus und es erscheint also sehr dringlich, daß hier eine entsprechende Neuerung getroffen wird.

Im übrigen empfehle ich dem hohen Haus im Namen des Ausschusses das Kapitel, das jetzt in Verhandlung steht, zur Annahme und bitte insbesondere auch um die Annahme der im Finanzausschusse beschlossenen Resolution bezüglich des Stadtwerterungsfonds, die auch der Herr Staatssekretär befürwortet hat. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Berichterstatter für Unterricht Abgeordneter Leuthner.

Berichterstatter Leuthner: Hohes Haus! Die Ausführungen, die der Herr Unterstaatssekretär in so eingehender Weise gemacht hat, entheben mich der Pflicht, ein längeres Nachwort zu halten. Ich möchte nur an eines anknüpfen, nämlich an die Bemerkungen des Herrn Unterstaatssekretärs bezüglich des Mädchen-Mittelschulwesens, und möchte bitten, daß, wenn das Versprechen erfüllt wird, das Mädchen-Mittelschulwesen zu regeln, diese Regelung in einem Geiste der Großherzigkeit geschehen soll, in einem Geiste der Freigebigkeit. Denn, wenn es auch ein anderer Staat und eine andere Regierungswelt war, die das Verbrechen an den Frauen begangen hat, so ist es dennoch unsere Pflicht, dieses Verbrechen wieder gut zu machen und die seit Jahrzehnten sich häufenden Schäden, soweit unsere Kräfte reichen, zu verbessern. Das Mädchen-Mittelschulwesen schreit nach einer Reform und diese Reform darf und kann nicht eine halbe Reform sein.

Im übrigen bietet mir die Debatte, die sich an das Unterrichtsbudget angeknüpft hat, sehr wenig Gelegenheit zu Bemerkungen. Alles, was polemisch gegen mich oder gegen den Herrn Unterstaatssekretär hier vorgeführt wurde, war außerordentlich wenig anregend. Meine Erwartungen haben sich vollaus erfüllt, als ich zum Beispiel die Ansicht hier äußerte, daß das Elend der Wissenschaft, die Not der wissenschaftlichen Institute niemanden sehr in Aufregung setzen wird. Da meinte ich freilich in erster Linie die Zeitungen und meinte die weitere Öffentlichkeit, muß mich aber leider belehren lassen, daß auch hier

im Haus und selbst von denjenigen, die so viel zu kritisieren hatten, diese Sache gar nicht in Erwägung gezogen wurde. Die Universität wurde hier nur soweit der Beachtung wertgehalten, als sich dort in den letzten Tagen Skandale abgespielt haben. Man muß aber sagen, daß sich die Debatte, die hier zwischen den Herren Abgeordneten Stricker, Ursin und Kutschak im Gange war, eigentlich noch erheblich unter dem Niveau der Prügeleien sich bewegt hat. Auf diese Debatte einzugehen, darf ich mir wirklich ersparen. Die Herren lassen immer die ganze Girandole ihrer Geisteskräfte leuchten, wenn es sich darum handelt, an irgendetwas anzuknüpfen, was in der brutalsten Weise Sensation erregt, während das, wofür wirklich unsere Sorge lebendig sein soll, das Wohl der Wissenschaft, diese Herren ganz falt läßt.

Dann würde vielleicht noch auf Angriffe zu erwidern sein, die gegen mich persönlich gefehrt waren. So hat zum Beispiel der Herr Abgeordnete Dr. Wagner mir die Ehre angetan, sich wiederholts namentlich gegen mich zu wenden. Ich pflege sonst Herrn Dr. Wagner mit dem Wohlwollen zuzuhören, das man einem harmlosen Spähmacher gelegentlich schenkt, aber diesmal hatte er eine humorlose Stunde und es erübrigte sich daher für mich, mich mit ihm eigens zu befassen.

Was den Herrn Dr. Gimpl und seine pathetisch in Form einer schlechten Sonntagspredigt gebrachten Anpreisungen des Klerikalismus anlangt, so verraten sie eine merkwürdige, ja erstaunliche Unkenntnis der Grundlehren der sozialistischen Weltanschauung. Es ist doch ein bißchen blamabel, wenn heute ein Abgeordneter, der den Doktorstitel trägt, den ethischen Materialismus mit dem historischen Materialismus verwechselt. Ich kann dem Herrn Abgeordneten Dr. Gimpl nur empfehlen, sich eine der populären Broschüren in der Volksbuchhandlung über den historischen Materialismus zu kaufen. Dem Friedenspreise nach haben sie etwa 24 h gekostet. Im übrigen habe ich zu meinem Budgettitel nichts zu bemerken und bitte um die Annahme.

Es liegt nun noch ein Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Ursin vor, der dem Inhalt seiner mündlichen Ausführungen durchaus entspricht und ebenso sonderbar ist, wie diese Ausführungen waren; aber aus formalen Gründen bin ich, glaube ich, genötigt, trotzdem anzuempfehlen, daß er dem Budgetausschuß überwiesen wird.

Präsident Dr. Dinghofer: Der dritte Herr Berichterstatter, der Berichterstatter über die Gruppe Kultus, Herr Abgeordneter Paulitsch, hat auf das Wort verzichtet. Wir kommen daher zur Abstimmung über Gruppe VIII. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich bitte diejenigen Frauen und

Herren, welche den Anträgen des Finanz- und Budgetausschusses in der Gruppe VIII über Kapitel „Inneres, Unterricht und Kultus“ in dem in den Ausschußberichten angeführten Sinne ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es liegen ferner Resolutionsanträge vor, und zwar ein Resolutionsantrag des Finanz- und Budgetausschusses, welcher lautet (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, einen Bericht über die bisherige Verwendung des Stadterweiterungsfonds und eine genaue Vermögensdarstellung zu veröffentlichen sowie die Denkschrift der Gemeinde Wien über den Stadterweiterungsfonds ebenfalls einer Erledigung zuzuführen.“

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche diesem Resolutionsantrag ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ferner liegen zwei Resolutionen des Finanz- und Budgetausschusses zum Kapitel „Unterricht“ vor. Die erste lautet (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, kaufmännische Lehranstalten, deren Bestand im allgemeinen Interesse wünschenswert erscheint, zu fördern und tunlichst zu verstaatlichen.“

Die zweite Resolution lautet (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, dem Unwesen zu steuern, daß alljährlich Tausende von Personen, die, mangelhaft oder auch gar nicht vorgebildet, für qualifizierte Bureauarbeit gänzlich ungeeignet sind, durch kurze, unbrauchbare Lehrkurse missbraucht, einer nützlichen und einträglicheren Arbeit entzogen und meist nur gewissenlos in das Elend fortwährender Arbeitslosigkeit gestoßen werden.“

Ich nehme an, daß das hohe Haus damit einverstanden ist, daß ich diese beiden Resolutionen unter Einem zur Abstimmung bringe. Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche diesen beiden Resolutionen ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es liegt weiters eine Resolution des Herrn Abgeordneten Dr. Ursin und Genossen vor, welche lautet (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, ein Gesetz der Nationalversammlung zu unterbreiten, wonach Ausländer, soweit sie nicht-

deutscher Nationalität sind, nur im beschränkten Maße zum Studium an den österreichischen Hochschulen zugelassen, Ostjuden aber grundsätzlich vom Studium an den österreichischen Schulen ferngehalten werden und von den in Österreich geborenen und nach Österreich zuständigen Juden nur eine dem Zahlenverhältnisse der Juden zur Gesamtbevölkerung entsprechende Anzahl an den österreichischen Hochschulen inskribiert werden darf.“

Bezüglich dieses Antrages beantragt der Herr Berichterstatter die Zuweisung an den Budgetausschuß.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche dem Antrage des Herrn Berichterstatters zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Ist angenommen.

Die nächste Gruppe in unserer Budgetberatung wäre nun das Kapitel „Justiz“. Mit Rücksicht auf eine Vereinbarung der Parteien wird dieses Kapitel zurückgestellt und die Gruppe XI „Land- und Forstwirtschaft“ sowie die Gruppe XVI „Volksnährung“ in Beratung gezogen. Weiters soll dann dieselbe Einteilung eingehalten werden, wie sie seinerzeit zu Beginn der Budgetberatung von Seiten des Vorsitzenden bekanntgegeben wurde.

Außerdem soll mit dieser Gruppe „Land- und Forstwirtschaft“ und „Volksnährung“ ein Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft verbunden werden, und zwar der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Panner (57. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung), betreffend die Budgetierung eines Betrages von 2 Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft (752 der Beilagen).

Zu dieser Verbindung muß ich mir die Genehmigung des hohen Hauses einholen, nachdem es sich um einen neuen Gegenstand handelt, der auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Ich bitte daher diejenigen Frauen und Herren, welche damit einverstanden sind, daß dieser Gegenstand auf die Tagesordnung kommt, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das ist mit Zweidrittelmehrheit genehmigt.

Ich erteile nun zur Gruppe XI „Land- und Forstwirtschaft“ dem Berichterstatter Herrn Abgeordneten Eisenhut das Wort.

Berichterstatter Eisenhut: Hohes Haus! Namens des Finanz- und Budgetausschusses habe ich die Ehre, über das Kapitel Land- und Forst-

wirtschaft zu berichten. Der Vorschlag über Land- und Forstwirtschaft Gruppe XI zerfällt in zwei Kapitel, und zwar in das Kapitel 19 Landwirtschaft und das Kapitel 20 Forstwirtschaft. Kapitel 19 Landwirtschaft ist ein Ausgabeetat, Kapitel 20 ein Einnahmeetat.

Kapitel 19 gliedert sich in fünf Titel, und zwar erstens Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft, zweitens Lehr- und Versuchswesen, drittens Landeskultur, viertens Pferdezucht, fünftens Veterinärwesen. Kapitel 20 umfaßt drei Titel: Erstens Forst- und Domänendirektionen, zweitens Forste und Domänen des Staates, drittens Forste und Domänen des Religionsfonds. Im Kapitel 19 beträgt das Erfordernis 28.710.113 K, die Bedeckung 7.538.720 K. Es ergibt sich daher ein Abgang von 21.171.393 K. Bei Kapitel 20 betragen die Ausgaben 17.671.985 K, die Einnahmen 32.378.540 K. Es resultiert daher ein Überschuß von 14.706.555 K. Es betragen daher die Gesamtausgaben für beide Kapitel 19 und 20 zusammen 46.382.098 K, die Gesamteinnahmen 39.917.260 K. Es ergibt sich daher ein Abgang von 6.464.838 K. Die im Nachtrage 1 (516 der Beilagen) angeführten Ausgaben betragen 2.315.370 K. Eine Einnahme ist im Nachtrage nicht vorgesehen. Rechnet man zu dem Abgang im ordentlichen Budget von 6.464.838 K den Abgang im Nachtrage von 2.315.370 K dazu, so ergibt sich ein Gesamtabgang von 8.780.208 K.

Wenn man diesen Abgang mit dem Abgang des Budgetjahres 1918/19 vergleicht, so findet man dort ein Gesamtbefordernis von 75.884.657 K und eine Gesamtdeckung von 51.717.243 K. Es ergab sich damals ein Abgang von 17.502.576 K. Sie sehen, daß jetzt der Abgang rund 8 Millionen Kronen und damals rund 17 Millionen Kronen betragen hat. Daraus ergibt sich, daß der derzeitige Abgang im Verhältnisse zur Größe unseres jetzigen Staates steht, aber es ist dabei nicht auf die größeren Bedürfnisse und Erfordernisse der Landwirtschaft Rücksicht genommen, wie es durch die Verhältnisse des Krieges geboten erscheinen würde. (*Sehr richtig!*)

Die hier angeführten Summen sind selbstverständlich heute schon durch die Verhältnisse weit überholt.

Wenn wir auf die einzelnen Titeln übergehen, so finden Sie als ersten Titel das Staatsamt selbst. Die Ausgaben betragen hier 2.010.045 K, die Einnahmen 1800 K. Gerade beim Staatsamt für Landwirtschaft ist der Abbau der Beamtenchaft im höchsten Prozentsatz durchgeführt worden. Selbstverständlich war mit Rücksicht auf die geringe Größe unseres Staates der übernommene Beamtenapparat zu groß und deshalb war das Staatsamt auf den Abbau der Beamtenchaft bedacht. Am 31. Oktober 1918, beim Zusammenbrüche, hatte das

Staatsamt 421 Beamte, dagegen betrug der Stand der Beamtenzahl zur Zeit der Verhandlungen im Budgetausschusse — der heutige Stand ist mir nicht genau bekannt, er dürfte aber nicht viel anders sein — 277, es sind also um 144 Beamte weniger als damals. Es zeigt sich also, daß das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft auf diesem Gebiete gewiß auch bahnbrechend vorgegangen ist, obwohl dieses Staatsamt heute eines der wichtigsten Ressorts verwaltet, da es mit Rücksicht auf die Ernährungsverhältnisse eines der wichtigsten Staatsämter ist.

Beim Titel 1 erscheint auch bei Post 24 für den Fachbeirat die Summe von 150.000 K eingesetzt. Dieser Fachbeirat wurde an Stelle des früheren Landwirtschaftsrates geschaffen und hat den Zweck, die landwirtschaftlichen Interessenten zum Worte kommen zu lassen. Der Arbeitsausschuß des Fachbeirates stellt das Bureau desselben dar. Das ist gewiß eine Neuerung, die zu begrüßen ist, weil es notwendig ist, daß auch Fachleute mitzusprechen haben oder mindestens zu Rate gezogen werden; es wurden schon verschiedene Fragen geregelt, bei welchen der Fachbeirat herangezogen wurde. Es ist also gewiß zu begrüßen, daß dieser Fachbeirat errichtet worden ist.

Titel 2, „Lehr- und Versuchswesen“. Die Ausgaben betragen 1.918.394 K, die Einnahmen 245.920 K. Das Lehr- und Versuchswesen ist ein wichtiger Faktor, weil gerade bei der Landwirtschaft Versuche notwendig sind. Den Lehranstalten muß die meiste Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil gerade das landwirtschaftliche Bildungswesen von großer Bedeutung ist. (*Sehr richtig!*) Die Staatsanstalten erfordern eine Ausgabe von 1.359.394 K, die Einnahme beträgt 243.490 K. Es bestehen neun staatliche Lehr- und Versuchsanstalten, und zwar: 1. die Lehranstalt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg, 2. die landwirtschaftlich-chemische Versuchsanstalt in Wien, 3. die Versuchswirtschaft Admont, 4. die Pflanzenschutzstation in Wien, 5. die Samenkontrollstation in Wien, 6. die Samenzucht- und Versuchsanlage Sandlingalpe. Diese wurde aufgelassen und dafür wurden folgende Versuchsanlagen errichtet: Staasdorf und Hirschbach in Niederösterreich, Eigelhof-Elsbergen in Salzburg, St. Lambrecht in Steiermark. Die Zwecke dieser Anlagen sind die Veredlung der einheimischen Getreidearten und die Züchtung alpiner Futtergräser. Gerade diese Anstalten sind in der heutigen Zeit ein unbedingtes Erfordernis, weil wir ja bekanntlich in dieser Hinsicht, beispielsweise gegen Deutschland noch zurück sind. Diese Samenzuchanstalten müssen ausgebaut werden, weil ja ein guter Same — ob es sich nun um Getreide, Gräser oder Kleesorten handelt — nicht nur für die Landwirtschaft unbedingt not-

wendig ist, sondern unsere Getreidesorten nach meiner Überzeugung auch als Ausfuhr- oder Kompressionsartikel nach dem Osten hin verwendet werden können. Es wird wohl leicht möglich sein, daß wir in Zukunft für einen Meterzentner Saatgut, den wir hier produzieren, mehrere Meterzentner russisches Getreide hereinbringen können. Wir haben dadurch den doppelten Vorteil, daß wir einerseits unser Getreide verbessern und andererseits Getreide zu verhältnismäßig billigem Preis hereinbekommen, weil ja das Saatgetreide teurer ist als das gewöhnliche Brotgetreide.

Wir haben dann noch eine Versuchsstation in Linz, ferner eine Versuchsstation für Arzneipflanzen in Hirschstetten. Auch diese Anstalt ist sehr wichtig, weil wir trachten müssen, daß unser armer Staat auch selbst Arzneipflanzen erzeugt, damit wir nicht ganz auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen sind. Die Versuchsstation in Hirschstetten soll vorläufig an die Samenkontrollstation angegliedert werden. Dann haben wir noch die forstliche Versuchsanstalt in Mariabrunn. Die früher bestandenen Anstalten in Götz, Spalato und Glavica sind durch die Auflösung der Monarchie in Wegfall gekommen. Von den früher bestandenen vier Forstschulen kamen Idria und Bolechow in Wegfall, während die zwei Schulen Gußwerk und Hall nunmehr zu einer einzigen Anstalt zusammengezogen und nach Orth bei Gmunden verlegt wurden.

Das waren die staatlichen Anstalten. Für nichtstaatliche Anstalten ist eine Post von 270.000 K in Aussicht gestellt. Das sind Gründungs- und Erhaltungsbeiträge für andere Anstalten, weil der Staat selbstverständlich auch verpflichtet ist, die nichtstaatlichen Anstalten zu unterstützen, da er nicht imstande ist alle Schulen zu erhalten.

Dann finden wir noch im § 3 unter dem Titel „Förderungsmittel“ Ausgaben im Betrage von 289.000 K. Diese zer gliedern sich wieder in Bildungsmittel, Wanderunterricht und Spezialkurse, forstliche Staatsprüfung, Versuchswesen, Züchtungen und Pflanzenschutz. Es ist notwendig, daß gerade zum Beispiel der Wanderunterricht und die Spezialkurse in Zukunft noch ausgebaut werden, denn unsere landwirtschaftliche Jugend muß mehr Fachunterricht genießen als bisher. (*Zustimmung.*) Jedem Bauernsohn ist nicht die Möglichkeit geboten, eine landwirtschaftliche Schule zu besuchen, aber durch diese Wanderkurse und Spezialkurse können mehr Kenntnisse in die Bevölkerung getragen werden. Uns wird ja immer vorgeworfen, daß wir gegen Deutschland noch rückständig sind, und das ist vielleicht auch darauf zurückzuführen, daß bisher auf diesem Gebiete bei uns noch sehr wenig geschehen ist. Der Staat hat in der vergangenen Monarchie für diese Dinge gar kein Verständnis gehabt, und wenn die Länder hier nicht eingegriffen hätten, wäre gar

nichts geschehen. Zum Beispiel das Land Niederösterreich hat gewiß auf diesem Gebiete sehr viel getan, es hat landwirtschaftliche Schulen errichtet und auch hinsichtlich der Kurse sehr viel geleistet. Es ist aber auch die Aufgabe des Staates und des Staatsamtes als solchem, daß für die landwirtschaftliche Bildung gesorgt wird.

Die für diese Zwecke eingesetzten Summen sind durchgehends zu niedrig und es ist im Ausschusse der Wunsch ausgesprochen worden, daß in Zukunft höhere Beträge eingestellt werden. Wir hoffen daher, daß dieser Wunsch auch Gehör findet, weil dies nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch der konsumierenden Bevölkerung liegt. Wir verweisen darauf, daß wir selbstverständlich bestrebt sind, schon in der Volksschule unseren Kindern mehr Fachunterricht beizubringen. Das ist aber nicht Sache meines heutigen Referates. Ich möchte nur bemerken, daß es für das Kind gewiß besser ist, wenn es weiß, wie der Weizenbrand oder wie die Peronospore entsteht, als wenn es weiß, wie die Hauptstadt von Bolivia heißt oder wie hoch der Chimborasso ist. Das hat für das praktische Leben mehr Bedeutung. Wir sind selbstverständlich damit einverstanden, wenn auch den Kindern das gelehrt wird, aber es ist wichtiger, daß unsere heranwachsende Jugend fachlich unterrichtet wird und das kann für jene, die eine landwirtschaftliche Schule nicht besuchen können, nur durch solche Kurse geschehen.

Nun kommen wir zu Titel 3. Das ist das wichtigste Kapitel: „Landeskultur“. Wir haben hier eine Ausgabenpost von 14,645.644 K und Einnahmen von 5,643.000 K. Das Kapitel Landeskultur zerfällt wieder in mehrere Paragraphen. § 1 sind die Landeskulturorgane, die Forsttechniker, Landeskulturinspektoren, Weinbaufachorgane usw. Für diese Post war ein Betrag von 958.501 K ausgesetzt. Daß auch auf diesem Gebiete weitergearbeitet werde, ist notwendig, weil ja die Forsttechniker, Landeskulturinspektoren und Weinbaufachorgane für die Landwirtschaft und Volkswirtschaft von großer Bedeutung sind.

§ 2 behandelt Land- und Forstwirtschaft. Das ist sozusagen der springende Punkt. Dieser Paragraph ist in eine große Anzahl von Punkten unterteilt, und ich erlaube mir, die einzelnen Punkte durchzugehen und einige Bemerkungen dazu zu machen. Der erste Punkt des § 2 behandelt das Genossenschaftswesen. Ich möchte da erwähnen, daß das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen bei uns schon ziemlich ausgebaut ist; aber trotzdem ist auf diesem Gebiete noch sehr viel zu tun. Ich weise darauf hin, daß im jetzigen Deutschösterreich — die Daten, die ich habe, stammen aus dem Jahre 1918, spätere Daten sind mir nicht zur Verfügung gestanden — 2518 landwirtschaftliche Genossenschaften

bestehen, und zwar in Niederösterreich 828, in Oberösterreich 347, in Steiermark 383, in Salzburg 58, in Kärnten 154, in Tirol 646, in Vorarlberg 102. Das Hauptkontingent stellen die Raiffeisenkassen. Wir haben aber noch eine sehr große Anzahl anderer Genossenschaften, und es ist auch hier die Pflicht des Referenten, mitzuteilen, in welchem Verhältnis diese Genossenschaften stehen.

Ich will nur das Land Niederösterreich anführen, um nicht zu sehr ins Detail einzugehen. In Niederösterreich bestanden nach der Statistik vom Jahre 1918 555 Raiffeisenkassen und sonstigen Genossenschaften 21 Lagerhausgenossenschaften, 2 Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften, 12 Weidegenossenschaften, 1 Müllereigenossenschaft, 1 Schrotmühlgenossenschaft, 194 Molkereigenossenschaften — auf diesem Gebiete ist gewiß noch viel zu tun, denn die Milchversorgung der Hauptstadt ist ja von großer Wichtigkeit und kann nur gesichert werden, wenn noch viele solche Genossenschaften gegründet werden —, 1 Holzverwertungsgenossenschaft, 8 Winzergenossenschaften, 11 Pferdezuchtgenossenschaften, 9 Kinderzuchtgenossenschaften, 6 Druschgenossenschaften, 1 Honigverwertungsgenossenschaft, 1 Genossenschaft zur Verwertung der Harzprodukte, 1 Webergenossenschaft, 1 Rübenbauernbund. Außerdem sind da noch die zentralen Körperschaften dieser Genossenschaften in Niederösterreich zu erwähnen, und zwar die Niederösterreichische Molkereigenossenschaft, der Verband ländlicher Genossenschaften in Niederösterreich und der Allgemeine Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Österreich. Das ist ein Beispiel von der Ausdehnung der Genossenschaften.

Sie sehen, es gibt deren schon eine ziemliche Anzahl; es muß aber noch weiter auf diesem Gebiete gebaut werden, denn das Genossenschaftswesen ist einer der wichtigsten Faktoren, um die Konsumenten und die Produzenten einander näherzubringen. (Sehr richtig!) Die Herren haben ja gehört, daß im vergangenen Jahre zum erstenmal den landwirtschaftlichen Genossenschaften die Aufbringung anhingegaben war, sie haben flaglos gearbeitet und wir hoffen, das wird auch heuer geschehen. In Zukunft werden die Genossenschaften gewiß eine große Rolle spielen, weil ja der Zwischenhandel gerade bei der Landwirtschaft oft sehr unreell ist, die Produkte verteuert, sich zwischen Produzenten und Konsumenten hineinschiebt, so daß oft in ungerechtfertigter Weise den Landwirten Vorwürfe gemacht wurden, während tatsächlich nicht die Produzenten die Bucherer und Ausbeuter sind, sondern der unreelle Zwischenhandel.

Nun der „Pflanzenbau“. Ich habe schon darüber gesprochen, daß es unbedingt notwendig ist, die Samenzucht usw. zu heben. Auch der Futterbau hängt damit zusammen. Wir müssen ja trachten,

die Viehzucht zu heben, und da ist der Futterbau, die Verbesserung der Wiesen usw. einer der wichtigsten Faktoren. Hierzu gehören in erster Linie gute Samen. Auch der Wein-, Obst- und Gemüsebau sind sehr wichtig. Speziell der Gemüsebau muß noch mehr betrieben werden, weil wir nicht mehr so leicht und billig wie früher Gemüse aus dem Süden bekommen können.

Weiter finden wir Flachbau, Förderung der „Kindviehzucht“. In der Post 18 ist ein Betrag von 360.000 K für Kindviehzucht eingestellt. Das ist ein lächerlich geringer Betrag. (*So ist es!*) Ich will hier nur feststellen, daß zwar die Förderung der Kindviehzucht eigentlich den Ländern zufällt, daß aber trotzdem auch der Staat da Beiträge leisten muß, weil die Kindviehzucht eine der wichtigsten Zweige ist. (*Sehr richtig!*) Es wird sich erst in Zukunft noch zeigen, wie wichtig sie für unsere Milch- und Fleischproduktion ist. Für die Summe aber, die hier zur Anschaffung männlicher Zuchttiere ausgeworfen ist, bekommen wir bei den heutigen Preisen nicht einmal vier Stiere aus der Schweiz. (*Hört! Hört!*) Es ist also ein lächerlich geringer Betrag und wir hoffen, daß wir im nächsten Budget einen höheren Betrag eingestellt erhalten.

Das „Molkereiwesen“. Ich habe schon von der Wichtigkeit seines Ausbaues im Interesse der Milchversorgung Wiens gesprochen. Auch in Zukunft wird die Milch schwer aus dem Auslande hereinkommen, mindestens durch die Frachtpesen usw. verteuert. Wir müssen also trachten, im Inlande mehr Milch zu erzeugen, und das kann nur geschehen, wenn wir das Molkereiwesen fördern. „Kleinvieh- und Fischzucht.“ Auch dies ist ein wichtiger Faktor, ebenso die Bienenzucht, die ich hier gleich hinzunehmen möchte. Sie ist beim Obstbau, zur Befruchtung der Obstblüten unbedingt notwendig und darum muß getrachtet werden, die Bienenzucht zu fördern. Hier kann man volkswirtschaftlich sehr viel erreichen. Gerade die Bienenzucht, der man früher nicht so viel Augenmerk zugewendet hat, ist jetzt auch ein wichtiger Zweig, weil infolge des Mangels an Zucker die Nachfrage nach Süßstoffen eine größere ist und hierzu der Honig gewiß sehr geeignet ist, anderseits sind die Bienen zur Befruchtung der Obstblüten und anderer Pflanzen notwendig.

„Alp- und Weidewirtschaft“, auch das ist wichtig.

„Landwirtschaftliches Arbeiterwesen.“ Auch diese Frage ist sehr brennend. Es wird uns in den nächsten Wochen die Frage der Krankenversicherung für landwirtschaftliche Arbeiter beschäftigen. Dies ist gewiß der erste Schritt, um das landwirtschaftliche Arbeiterwesen zu bessern. Um das landwirtschaftliche Arbeiterwesen ist es sehr schlecht bestellt und müssen

auf diesem Gebiete soziale Reformen geschaffen werden.

Dann kommt ein Punkt, der mir sehr wichtig scheint, nämlich die „Phosphatgewinnung“. Bekanntlich haben wir im Inlande gar keine Rohphosphate. Es ist während des Krieges allerdings gelungen, einige Höhlen in Steiermark zu entdecken, die Phosphate enthalten. So zum Beispiel die sogenannte Drachenhöhle bei Münz in Steiermark. Diese soll rund 2500 Waggons 15 prozentiger Phosphate enthalten. Es sind noch einige kleinere Höhlen vorhanden, so die Peggauer Höllehöhle, welche schon ganz ausgeräumt ist und 6 bis 8 prozentige Phosphate enthält. Dann die sogenannte Badlhöhle bei Peggau. Von der letzteren Höhle wurden bisher 100 Waggons gewonnen. Es ist aber unbedingt notwendig, daß, um nur den augenblicklichen Bedarf zu decken, diese Höhlen ausgebaut werden. Es ist zu diesem Zwecke ein Betrag von 5,258,400 K im Extraordinarium eingesetzt, um diese Höhlen auszubauen und so, wenn auch nur einen geringen Teil der nötigen Phosphate der Landwirtschaft zuzuführen. Es muß aber getrachtet werden, daß in Zukunft die Landwirtschaft unbedingt mit Phosphaten betreut werde, weil diese eines der wichtigsten künstlichen Düngemittel neben dem Stickstoff und Kalidüngemittel sind. Es muß daher getrachtet werden, daß wir Phosphate einführen können. Freilich ist das mit großen Kosten verbunden, weil bekanntlich Rohphosphate nur in Algier und Florida zu finden sind. Wie bekannt ist, haben schon in Paris Verhandlungen wegen Aufteilung der Phosphate stattgefunden. Ich wünsche mir, daß Österreich mit einem ziemlich großen Kontingent beteiligt werde. Leider werden sich die Preise so hoch stellen, daß die Landwirtschaft nicht in der Lage sein wird, sie zu bezahlen, schon mit Rücksicht auf die niedrigen Getreidepreise. Heute stellt sich ein Meterzentner Phosphat vielleicht schon auf mehrere tausende Kronen und es ist daher den Landwirten absolut unmöglich, diese teuren Phosphate zu kaufen. Zur Beschaffung von künstlichen Düngemitteln wäre auch dem Sammeln von Knochen ein größeres Augenmerk zuzuwenden, weil ja bekanntlich diese die besten Phosphate geben.

Eine Frage, die schon oft angeschnitten wurde, der man aber gegenwärtig wegen der hohen Kosten nicht näher treten kann, ist die Verwertung der Fäkalien der Stadt Wien. Tausende und Tausende von Meterzentnern pflanzlicher Nährstoffe schwimmen die Donau hinunter, mit denen viel Getreide, Gemüse usw. gebaut werden könnte. Diese Frage muß in Zukunft, wenn bessere Verhältnisse eintreten, ernstlich in Erwägung gezogen werden. Wir haben ja dafür Beispiele in anderen großen und auch in kleineren Städten.

In Berlin, Hamburg, Mailand und anderen sind solche Anlagen vorhanden. Die Fällalien von Wien können zur Belebung des Marchfeldes verwendet werden. Mir sind schon zwei solche Projekte bekannt, die aber leider nicht ausgeführt worden sind. Das Marchfeld wäre gerade für die Versorgung Wiens mit Gemüse das beste und nächste Hinterland. Diese Frage muß in Zukunft unbedingt in Erwägung gezogen werden. Heute würde die Durchführung eines solchen Projektes mit Rücksicht auf die Verhältnisse kaum möglich sein.

Dann finden wir die „Statistik“, „Handelspolitische Aktion“, „Reblausbekämpfung“, „Reblausdarlehen“. Die Reblausbekämpfung ist heute sehr schwierig, weil im Kriege Schwefelkohlenstoff nicht zu haben war und infolgedessen ein großer Teil der Weingärten zugrunde gegangen ist. Auch da muß geachtet werden, zu retten, was zu retten ist. Was die Reblausdarlehen anbelangt, so sind in den letzten Jahren mit Rücksicht auf die hohen Weinpreise solche Darlehen nicht in Anspruch genommen worden. Andrerseits konnten neue Anlagen nicht geschaffen werden, weil die entsprechenden Arbeitskräfte und Schnittreben nicht vorhanden waren.

§ 3 behandelt die „Entwässerung und Bewässerung“. Auch diese Frage ist sehr wichtig, weil ja die Bewässerung und Entwässerung, die Melioration der Grundstücke in Zukunft energisch in Angriff genommen werden müssen. Wir haben ja in Österreich große Flächen, die melioriert werden müssen. Die Debatte über einen von mir und von dem Abgeordneten Buchinger gestellten Antrag hat ergeben, daß auf dem Gebiete des Bewässerungs- und Entwässerungswesens viel rascher gearbeitet werden müssen, als es in der alten Monarchie und unter dem alten Ackerbauministerium der Fall war. Hätte die Bevölkerung nicht selbst die Initiative ergreifen, so wäre auf diesem Gebiete überhaupt nichts geschehen. Ich weise nur darauf hin, daß in meiner Heimat schon vor 35 Jahren diese Arbeiten durchgeführt und dort schon soviel entwässert worden ist. Die Erträge sind infolge der vorgenommenen Meliorationen sehr stark gestiegen. Dasselbe muß auch in anderen Gegenden geschehen und es könnten viele tausende Hektar der Produktivität zugeführt werden.

Für Meliorationen ist ein Betrag von 1.500.000 K eingestellt. Dieser Betrag hat den Zweck, kleinere Meliorationen zu unterstützen. Der Staatsbeitrag zur Erhaltung der Gailregulierungsbauten beträgt 30.000 K, der Staatsbeitrag für die Fortsetzung der Verbauungen im deutschösterreichischen Rheingebiet 103.613 K, für die Erhaltung der Verbauungen im deutschösterreichischen Rheingebiet 13.250 K, in Summa also 1.646.863 K. Das sind allerdings nur Beträge zur Erhaltung kleinerer Entwässerungsanlagen. Der eigentliche

Meliorationsfonds ist im § 5 mit 3 Millionen Kronen eingestellt. Dieser Betrag ist außerordentlich gering. In meinem Bezirke wäre beispielsweise noch eine Melioration durchzuführen, und zwar in der Stadt Laa selbst mit Umgebung, die sich seinerzeit einem Meliorationsprojekt nicht angegeschlossen hat, obwohl doch die Städter vorgesetzter sein sollten als die ländliche Bevölkerung. Dieses Projekt dürfte jetzt über 9 Millionen erfordern. Wenn also der Staat, wie es gewöhnlich der Fall ist, 40 Prozent beitragen würde, so würde der ins Budget eingesetzte Betrag nur für einige Meliorationsprojekte genügen. Es ist daher notwendig, daß in Zukunft höhere Beträge eingestellt werden, denn dieses Kapitel „Meliorationen“ ist eines der wichtigsten für die Versorgung unserer Bevölkerung mit Getreide und Lebensmitteln.

Ich möchte noch die „Agrarischen Operationen“ erwähnen, die im § 4 angeführt sind. Es wurden neue Agrarbehörden aufgestellt, deren Kosten der Staat allein übernehmen soll, nicht wie bisher, daß dieselben auf die Länder, die Gemeinden und die Interessenten verteilt werden. Die Agrarbehörden dienen folgenden Zwecken: 1. Schutz der Alpengesetze, 2. Servitutenregelungen, 3. Weideverbesserungen in einzelnen Ländern, 4. Wiederbesiedlungsangelegenheiten. Gerade was den letzten Punkt anbelangt, sind die Aufgaben dieser Behörde sehr wichtig.

Man ist schon daran, die Agrarbehörden zu errichten, damit alle diese Aktionen durchgeführt werden, welche im Interesse der ganzen Landwirtschaft liegen.

Wir kommen jetzt zum Titel IV, Pferdezucht. Die Pferdezucht war bekanntlich bei uns in Österreich schon auf ziemlich hoher Stufe. Wir haben eine Anzahl von Gestüten und Staatsstengstendepots gehabt. Heute haben wir noch die Gestüte in Wieselburg und Piber, die Stallämter, wie sie jetzt heißen, in Wien, Stadl, Graz und Ossiach und die Kohlenhöfe in Waldhof und Saalfelden. Für die Staatsgestüte ist eine Ausgabe von 3.488.000 K und eine Einnahme von 982.300 K eingestellt, für die Stallämter 2.500.000 K Ausgaben und eine Einnahme von 188.000 K, für die Kohlenhöfe 250.000 K Ausgaben und 20.200 K Einnahmen; für die Förderung der Pferdezucht 200.000 K Ausgaben, keine Einnahme, für Ankauf von Zuchtmaterial 1.500.000 K Ausgaben, keine Einnahme, für den Rückkauf von verlizierten Vollblütern 400.000 K Ausgaben. Das ist eine Summe von 8.338.000 K Ausgaben und 1.190.500 K Einnahmen.

Was die „Pferdezucht“ anbelangt, wäre es gewiß notwendig, daß auch dieser Zweig bei uns intensiver betrieben wird als früher, weil wir durch die Verhältnisse gezwungen sind, die Pferde selbst

zu züchten, da der Landwirt nicht in der Lage ist, das teure Pferdematerial anzuschaffen. Leider hat der Krieg mit seinen Folgeerscheinungen, der Schlachtung der vielen Pferde bewirkt, daß der Pferdestand heute ein so niedriger und der Wert so ins unendliche gestiegen ist, daß es heute einem Bauer, der nicht über gute finanzielle Mittel verfügt, kaum möglich ist, sich ein Pferd zu kaufen. Es muß getrachtet werden, daß in Zukunft beide Arten der Züchtung, Warm- und Kaltblutzucht, betrieben werden. Für die Landwirtschaft ist die Kaltblutzucht besser zu empfehlen, weil das schwere Pferd ruhiger ist. Infolgedessen ist es bei den schweren Maschinen, die oft unter Geräusch arbeiten, notwendig, daß ruhige Pferde verwendet werden, weil bekanntlich die Warmblüter mehr nervös und daher leichter erregbar sind. Die schweren Pferde sind auch kräftiger. Darum muß für die Zwecke der Landwirtschaft getrachtet werden, das schwere Pferd zu züchten. Mit Rücksicht darauf, daß es uns gelungen ist, gutes, erstklassiges Warmblutmaterial in unserem kleinen Deutschösterreich zu erhalten, muß auch die Warmblutzucht gefördert werden. Wir benötigen ja auch noch leichte Wagenpferde. Es würde der Ruf Wiens verlieren, wenn aus Wien alle Fiaker und die leichten Zengl verschwinden würden und wenn alle mit den Stinkadoren, wie die Bauern sagen, mit den Autos fahren würden. Das Pferd ist doch ein Lebewesen und es ist doch etwas ganz anderes, wenn man ein lebendiges Zeugt kutschiert, als wenn man in so einem Befehl drin sitzt, das nur Gestank und Rauch erzeugt. Infolgedessen ist es auch notwendig, daß aus diesem Grunde die Pferdezucht gefördert wird.

Die Pferde werden als Ausfuhrartikel gewiß große Nachfrage finden. Es ist schon früher Zuchtmaterial, hauptsächlich Hengste, von uns nach Deutschland ausgeführt worden, um wieviel mehr müssen wir jetzt noch trachten, daß wir die Pferdezucht leistungsfähiger machen, daß wir nicht nur die Pferde züchten, die wir im Innlande brauchen, sondern auch Pferde abverkaufen können und dadurch sie auch als Kompensationsartikel gegen Einfuhr von anderen Artikeln verwenden. Dadurch werden wir auch unsere Baluta verbessern.

Jetzt kommen wir zum Titel V „Veterinärwesen“.

Hier haben wir eine Ausgabepost von 1,798.300 K und Einnahmen von 456.700 K.

In dem Kapitel Veterinärwesen ist das wichtigste die Impfstoffgewinnung und es muß unbedingt getrachtet werden, daß wir uns den Impfstoff selber erzeugen. Bisher haben wir den Impfstoff bekanntlich aus Deutschland bezogen, wir müssen uns aber unabhängig machen und müssen den Impfstoff bei uns selbst gewinnen. Wir haben eine solche Anstalt

in Mödling und auch in Graz ist eine Impfstoffgewinnungsanstalt errichtet worden. Ich selbst habe praktische Erfahrung; bei uns werden nicht nur Schweine gegen den Rotlauf geimpft, sondern Professor Reisinger von der Hochschule für Bodenkultur hat in seiner Gemeinde schon vor zehn Jahren Kinder gegen Verkalben geimpft. Ich habe im alten Hause über diese Frage gesprochen und auf Grund meiner Rede ist dann die Sache eingeleitet worden. Professor Reisinger hat damals schon einen durchschlagenden Erfolg mit dem Serum, das er damals gegen das Verkalben verwendet hat, erzielt. Aber ich glaube, es ist auf diesem Gebiete nicht weiter gearbeitet worden, wenigstens ist es mir nicht bekannt. Speziell bei Rotlauf ist die Impfung bei Schweinen ein sehr wichtiges Mittel, weil ja die Schweinekrankheiten, speziell der Rotlauf, derart auftreten, daß oft Hunderte von Tieren an einem Tage in einer Gemeinde verenden. Ich persönlich bin der Überzeugung, daß die Rotlaufimpfung erfolgreich ist, und darum muß getrachtet werden, daß sie überall Eingang findet und daß überall die Schweine geimpft werden. In letzter Zeit sind auch bei dem durch die Kriegsverhältnisse verschwundenen Geflügel, wie Gänsen, Hühnern, Impfungen vorgenommen worden und gerade in meiner Gegend, wo ziemlich viel Geflügel gezüchtet wird, hat sich die Impfung dieser Tiere vorzüglich bewährt und es sind bei der Geflügelcholera und, wie alle diese Krankheiten heißen, ganz durchschlagende Erfolge erzielt worden. Es ist gewiß notwendig, daß auf diesem Gebiete weiter gearbeitet wird, weil auch die Geflügelzucht bei den heutigen Verhältnissen ein sehr wichtiger Faktor ist und getrachtet werden muß, alle möglichen Vieharten zu erzeugen, um die Ernährung zu verbessern.

Die Erträge der Tierimpfstoffgewinnungsanstalt in Mödling sind trotz der Erhöhung der Preise für Impfstoffe durch die fortgesetzte Steigerung der Löhne, des Pferdematerials, der Versuchstiere und der Utensilien bedeutend zurückgegangen, so zwar, daß sich neue Preiserhöhungen als notwendig erweisen und auch bereits eingeleitet wurden. Obwohl in erster Linie der Bedarf des Innlandes gedeckt werden muß, wird sich die Möglichkeit ergeben, diese sehr begehrten Impfstoffe als Kompensationsartikel für Jugoslawien und Tschechoslowakei zu verwerten.

Bei diesem Kapitel wäre sonst nicht mehr viel zu sagen und ich gehe jetzt über auf den zweiten Abschnitt, „Forst- und Domänedirektionen“, „Forste und Domänen des Staates“, „Forste und Domänen des Religionsfonds“. Die Gesamteinnahmen betragen 32.378.540 K, die Ausgaben 17.671.985 K, daher ist ein Überschuß von 14.706.555 K vorhanden. Sie sehen, daß hier ein ziemlich großer Überschuß vorhanden ist. Freilich sind diese Zahlen heute nicht mehr gültig, weil sie längst überholt

find. Bei den Forsten ist die Holzgewinnung die Hauptache und dadurch werden auch die großen Überschüsse erzielt.

Bei Aufstellung der den Staats- und Reservfondsbesitz betreffenden Voranschlagsansätze für das Jahr 1919/20 wurden die im Frühjahr 1918 bestandenen Arbeitslohn- und Materialspreise zum materiellen Aufbau der Voranschlagsziffern benutzt. Es war zwar schon damals eine Gewährleistung für die Einhaltung der Voranschlagsansätze nicht mehr recht möglich; nicht vorauszusehen aber war im Zeitpunkte der Erstellung des Voranschlages die seither eingetretene sprunghafte Entwicklung des Geldwertes und der Preise, die derart wirkt, daß heute jegliche Veranschlagung — sei sie auch nur ein einfacher Kostenüberschlag eines Kleingewerbetreibenden oder das Präliminär eines großen staatlichen Betriebes — doch nur als ein im Zeitpunkte der Veranschlagung festgehaltenes Augenblicksbild angesehen werden kann.

In diesem Sinne sind auch die Ansätze des Kapitels 20, Titel 2 und 3, Forstwirtschaft, im vorliegenden Staatsvoranschlagsentwurf einschließlich der aus obigen Gründen durch den I. Nachtrag im November 1919 angeforderten Ausgabeerhöhungen durch die seither eingetretenen Verhältnisse schon weitaus überholt und es ist auch heute noch nicht möglich, für die nächsten Monate bezüglich des maßgebenden Faktors beim Aufbau des Voranschlages für den Staatsforsthaushalt, das ist bezüglich der Arbeitslöhne und Holzpreise, verlässliche Grundlagen zu beschaffen.

In dieser Richtung wird bemerkt, daß bei Erstellung des Voranschlages nach dem Stande vom Frühjahr 1918 die gesamten Gewinnungskosten für ein Festmeter Bau- und Nutzholz mit 9 K 22 h, beziehungsweise 8 K 92 h veranschlagt worden sind, wogegen die Arbeiterschaft heute allein für die Fällung und Rückung eines Festmeters Brennholz bis 30 K und für die Fällung und Rückung eines Festmeters Nutzholz bis 25 K verlangt und ausbezahlt erhalten hat. Eine neuerliche Erhöhung dieser Löhne ist unausbleiblich. Selbstverständlich ist seither eine neuerliche Erhöhung eingetreten.

Der präliminierte Einstieg an Verkaufsholz ist rund 970.000 Kubikmeter, so hinein Mehrerfordernis an Erzeugungslöhnen allein von rund 17 Millionen Kronen.

Das gleiche wäre bezüglich der für den Holztransport erforderlichen Beträge zu sagen.

In Gegenüberstellung zur Arbeitspreissteigerung ist bezüglich der Materialspreissteigerung, also bezüglich der veranschlagten Einnahmen, hauptsächlich aus dem Holzverkaufe, zu bemerken, daß bei Ausarbeitung des Voranschlages im Frühjahr 1918 der Erlös für einen Kubikmeter Nutzholz mit 41 K.

der Erlös für einen Kubikmeter Brennholz mit 20 K angenommen wurde, wogegen diese Preise heute im Durchschnitt aller Bringungslagen für einen Kubikmeter Nutzholz mit 80 K, für einen Kubikmeter Brennholz mit 30 K, in Rechnung gestellt werden können, woraus sich für den Holzverkauf ein Mehrerlös von 23 Millionen Kronen gegenüber der Veranschlagung vom Frühjahr 1918 ergibt.

Da das Mehrerfordernis 17 Millionen beträgt, ergibt sich ein Überschuss von 6 Millionen. Selbstverständlich sind diese Preise heute weit überholt und gelten nicht mehr, aber damals wurden diese Beträge in das Präliminare eingestellt.

Ich möchte noch einige Mitteilungen über die Arbeitslöhne und Bringungskosten machen.

Diese Teuerung der Arbeitslöhne wurde insbesondere fühlbar vor allem in der zwischenzeitig zweimal erfolgten durchgreifenden Erhöhung der kategorienmäßigen Schichtenlöhne der stabilisierten Forstarbeiter.

Diese Löhne betragen im Salzkammergute im Jahre 1918 noch 2 K 60 h bis 3 K 20 h täglich für Forstarbeiter und 3 K 40 h bis 3 K 70 h täglich für die Vorarbeiter und wurden im März 1919 auf 4 K 60 h bis 5 K 20 h, beziehungsweise 5 K 40 h bis 5 K 70 h, im Oktober 1919 jedoch schon auf 9 K bis 12 K 20 h täglich für Forstarbeiter, für Vorarbeiter und Provisionisten mit einem Zuschlage von rund 10 Prozent erhöht.

Hand in Hand damit ging eine entsprechende Erhöhung der Akkordlöhne, welche auf den erwähnten kategorienmäßigen Schichtenlöhnen aufgebaut sind.

Eine gleiche Erhöhung der kategorienmäßigen Schichtlöhne auf das rund Dreifache erfolgte auch im Bereich der übrigen Staats- und Fondsforste mit stabilisierter Forstarbeiterchaft, so in den Neuberg-Mariazeller-Staats- und Weyrer-Fondsforsten, ferner im Halleiner Rechen.

Auch die außerordentlichen Zuwendungen aus Anlaß der durch den Krieg geschaffenen Teuerungsverhältnisse, welche im Jahre 1918 noch 33 K 80 h bis 119 K 80 h vierzehntägig je nach Familienstandsklasse an Teuerungszulagen und 180 K bis 380 K vierteljährig je nach Familienstandsklasse an Anschaffungsbeiträgen betragen hatten, wurde durch die im April 1919 eingeführten Übergangsbeiträge von 100 K monatlich für jeden ständigen Arbeiter und 20 K monatlich für jedes Familienmitglied, durch die späterhin gewährten außerordentlichen Geldzuflüssen in diesem Ausmaße, durch die im Dezember 1919 gewährte einmalige Zuwendung von 300 K bis 450 K r., welche Zuwendungen in letzter Zeit in immer geringeren Zeiträumen sich wiederholten, bedeutend erhöht.

Aus Anlaß der Durchführung des Gehaltsregulierungsgesetzes werden analoge Bestimmungen

auch für die Arbeiterschaft getroffen werden und werden die bisher auf Kapitel 34: „Kriegsmaßnahmen“ verrechneten außerordentlichen Zuwendungen der Forstarbeiterschaft den Forstrenten zur Last fallen.

Weiters machte sich die Tenerung fühlbar in der Vorsorge für die Beschaffung von Lebensmitteln und notwendigen Gebrauchsgegenständen der Forstarbeiterschaft, in der Gewährung von Naturalbezügen, beziehungsweise Relativen für solche *et cetera*.

Um den Forstarbeitern die Lebensführung zu ermöglichen, hat die Staatsforstverwaltung die Beschaffung von Mehl, Brot, Fett, Fleisch *et cetera* und die Abgabe dieser Bedarfssartikel zu gegenüber den Gestehungskosten ermäßigte Preisen an die Forstarbeiterschaft übernommen, außerdem auch die Beschaffung von Schuhen, Kleidern *et cetera* in die Wege geleitet und diese Artikel zu ermäßigten Preisen abgegeben.

Die Wetzeng- und Schlittenabnützungsgebühr, welche früher nur 2 bis 6 Prozent des Taglohnes, das sind 6 bis 19 h täglich, ausgemacht hatte, wurde bis Ende des Jahres 1919 auf 60 h bis 1 K 60 h täglich erhöht.

Außerdem wurde durch Gewährung von Holzbezugsgebühren an provisionierte Forstarbeiter und Witwen im Salzkammergute, durch Erhöhung der Krankengelder der Forstarbeiter während der ersten acht Tage der Erkrankung *et cetera*, wichtige Zugeständnisse gemacht, welche auch pekuniär sehr fühlbar werden.

Endlich mußten, den infolge der gesetzlichen Bestimmungen über die Urlaubsgewährung an fabriksmäßige und nunmehr auch an gewerbliche Arbeiter geschaffenen Verhältnissen angepaßt, auch für die staatlichen Forstarbeiter im Jahre 1919 bezahlte Urlaube gewährt werden, welche sich je nach der Dienstzeit auf eine halbe, eine oder zwei Lohnwochen jährlich erstrecken.

Alle diese im Bereiche der Staats- und Fondsforstverwaltung mit stabilisierter Forstarbeiterschaft gewährten materiellen Verbesserungsmaßnahmen, welche ohne die Kriegsmaßnahmen im Salzkammergute allein einen Mehraufwand von zirka drei Millionen Kronen jährlich beanspruchen, sind in den übrigen Staats- und Fondsforsten, woselbst nur eine fluktuierende Forstarbeiterschaft besteht, welche nur nach Bedarf aufgenommen wird und jederzeit wieder entlassen werden kann, in Form der entsprechenden Erhöhung der bisherigen Aktiopreise fühlbar geworden.

Die Anzahl der stabilisierten Forstarbeiter im Bereiche der Staats- und Fondsgüterverwaltung beträgt rund 2500 Mann, die Anzahl der übrigen Forstarbeiter ist schwankend.

Ich möchte bei diesem Kapitel nur noch ein Wort über die Jagd sprechen und mitteilen, daß

die Gesamtjagdfläche 798.000 Hektar beträgt. Hierunter befinden sich Reservatjagden und zugepachtete Privat- und Gemeindejagden. Die Eigenjagdfläche beträgt 487.000 Hektar. Hierfür gehen jetzt zirka 1 Million an Pachtgeldern ein. Es ist aber wahrscheinlich, daß dieses Ertragsnis wegen der erhöhten Beziehe der Jäger, der enormen Wildschäden und der nach dem Kriege notwendigen Wegbauten erheblich zurückgeht. Das Ertragsnis ließe sich bei weitem erhöhen durch die Hebung der Gemsenjagd, was insbesondere für die armen Alpenländer, für welche diese Jagdpachtungen eine besondere Einnahme bilden würden, von großer Bedeutung wäre.

Zum Schlusse will ich noch folgendes bemerken: Sie werden aus meinen kurzen Darlegungen ja entnommen haben, daß das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft das kleinste Erfordernis aufweist, und daß dieses in gar keinem Verhältnis zur Wichtigkeit der Landwirtschaft für die gesamte Bevölkerung steht. Die Verhandlungen des Ausschusses haben ergeben, daß fast alle Posten einer Erhöhung unbedingt bedürftig sind. In diesem Voranschlag war eine Erhöhung mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse nicht möglich, aber wir hoffen, daß im neuen Voranschlag unbedingt höhere Beträge eingestellt sein werden. Der Krieg hat ja gezeigt, wie notwendig die Inlandsproduktion ist. Wenn die Landwirtschaft wieder über alle technischen Hilfsmittel, hauptsächlich über Kunstdünger *et cetera* verfügt, dann sind wir imstande, einen großen Teil des Brotgetreides und auch bedeutend mehr an Fleisch, Milch und Fett zu erzeugen. Darum müssen wir in bezug auf die Förderung der Landwirtschaft alle einig sein, ohne Rücksicht darauf, welcher Partei oder welchem Stande wir angehören.

Ich möchte zum Schlusse bemerken, daß es nicht nur bei schönen Worten in der Debatte bleiben soll, sondern daß die Forderungen, die im Ausschuß gestellt wurden, auch im neuen Budget zum Ausdruck kommen sollen und daß unser neues Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft nicht mehr wie das alte Ackerbauministerium das Aschenbrödel unter den Ministerien sein darf. Das neue Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft soll, der Wichtigkeit der heimischen Landwirtschaft entsprechend, eine andere Stellung einnehmen.

Die Hebung und Förderung der heimischen Landwirtschaft liegt nicht nur im Interesse der Landwirtschaft selbst, sondern in noch höherem Maße im Interesse der Konsumenten, daher der Gesamtbevölkerung.

Eine blühende und kaukfähige Landwirtschaft wird auch der erste Abnehmer unserer Industrie und eine Quelle der Ruhe, des Friedens und der Ordnung sein. Alle Summen, welche wir zur

Förderung der Landwirtschaft verwenden, werden in Zukunft reichliche Zinsen tragen, und darum sage ich zum Schluß: Jede Million, die wir der Landwirtschaft zuwenden, wird Frieden und Segen bringen in den Stuben der Arbeiter.

Der Finanz- und Budgetausschuß beantragt daher:

„Die Nationalversammlung wolle dem Voranschlage für das Verwaltungsjahr 1919/20, Kapitel 19 und 20, Land- und Forstwirtschaft (Ausgaben und Einnahmen), einschließlich des Nachtrages I, die Genehmigung erteilen.“ (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer: Da der Berichterstatter für die Gruppe XVI: „Volksernährung“, der Herr Abgeordnete Schönsteiner, verhindert den Bericht zu erstatten, wird der Obmann des Finanz- und Budgetausschusses, Herr Dr. Weiskirchner, die Berichterstattung übernehmen. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Dr. Weiskirchner: Hohes Haus! In Vertretung des Referenten, Herrn Abgeordneten Schönsteiner, bin ich so frei, die Berhandlung über das Kapitel XVI „Volksernährung“ des vorliegenden Staatsvoranschlages einzuleiten. Die Überschrift verspricht eigentlich mehr, als der Inhalt des Kapitels leistet. Man würde glauben, daß unter der Überschrift „Volksernährung“ das gesamte Gebiet des Apprivationierungswesens behandelt wird, die Lebensmittelbezüge aus dem Auslande, die Kredithilfen, die Fürsorge des Volksernährungsamtes für die mittelständischen Kreise der Bevölkerung, es ist aber eigentlich nur die Personalsystematik des Amtes, welche in diesem Kapitel enthalten ist. Es hat daher auch der Finanzausschuß davon abgesehen, bei diesem Kapitel eine Debatte über unser gesamtes Ernährungswesen, über die Verhältnisse im Volksernährungsamt, das ja nicht ganz unbestritten seine Tätigkeit entfaltet, abzuführen, sondern wir haben gedacht, es sei zweckmäßiger, über diese Belange bei jenen Kapiteln zu sprechen, in denen die Lebensmittelpreise usw. enthalten sind.

Das Volksernährungsamt ist eine Kriegsschöpfung, welche als eine unabweisbare Notwendigkeit damals erkannt wurde. Zu Beginn des Krieges waren die Agenden der Volksernährung teils im Ministerium des Innern, teils im Ackerbauministerium, es hat aber auch das Finanzministerium eingekauft, und zwar mit Überschreitung der Höchstpreise, es haben auch andere Zentralstellen sich mit den verschiedenen Agenden befaßt und es war wirklich notwendig, das Volksernährungsamt zu

schaffen. Ich muß wohl gestehen, daß es kaum ein Amt gibt, dessen Träger ein solches Martyrium zu erleiden hat, wie gerade dieses Amt und ich glaube im Namen des Ausschusses dem Träger dieses Amtes und seinen Mitarbeitern den besten Dank für ihre opferwillige und hingebungsvolle Tätigkeit zum Ausdrucke bringen zu sollen. Unter schwierigen Verhältnissen, viel umstritten, hat das Amt die Menschennöglichste geleistet, und wenn unsere Bevölkerung unter diesen Verhältnissen durchgekommen ist, wenn wir durchhalten konnten, so danken wir dies dem Amt, dessen systematische Träger in diesem Kapitel verzeichnet sind. Ich bitte Sie daher, das Kapitel in seinen wenigen Einnahmen und in seinen mehreren Ausgaben gütigst annehmen zu wollen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer: Der Herr Berichterstatter des Berichtes über die Budgetierung des Betrages von zwei Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft ist der Herr Abgeordnete Kocher. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Kocher: Hohes Haus! Es obliegt mir die Pflicht, über den Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Parrer bezüglich des Zweimillionenkredites zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft den Bericht zu erstatten.

Am 28. Jänner l. J. hat die Nationalversammlung den Antrag des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, betreffend die Hebung der Milchwirtschaft in Österreich, zum Besluß erhoben. Unter anderem wurde bei dieser Gelegenheit die Errichtung einer Hauptlehr- und Versuchsanstalt für Milch- und Weidewirtschaft beschlossen. Damit diese Anstalt möglichst bald errichtet und entsprechend ausgestattet werden könnte, hat der Abgeordnete Parrer bei der Debatte folgenden Antrag gestellt (liest):

„Die Regierung wird aufgefordert, in das nächste Budget den Betrag von 2 Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft einzustellen.“

Auf Wunsch des Abgeordneten Abram wurde dieser Antrag zur Vorberatung dem Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft überwiesen. In seiner Sitzung vom 4. März ist der Ausschuss zum Schluß gekommen, daß die Errichtung dieser Anstalt tatsächlich sehr dringend ist, denn es fehlt unserer Milchwirtschaft an jenen Fachkräften, die sie unbedingt benötigt. Das sind in erster Linie die Milchkontrollassistenten und Zuchtbuchführer, durch welche unsere Milchviehzucht auf eine höhere Stufe gebracht werden kann. Weiters brauchen wir gut ausgebildetes Personal für unsere Molkereien und Käfereien; dazu

benötigen wir unbedingt eine höhere Molkereischule, da wir gegenwärtig überhaupt keine solche besitzen.

Unsere Rückständigkeit in der Milchwirtschaft hat sich schon im ehemaligen Österreich darin gezeigt, daß wir jährlich um 40 Millionen Kronen an Molkereiprodukten einführen müßten, besonders mangelte es bei uns an Qualitätsware bei Käse und Butter.

Wir benötigen dann eine Anstalt zur Ausbildung von Molkereiinspektoren, milchwirtschaftliche Fachlehrer und Melklehrer, um so die Möglichkeit zu schaffen, die nötigen fachlichen Aufklärungen an die breite Masse der milchviehhaltenden Bevölkerung vermitteln zu können. Es wurde am 28. Jänner in diesem hohen Hause bereits nachgewiesen, daß beim heutigen beständigen Ruhstande von 800.000 Stück Kühen bei allgemeiner sachgemäßer Pflege und richtigem Melken allein jährlich um etwa 80 Millionen Liter Milch mehr gewonnen werden könnten. Diese Milchmenge gegenwärtig durch Kondensmilch zu ersetzen, würde den Staat und die Konsumenten beim gegenwärtigen Stand unserer Valuta und hohen Preise der Kondensmilch mehr als $1\frac{1}{2}$ Milliarden kosten.

In Wien langten im vergangenen Sommer täglich 10.000 bis 15.000 Liter Milch in verdorbenem Zustande ein, für die Ernährung der Kinder bedeutet dies einen unerträglichen Schaden. Dieser Schaden entsteht in den meisten Fällen durch Unwissenheit, dann durch falsche und schlechte Behandlung der Milch vor dem Abtransport von seiten der kleinen Milchlieferanten.

Wir sehen nun, wie notwendig und wie hoch es an der Zeit ist, daß wir darangehen, die nötigen Molkerei- und milchwirtschaftlichen Fachkräfte heranzuziehen, die Aufklärung und Fachkenntnisse in die breiten Schichten der produzierenden Bevölkerung hinaustragen. Alles dies könnte an der geplanten Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft geschehen, wenn diese entsprechend eingerichtet würde und mit einem geeigneten landwirtschaftlichen Betriebe verbunden wäre. Dieser Betrieb müßte hauptsächlich für Weidewirtschaft eingerichtet werden und könnte deshalb auch zur Ausbildung von Weideinspektoren dienen, denn, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, ist gerade die Einführung der geregelten und intensiven Weidewirtschaft für die Hebung der Viehzucht und Milchwirtschaft in unseren Alpenländern eine Hauptbedingung.

Die Zerteilung dieser Anstalt und die Angleichung einzelner Teile an bestehende landwirtschaftliche Schulen ist wohl erwogen worden, hat sich aber als unzweckmäßig und teilweise undurchführbar erwiesen, zumal wir nur über sehr wenige Fachkräfte verfügen, welche sich als wissenschaftliche und Lehrkräfte für eine solche Anstalt eignen.

Dadurch, daß die Anstalt allen den ange deuteten Zwecken dient und zugleich für wissenschaftliche Untersuchungen und Versuche einzurichten wäre, wird nicht nur die Unterweisung, sondern auch der Fortschritt in der Milchviehzucht, in der Milch- und Weidewirtschaft auf das beste gefördert.

Einstweilen hat sich auch eine geeignete Guts pachtung gefunden, die später in das Eigentum des Staates übergehen könnte und vorläufig keine sehr teuren Adaptierungen erfordern würde.

Es wäre aber ein entsprechend großes Gebäude vorhanden, das die Schule samt Wohnungen für Schüler, Lehr- und Forschungspersonal aufnehmen könnte.

Die Verwendung des angesprochenen Kredits würde zum großen Teil eine Investition in wertvollem Viehtapel z. bedeuten, so daß die ganze Anlage eine produktive wäre.

Bemerkt sei noch, daß die Lage dieses Objekts eine günstige ist, weiter entfernt von Wien und näher an Oberösterreich, Steiermark, Salzburg und Tirol, außerdem an einem günstigen Verkehrspunkte.

Besonders betonen muß ich aber, daß unsere Milchversorgung sich nicht bessern wird, wenn wir nicht hier bald etwas Entscheidendes unternehmen.

Dadurch, daß wir unsere Milchwirtschaft und Milchviehzucht möglichst bald mit einer genügenden Zahl tüchtiger Fachkräfte versehen, können wir am ehesten der entsetzlichen Milchnot steuern.

Es ist sehr traurig, daß wir allmonatlich 10 bis 20 Millionen Kronen und mehr für Kondensmilch ins Ausland schicken und solcher Art den Liter Milch schon mit 25 K bezahlen müssen. Beachtet man nun, daß beim Wiederverkauf dieser teuren Milch der Staat einen Teil der Einkaufskosten zu tragen hat und zu diesem Zwecke monatlich mehrere Millionen opfern muß, so kann man erwägen, was wir durch die Förderung der Milchwirtschaft im eigenen Lande gewinnen könnten.

Es wäre daher unverantwortlich, wenn nicht das Menschenmögliche zur Hebung der Milchproduktion getan und zur Behebung der Milchnot im eigenen Lande nicht alles aufgeboten würde.

Durch die Errichtung der Hauptlehr- und Versuchsanstalt für Milch- und Weidewirtschaft wollen wir beweisen, daß wir vom besten Willen beseelt sind und alles ausspielen, was in unseren Kräften liegt, um uns einerseits aus der entsetzlichen Milchnot herauszuarbeiten, andererseits die Milchwirtschaft zu einem für die Landwirtschaft einträglichen Produktionszweig zu gestalten, dieselbe auf die höchste Stufe zu bringen.

Dadurch werden wir aber auch das Ansehen unserer Landwirtschaft dem Auslande gegenüber

und damit aber auch unsere Kreditsfähigkeit bedeutend heben.

Vom Staatsamt für Landwirtschaft muß deshalb erwartet werden, daß es diese Angelegenheit mit allen Kräften fördere.

Die Kreditanforderung muß in Unbetracht der großen und mannigfachen Zwecke, die damit erreicht werden, als eine bescheidene bezeichnet werden.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt daher einstimmig den Antrag:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

„Die Regierung wird aufgefordert:

1. in das nächste Budget den Betrag von 2 Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft einzustellen;

2. die von der Nationalversammlung beschlossene Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft als selbständige Anstalt zu errichten.“

In Anbetracht der Wichtigkeit einer solchen Anstalt einerseits für die Landwirtschaft selbst und andererseits für die Versorgung der größeren Konsumzentren mit Milch ersuche ich das hohe Haus, diesem Resolutionsantrage seine Zustimmung geben zu wollen. (Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer: Wir kommen zur Debatte.

Gemeldet sind, und zwar kontra die Herren Abgeordneten: Stocker, Schöchtnar, Größbauer, Straßner, Grahamer, Wimmer, Thanner; pro die Herren Abgeordneten: Weigl, Gabriel, Traxler, Weber, Geisler, Schneidmndl, Haueis, Bretschneider, Scharfegger, Abram, Hollersbacher, Dannereder, Niedrist, Freindlich, Klug, Rauscha, Buchinger, Stika, Luttenberger, Wizany.

Ich erteile dem ersten Kontraredner, Herrn Abgeordneten Stocker, das Wort.

Abgeordneter Stocker: Es ist zweifellos, daß in der Förderung der Landwirtschaft noch sehr viel zu erreichen wäre, doch die Behörden und die Stellen, welche zur Förderung der Landwirtschaft berufen sind, das sind unsere landwirtschaftlichen Körperschaften, führen ein recht bescheidenes Dasein. Erstens fehlt es den landwirtschaftlichen Körperschaften an der entsprechenden Organisation, um den Aufgaben, die an eine Fachkörperschaft gestellt werden, entsprechen zu können, und zweitens fehlt es allen Körperschaften an den notwendigen Geldmitteln. Wenn die Landwirtschaftsförderung einen

modernen Weg einschlagen soll und wenn darin Ähnliches erreicht werden soll, wie es die Körperschaften in Deutschland und in der Schweiz erreicht haben, dann ist die erste Voraussetzung, daß die bestehenden Körperschaften einer gründlichen Reform unterzogen werden.

Wir haben heute verschiedene Organisationen zur Förderung der Landwirtschaft, teils Landeskulturräte, teils Landwirtschaftsgesellschaften. Weder die Landeskulturräte noch die Landwirtschaftsgesellschaften haben den notwendigen modernen Aufbau. Es zeigt sich auch, daß Körperschaften, die auf die freiwillige Mitarbeit, beziehungsweise auf freiwillige Beitragsleistung angewiesen sind, wie es heute bei den meisten Körperschaften der Fall ist, oder die allein auf Subventionen angewiesen sind, nicht das entsprechende leisten können. Wie das Gewerbe seine Berufsorganisationen hat, denen jeder Gewerbetreibende anzugehören hat, so ist unbedingt zu fordern, daß auch landwirtschaftliche Berufskörperschaften geschaffen werden, denen jeder Landwirt von vornherein angehört. Die landwirtschaftlichen Körperschaften brauchen ungeheure Geldmittel zur Verbreitung ihrer Tätigkeit. Es ist daher notwendig, Mittel und Wege zu finden, um diese Geldmittel zu beschaffen. Da werden auch die österreichischen landwirtschaftlichen Körperschaften den Weg betreten müssen, den die Landwirtschaftskammern in Deutschland gegangen sind, wo nach der Größe des Besitzes ein gewisser Beitrag für die Körperschaften aufgebracht werden muß, der mit der Grundstener eingehoben wird.

Wir sind ohnedies nur ein sehr kleiner Staat, darum ist es dringend erforderlich, daß die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften der einzelnen Länder nach einheitlichen Gesichtspunkten, nach einem einheitlichen Aufbau organisiert werden. Es sollte daher eine der wichtigsten Aufgaben des Staatsamtes für Landwirtschaft sein, dahin zu dringen, daß diese einheitliche Reformierung und der einheitliche Aufbau der landwirtschaftlichen Körperschaften erfolge. Es sind während des Krieges vom ehemaligen Ackerbauministerium Ansätze zu dieser einheitlichen Organisation gemacht worden, sie haben sich aber damals zerschlagen. Es wird auch vom gegenwärtigen Staatsamt für Landwirtschaft versucht, Richtlinien auszuarbeiten und den Landeskulturräten zur Verfügung zu stellen. Leider hat das Staatsamt für Landwirtschaft einen sehr großen Fehler gemacht, der draufen sehr mißlich empfunden wird, indem diese Reformvorschläge gemacht wurden, ohne daß die landwirtschaftlichen Körperschaften gefragt worden sind. Das ist eine Unterlassung. Die Regelung hat ja durch Landesgesetze zu erfolgen, aber trotzdem sollte getrachtet werden, in allen Landesgesetzen einheitliche Grundsätze zum Ausdruck zu bringen. Das Staatsamt für Landwirtschaft

sollte daher ehestens daran gehen, alle landwirtschaftlichen Körperschaften zu einer Konferenz einzuberufen, damit man sich einmal darüber ausspreche, welches System wir wählen wollen, ob das der Berufsgenossenschaften oder das der Landeskulturräte oder das der Landwirtschaftskammern, damit nicht ein Kronland die Organisation nach diesem Prinzip mache und das andere nach anderen Prinzipien. Eine derartige Aussprache wäre unbedingt erforderlich. Ich glaube, es wäre ein leichtes, sich auf ein gewisses System im Aufbau der Behörden und auch auf ein System in der praktischen Landwirtschaftsförderung zu einigen. Es könnte nicht gezweifelt werden, daß die landwirtschaftlichen Körperschaften in den einzelnen Ländern es zuwege brächten, daß dann eine derartige einheitliche landwirtschaftliche Körperschaft in allen Landtagen beschlossen werden könnte.

Ich sagte, das Staatsamt für Landwirtschaft hat es versäumt, diese Körperschaften zu Rate zu ziehen und diese Frage mit ihnen zu erörtern. Ich glaube, es wäre dies eine selbstverständliche Pflicht gewesen. Wie dieses Auszichthalten von Seiten der Körperschaften beurteilt wird, geht aus folgenden Schreiben hervor, von denen ich zwei oder drei vorlesen möchte. Eine landwirtschaftliche Hauptkörperschaft berichtet, daß „dem Landeskulturrat der Entwurf über die Neugestaltung der landwirtschaftlichen Körperschaften nicht zugekommen ist; die Grundzüge desselben wurden jedoch in dem hiesigen Organ der christlichsozialen Partei veröffentlicht. Es muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß das Staatsamt für Landwirtschaft die seit langem unterbrochenen Beziehungen mit den landwirtschaftlichen Fachkörperschaften wieder aufnimmt und sie zur regelmäßigen Mitarbeit heranzieht.“ So schreibt eine alpenländische landwirtschaftliche Hauptkörperschaft.

Eine zweite schreibt (*liest*): „Die gefertigte Körperschaft teilt mit, daß ihr das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft einen Entwurf über die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zur Ausarbeitung nicht vorgelegt hat. Ein solches Vorgehen würde auch den Geplagenheiten des deutschösterreichischen Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft nicht entsprechen, welches es vielmehr grundsätzlich vermeidet, auch in den wichtigsten, die Landwirtschaft tief berührenden Fragen die Meinung der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften einzuholen.“

Wenn so gearbeitet wird, ist es nicht zu verwundern, wenn zwischen dem Staatsamt für Landwirtschaft und den landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften eine große Kluft besteht und wenn dann jede Körperschaft für sich arbeitet. Eine dritte Körperschaft teilte mir mit, daß sie vom Staatsamt für Landwirtschaft den Entwurf nicht zur

Begutachtung erhielt, sondern sich ihn auf einem anderen Wege verschaffen mußte. Von einer vierten landwirtschaftlichen Körperschaft weiß ich, daß sich der Präsident derselben, der zugleich Landesrat im Landtage ist, bemühte, sich vom Staatsamt für Landwirtschaft den Entwurf zu verschaffen, weil er sich selbst mit der Absicht trug, Reformvorschläge zu machen.

Es ist ihm aber nicht möglich gewesen, vom Staatsamt für Landwirtschaft den Entwurf auf direktem Wege zu bekommen. Erst auf Umwegen, mit Hilfe eines Abgeordneten und mit Hilfe des Fachbeirates konnte er zu diesem grundlegenden Entwurf kommen, den das Staatsamt für Landwirtschaft den Landesregierungen zur Verfügung gestellt hat. Das ist ein großer Fehler, wenn so gearbeitet wird und wenn selbst in Fragen, bei denen es sich um die Reformierung der landwirtschaftlichen Körperschaften handelt, diese in solcher Weise vor den Kopf gestoßen werden. Wie dies draußen bei den Körperschaften beurteilt wird, geht klar und deutlich aus den von mir vorgelesenen Berichten hervor.

Es wäre daher hoch an der Zeit, daß dieses Versäumnis ehestens nachgeholt und eine Konferenz der Körperschaften einberufen wird. Sonst kommen wir zu der Tatsache, daß das eine oder das andere Land im Landtage Beschlüsse fasst und unbekümmert um das Staatsamt für Landwirtschaft ihren Gesetzentwurf über die Neugestaltung der landwirtschaftlichen Körperschaften beschließt, jedes Land womöglich nach anderen Gesichtspunkten. Das eine Land würde dann etwas machen, das andere nicht. Das Staatsamt für Landwirtschaft sollte seine Aufgabe darin sehen, in ständiger Fühlung mit den Körperschaften zu sein, in diesen grundlegenden Fragen naturgemäß die Ansichten der Körperschaften einzuhören und diese in einem gemeinsamen Musterentwurf für die einzelnen Landtage zusammenzustellen.

Weiter möchte ich auf das wichtigste agrarpolitische Gesetz zu sprechen kommen, das diese Nationalversammlung beschlossen hat, das ist das Wiederbesiedlungsgesetz. Es ist jetzt nahezu ein Jahr her, daß das Wiederbesiedlungsgesetz beschlossen wurde. Ich glaube, es war am 23. Mai des vorigen Jahres. Wir müssen jedoch heute zu unserem Bedauern konstatieren, daß es mit der Durchführung des Wiederbesiedlungsgesetzes absolut nicht vorwärts geht.

Es sind heute 12 Monate vergangen und die Wiederbesiedlung ist über das Erhebungstadium nicht hinausgekommen. Ich kenne die Stimmung in der obersteirischen Bauernschaft, die an der Wiederbesiedlung im höchsten Maße interessiert ist, sehr gut. Diese Bauernschaft hat nahezu den Glauben verloren, daß man es mit der Wiederbesiedlung

tatsächlich ernst meint. Ich hatte auch Gelegenheit, von der Stimmung der Großgrundbesitzer zu erfahren. Die Großgrundbesitzer glauben infolge dieses Hinausschiebens hente selber nicht mehr, daß mit der Wiederbesiedlung wirklich Ernst gemacht wird. Ich kann mich der Ansicht nicht verschließen, daß das Staatsamt für Landwirtschaft in dieser Angelegenheit viel zu lau und viel zu wenig energisch vorgeht. Der Herr Staatssekretär Stöckler hat unlängst erklärt, daß von Seiten einzelner Landesregierungen große Schwierigkeiten gemacht werden. Es ist tatsächlich richtig, es werden von Seiten einzelner Landesregierungen und insbesondere von Seiten der Betroffenen, von Seiten der Großgrundbesitzer, alle möglichen Schwierigkeiten gemacht und es schließen sich die Großgrundbesitzer, weltliche und geistliche Großgrundbesitzer, einheitlich zusammen zur Bekämpfung all dieser schwelbenden Bodenreformgesetze. In Niederösterreich hat sich ein derartiger Verband der Großgrundbesitzer zur Bekämpfung dieser Fragen gebildet. Ich habe ein Flugblatt von oberösterreichischen Großgrundbesitzern in der Hand, die, wie sie sagen, das niederösterreichische Beispiel nachahmen wollen, um diese Bodenreformgesetze zu bekämpfen und da heißt es unter anderem in diesem Aufruf zum Zusammenschluß (*liest*): „Das Gesetz über die Errichtung von Volkspflegestätten, das Wiederbesiedlungsgesetz, das Gesetz zum Schutze der Pächter und die zu diesen Gesetzen erlossenen Vollzugsanweisungen richten ihre scharfe Spieze gegen wohlerworbene Rechte, gegen rechtmäßige Verträge, gegen Einrichtungen, welche zu allen Zeiten unter gesitteten Völkern für unantastbar gehalten haben.“ Ich glaube, durch das Wiederbesiedlungsgesetz wird kein Unrecht verübt, sondern es soll nur ein Verfahren, ein Unrecht, das verübt worden ist, durch dieses Gesetz verbessert werden. Weiter heißt es in diesem Flugblatt (*liest*): „Was die moderne Gesetzgebung insbesondere gegen den Grundbesitz beherrscht, ist, wenn es offen ausgesprochen werden soll, eine kommunistische Idee, welche im Wiederbesiedlungsgesetz kaum mehr verbüllt auftritt.“ Und weiter (*liest*): „Die durch die moderne Gesetzgebung geschaffene Unsicherheit des Grundbesitzes fordert gebieterisch einen Zusammenschluß der Besitzer, — — sie sagen, „der Besitzer“ und nicht „der Großgrundbesitzer“, um womöglich auch die Bauern einzufangen — — dessen Zweck hauptsächlich in der Vertretung der gemeinsamen Interessen gegen Übergriffe bei Anwendung bereits bestehender Gesetze und gegen die Fortsetzung der wider den Grundbesitz gerichteten Aktion sowie in der gemeinsamen Bemühung um die Aufhebung der bestehenden besitzfeindlichen Gesetze liegen.“

Es geht also das Bestreben klar und deutlich darauf hinaus, das Wiederbesiedlungsgesetz zu verhindern. In diesem oberösterreichischen Flugblatt haben sich die weltlichen, die geistlichen und die ländlichen

Großgrundbesitzer einträchtig zusammengefunden und es ist daher nicht zu verwundern, daß es in solchen Landtagen, wo diese Kreise, die da unterzeichnet sind, auf die Landesregierung einen entsprechenden Einfluß haben, mit der Wiederbesiedlung absolut nicht vorwärts geht, sondern alle möglichen Schwierigkeiten gemacht werden. Es ist auch typisch, wie aus oberösterreichischen Fachkreisen berichtet wird, daß es gerade in Oberösterreich mit der Durchführung des Wiederbesiedlungsgesetzes nicht ernst gemeint ist. Ich kann aber versichern, daß die Bauernschaft ohne Unterschied der Partei der Ansicht ist, daß das Wiederbesiedlungsgesetz durchgeführt werden muß, und sie fordert gebieterisch, daß endlich mit den Arbeiten in rascherem Tempo eingesezt werde als bisher, damit diese Fragen endlich gelöst werden. Die Pächter, die häufig auf derartigen gelegten Bauernbesitzern wirtschaften, haben große Unzufriedenheiten zu ertragen; sie befinden sich in einer sehr zweifelhaften Lage, weshalb es sowohl im Interesse der Bewirtschaftung der verbleibenden Teile des Großgrundbesitzes als auch der Bewirtschaftung der neu zu schaffenden Ansiedlungsstellen eine dringende Notwendigkeit ist, daß das Staatsamt für Landwirtschaft alles daran setzt, in die Arbeiten ein rascheres Tempo zu bringen. Ich glaube, die bürgerlichen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei werden das Staatsamt für Landwirtschaft und die Behörden bei der Durchführung in jeder Weise unterstützen. Es ist notwendig, es zu sagen und zu fordern, daß die Behörden und das Staatsamt für Landwirtschaft diesen gewissen gewaltigen Einflüssen standhaft entgegentreten und das Gesetz in dem Sinne ausführen, wie es im Gesetze vorgesehen ist.

Es hat sich im Laufe der Zeit gezeigt, daß das Wiederbesiedlungsgesetz in einer Reihe von Punkten mangelhaft und lückenhaft ist. Insbesondere zeigt sich, daß gerade die ärgsten Spekulanten, die Holzspekulanten, vielfach nicht gefaßt werden können und meine Partei hat kürzlich auch einen diesbezüglichen Novellierungsantrag eingebracht. Im Interesse der zweckmäßigen und plannmäßigen Durchführung dieses Gesetzes ist es notwendig, daß es ehestens zur Novellierung kommt, insbesondere auch deshalb, damit dem plannmäßigen Ausschlagen der zur Wiederbesiedlung kommenden Bauernbesitze Gehalt getan wird. Denn viele Großgrundbesitzer gehen heute davon oder sind schon längst daran gegangen, das Holz in großen Massen von jenen Flächen herunterzuschlagen, welche zur Wiederbesiedlung in Betracht kommen. Das Verfahren bei der Wiederbesiedlung ist ein viel zu schwieriges, so daß die Landesagrarbehörden, die alles durchzuführen haben, die Arbeiten einfach nicht bewältigen können. Es muß daher auch bezüglich der Kompetenz und Durchführung eine Vereinsfachung eintreten und ein

beträchtlicher Teil der vorbereitenden und durchführenden Arbeiten in den Bereich der Bezirks- agrarbehörden fallen.

Weiter ist es eine dringende Forderung der Landwirtschaft, daß endlich mit den beantragten Gesetzen über die Ablösung der dreißigjährigen Pachtgrundstücke, die von den Parteien schon vor drei Vierteljahren eingebracht worden sind, Ernst gemacht wird, weil auch die Pächter, die oft 30 bis 40 Jahre ihre Grundstücke und Besitztümer vom Großgrundbesitz gepachtet haben, sicher ein Recht haben, daß diese Grundstücke nun in ihr Eigentum abgelöst werden können.

Weiter ist schon wiederholt von der Staatsregierung mitgeteilt worden, daß das Gesetz über den Abbau des Großgrundbesitzes bereits fertiggestellt ist. Die Landwirtschaft erwartet daher gleichfalls, daß dieses Abbaugesetz möglichst bald der Nationalversammlung vorgelegt werden wird. Denn je länger diese Bodenreformgesetze hinausgeschoben werden, um so größer werden die Widerstände und um so mehr müssen die betroffenen Leute alles mögliche vorzuschieben und Schlupfwinkel zu finden, um diesem oder jenem Bodenreformgesetz entschlüpfen zu können. Wir erwarten daher, daß auf Grund der verschiedenen Mitteilungen und auf Grund der verschiedenen Beschwerden endlich ein rascheres Tempo in diese Arbeiten kommt, und wir sind der Überzeugung, daß die zweckmäßige und sachgemäße Durchführung dieser Bodenreformgesetze bei der Bauernschaft große Befriedigung auslösen und zur Förderung unserer Landwirtschaft und zur Vermehrung des Bauernstandes beitragen wird, die gewiß nicht nur im Interesse des Bauernstandes, sondern auch vom Standpunkte des ganzen Volkes und des Vaterlandes lebhaft zu wünschen ist. (Beifall.)

Präsident Hanser (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Weigl.

Abgeordneter Weigl: Hohes Hans! Die große volks- und staatswirtschaftliche Bedeutung unserer Landwirtschaft ist besonders in diesen Zeiten der Ernährungskrise so recht zur Geltung gekommen; da die Ernährungsfrage für alle Berufstände die wichtigste und die notwendigste ist, muß auch unser Staat der Landwirtschaft, diesem wichtigen Zweig unserer Volkswirtschaft, entsprechenden Schutz und Förderung angeidehen lassen, um so mehr, als eine kräftige und hohe Entwicklung der Landwirtschaft das beste Fundament eines gesunden Staatswesens bildet. Heben wir die Landwirtschaft, so wirken wir auch hebend und belebend für Handel, Gewerbe und Industrie, verbessern unsere Baluta, vermehren unser Nationalvermögen und mildern dadurch die Not und das Elend unseres schwer geprüften Volkes. Unsere Landwirtschaft hat besonders während des Krieges

stark gelitten, was sich durch den kolossalen Rückgang in dem Ertrage geäußert hat. Die Ursachen waren Mangel an Arbeitskräften, Mangel an Gespann, an Kunstdünger, an Stalldünger und nicht in letzter Linie die zentrale Bewirtschaftung und die unvernünftige staatliche Preispolitik.

Der Staat ist, wie ich bereits erwähnt habe, verpflichtet, die Landwirtschaft in jeder Hinsicht zu fördern und zu heben. Ein sehr wichtiges Mittel, die Landwirtschaft zu heben, erblische ich in dem Ausbau des Pflanzenschutzes und des landwirtschaftlichen Versuchswesens. Alljährlich gehen Millionenwerte verloren, weil infolge der Rostbekämpfung verschiedener Schädlinge und Krankheiten kolossaler Schaden in den verschiedenen Kulturen entsteht. Es ist daher eine zielbewußte Schädlingsbekämpfung eines der wichtigsten Mittel zur Förderung und Hebung unserer Landwirtschaft. Leider fehlte es auch während des Krieges an entsprechenden Schädlingsbekämpfungsmittern; es wurden dann verschiedene Praxismittel herangezogen, die von verschiedenen Fabriken unter wohlklingenden Namen auf den Markt geworfen wurden und die Notlage von vielen Landwirten wurde ausgenutzt. Es ist Aufgabe der Pflanzenschutzstation, die wir in Österreich besitzen, diese Mittel zu überprüfen, denn die Landwirte sollen nicht als Versuchskaninchen dienen. Der Schade, der dadurch für die Allgemeinheit entsteht, geht in die Millionen. Es ist Aufgabe unserer Pflanzenschutzstation, diese Mittel auf ihre Verlässlichkeit zu erproben, um sie dann der Praxis empfehlen zu können. Mit den sogenannten Laboratorienversuchen, wie sie heute durchgeführt werden und die nur mehr einen wissenschaftlichen Charakter haben, ist in der Praxis nicht gedient. Wir verlangen, daß diese Pflanzenschutzstation reorganisiert wird, und zwar in erster Linie dahin, daß ihr landwirtschaftliche Versuchsanlagen angegliedert werden, damit eben diese Station in die Lage versetzt wird, solche Versuche in der Praxis durchführen zu können. Die Versuchsstation muß mit der großen Praxis in Fühlung treten. Bis heute war es nur dadurch möglich, daß einzelne Länder und auch Private dieser Pflanzenschutzstation an die Hand gegangen sind und die Durchführung von Versuchen ermöglicht haben. Ich kann wohl behaupten, daß jeder Heller, der aus öffentlichen Mitteln für solche Zwecke verwendet wird, ein Kapital darstellt, welches mit reichen Zinsen in verschiedenen Formen an die Allgemeinheit zurückkommt. Es ist daher eine Erweiterung des Wirkungskreises unserer Pflanzenschutzstation im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse des Staates dringend notwendig.

Ferner erachte ich die Errichtung von Schädlingsbekämpfungsstationen für ungemein wichtig. Es sollen in den Gerichtsbezirken Deutschösterreichs staatliche Schädlingsbekämpfungsstationen errichtet

werden, die, mit entsprechend fachmännisch gebildeten Leuten versehen, eine organisierte Bekämpfung der verschiedenen Schädlinge durchzuführen hätten. Es fehlt unseren Landwirten nicht nur die entsprechende Kenntnis, sondern es fehlt auch an den entsprechenden Gerätschaften und Apparaten, die dazu notwendig sind, und vor allem auch an entsprechend wirksamen Bekämpfungsmitteln. Die auch sehr im Interesse der Allgemeinheit gelegenen Bekämpfungsstationen hätten nicht nur eine zielbewußte Bekämpfung zur Folge, sondern würden die Bekämpfungsarbeiten auch sehr bedeutend verbilligen, weil der Zwischenhandel ausgeschaltet wird. Das ist auch im Interesse der Allgemeinheit gelegen, weil dadurch die Produktionskosten bedeutend vermindert werden können.

Das Versuchswesen soll sich aber nicht nur auf die Erforschung der verschiedenen Krankheiten und Schädlinge unserer Kulturpflanzen erstrecken, sondern auch auf die bessere Ausnutzung und Bewertung der verschiedenen landwirtschaftlichen Nebenprodukte. Da möchte ich besonders auf den Obst- und Weinbau hinweisen. Im Obst- und Weinbau ergeben sich verschiedene Preßrückstände, der sogenannte Trestler, das Geläger, das bei uns so gut wie gar nicht verwertet wird. Diesbezüglich muß ich auf Deutschland hinweisen, wo diese Rückstände rationell verwertet werden. Es ist im Interesse unserer Volkswirtschaft gelegen, wenn hier etwas geschieht. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir zum Beispiel aus den Trestern nicht nur Alkohol, Weinöl und Weinstein gewinnen können, aus den Körnern können wir auch Öl, an dem wir großen Mangel haben und auch Druckschwärze gewinnen. Die ausgelaugten Rückstände können als Brennmaterial verwendet werden und der schließlich Rückstand sogar als Kunstdünger; also eine fünf- bis sechsfache Ausnutzung. Wir können dadurch neue Industrien schaffen und — was die Hauptfache ist — wir haben die Rohstoffe im Inlande, wir brauchen sie nicht einzuführen, was gewiß von der größten Bedeutung ist. Ferner will ich darauf hinweisen, daß dadurch neue Verdienstmöglichkeiten für die Arbeiter geschaffen werden, was auch in sozialer Hinsicht von größerer Wichtigkeit ist. Nicht in letzter Linie ist auch der Staat daran interessiert, weil dadurch auch wieder neue Steuerquellen eröffnet werden. Das Versuchswesen soll sich aber auch auf den Wein- und Obstbau selbst erstrecken. Ich habe schon Gelegenheit gehabt, in diesem hohen Hause auf die große Bedeutung des Weinbaues für unseren Staat hinzuweisen, und ich muß mit Befriedigung konstatieren, daß erst vor kurzer Zeit unser Herr Staatssekretär für Finanzen hier konstatiert hat, daß die Einnahmen aus der Weinsteuer und aus der Schaumweinsteuer sehr befriedigende gewesen sind, mehr als er erwartet hat. Aus dieser Äußerung allein geht schon hervor, daß auch

der Staat Interesse daran hat, diesem Zweig der Landwirtschaft, der bei uns in Deutschösterreich eine große Rolle spielt, entsprechenden Schutz und Förderung angedeihen zu lassen. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß mit dem Weinbau auch andere Zweige der Landwirtschaft verknüpft sind. Insbesondere möchte ich heute darauf hinweisen, daß verschiedene Gewerbe und Industrien vom Weinbau abhängig sind, daß die verschiedenen Maschinen und Gerätschaften, die beim Weinbau, in der Kellerwirtschaft zur Verwendung kommen, die verschiedenen Schädlingsbekämpfungsmittel, die in verschiedenen Industriezweigen erzeugt werden, wieder tausenden und tausenden Arbeitern Beschäftigung geben, so daß wir wohl mit Recht sagen können, vom Weinbau sind auch tausende Arbeiter direkt und indirekt abhängig.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch konstatieren, daß unserem Weinbau eine große Gefahr droht, besonders deshalb, weil wir eines der wichtigsten Schädlingsbekämpfungsmittel nicht zur Verfügung haben, den Schwefelkohlenstoff. Die Reblaus, einer der gefürchtetsten Rebenschädlinge, nimmt immer mehr und mehr an Verbreitung zu und wir stehen diesem mächtigen Feinde des Weinbaues fast machtlos gegenüber. Es ist daher Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, daß den Weinbautreibenden möglichst bald Schwefelkohlenstoff in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehe und es wäre auch sehr gut, wenn der Staat die Erzeugung von Schwefelkohlenstoff selbst in die Hand nehmen würde. Wir verlangen vom Staat keine Almosen. Er kann sie nicht geben, da wir bettelarm sind, aber wir verlangen das eine, daß wir diese Mittel zur entsprechenden Zeit und in entsprechenden Mengen zur Verfügung bekommen. Dies ist auch im Interesse des Staates gelegen; denn wenn der Weinbau zurückgeht, wird auch die Steuer eine dementsprechend geringere sein, die aus diesem Zweige der Volkswirtschaft fließt. Wir haben um so mehr Interesse, die Reblausbekämpfung entsprechend durchzuführen, als wir trachten müssen, die alten Bestände so lange als möglich ertragfähig zu erhalten. Die Lücken, die bereits entstanden sind, sind groß; denn während des Krieges fehlte es nicht nur an Arbeitskräften, an Schwefelkohlenstoff usw., sondern es konnte auch die Rekonstruktion nicht durchgeführt werden, da das Material hierzu vollständig mangelte. Wir müssen daher trachten, die alten Bestände durch das sogenannte Kulturalverfahren, durch die Bekämpfung mit Schwefelkohlenstoff so lange als möglich zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit muß ich auch darauf hinweisen, daß ein Betrag von $1\frac{1}{4}$ Millionen Kronen, der aus der staatlichen Kupfervitriolbewirtschaftung erübriggt worden ist, jetzt dem Weinbau nicht zur Verfügung gestellt werden soll. Gegen ein derartiges Vorgehen muß

ganz entschieden Protest erhoben werden; es ist auch nicht im Interesse des Staates gelegen, daß so vorgegangen wird. Es müssen auch Versuchsanlagen geschaffen werden, um die Erträge der einzelnen Kulturen zu heben und ferner Sorten heranzüchten, die gegen die verschiedenen Krankheiten und Schädlinge widerstandsfähig sind. Dadurch wird ebenfalls die Produktion verbilligt.

Ein sehr beachtenswerter Kulturzweig unserer Landwirtschaft ist der Obstbau. Gerade während des Krieges hat es sich gezeigt, daß auch das Obst ein sehr wichtiges Nahrungsmittel ist, und ich glaube, nicht zu weit zu gehen, wenn ich das Obst als Volksnahrungsmittel bezeichne. Es wäre nur zu wünschen, daß die heutige Ernte ohne irgendwelche Elementarereignisse vorübergeht und tatsächlich dem Volke zugute kommen kann. Wir müssen trachten, auch diesen Zweig unserer Landwirtschaft entsprechend zu fördern und das können wir, ohne die anderen Kulturpflanzen irgendwie zu schmälern. Vor allem anderen können die Reichs-, Landes- und Bezirksstrafen besser ausgenützt werden. Ich kann hier nur versichern, daß von seiten des Landes Niederösterreich das Menschenmöglichste auf diesem Gebiete gemacht worden ist. Aber das Land allein kann nicht alles machen. Es muß auch hier der Staat unterstützend eingreifen, vor allem dadurch, daß eine Vermehrung der Obstbaumbestände durchgeführt und daß das Erzeugnis gehoben und gesichert wird. Wir haben derzeit in Deutschösterreich zirka 22 Millionen Obstbäume und wir können nach meiner Berechnung diesen Stand ohne Schädigung der anderen Kulturen ruhig um zirka 10 Millionen erhöhen, also auf zirka 32 Millionen Bäume bringen. Das wäre für die Volkswirtschaft gewiß von größter Bedeutung.

Ich möchte schließlich noch auf das Kapitel des landwirtschaftlichen Unterrichts zu sprechen kommen. Die Hebung der Landwirtschaft hängt mit dem landwirtschaftlichen Unterrichtsweisen innig zusammen; denn außer praktischen Kenntnissen sind auch theoretische notwendig. Wissenschaft und Praxis müssen sich die Hände reichen, denn nur dadurch ist es möglich, sich den verschiedenen Verhältnissen anzupassen. Man muß, um eine Pflanze rationell kultivieren zu können, nicht nur ihre Lebensbedingungen kennen, sondern man muß auch dem Auftreten der verschiedenen Krankheiten und Schädlinge rechtzeitig und zielbewußt entgegentreten können. Dazu sind aber entsprechende Fachkenntnisse notwendig und diese werden durch die verschiedenen landwirtschaftlichen Schulen vermittelt. Wir haben verschiedene Kategorien landwirtschaftlicher Schulen: landwirtschaftliche Winterschulen, Ackerbauschulen, landwirtschaftliche Mittelschulen usw. Die Länder haben auch auf diesem Gebiete das Möglichste getan. Es bleibt aber

leider noch viel zu wünschen übrig und ich hoffe, daß sich auch der Staat endlich einmal entschließen wird, dem landwirtschaftlichen Bildungswesen mehr Aufmerksamkeit zu schenken als bisher.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß auch an unseren Volkschulen mehr auf die landwirtschaftliche Bildung hingearbeitet werden soll. Es könnte viel gemacht werden, wenn ich auch hier gleich feststellen will, daß der landwirtschaftliche Unterricht in den Volkschulen nie eine landwirtschaftliche Fachschule ersetzen kann, aber es kann eine sehr wichtige Grundlage für die landwirtschaftlichen Schulen geschaffen werden. Solche Schüler, die bereits aus Volkschulen kommen, wo die entsprechenden landwirtschaftlichen Kenntnisse vermittelt wurden, werden gewiß mehr Erfolge aufzuweisen haben, als wo dies nicht der Fall ist. Besonders möchte ich darauf hinweisen, daß unsere Lehrer die Kinder auf die nützlichen und schädlichen Insekten aufmerksam machen sollen, sie sollen die verschiedenen Krankheiten an unseren Kulturpflanzen erkennen lernen, was auch sehr leicht dadurch möglich ist, daß in den Volkschulen Lehrmittelansammlungen angelegt werden, die sich kostenlos jeder Lehrer selbst anschaffen kann; es gehört nur etwas Mühe und Lust und Liebe zur Landwirtschaft dazu. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die Reorganisierung unserer Lehrerbildungsanstalten notwendig ist und dem landwirtschaftlichen Unterrichte mehr Bedeutung zugemessen werden muß, als es bis heute der Fall ist, schon deshalb, weil die Lehrer, die daraus hervorgehen, in den Volkschulen dann auf die landwirtschaftliche Ausbildung entsprechendes Gewicht legen sollen, welche Pflicht sie nur dann erfüllen können, wenn ihnen in diesen Anstalten, aus welchen sie hervorgegangen sind, Gelegenheit gegeben ist, aus erster Hand, also von Fachmännern, sich die verschiedenen landwirtschaftliche Bildung anzueignen.

Ferner wäre es sehr wichtig, daß der Staat dadurch helfend eingreift und die Landwirtschaft fördert, daß landwirtschaftliche Kurse für Volks- und Bürgerschullehrer veranstaltet werden. Auch diesbezüglich ist von Seiten der Länder schon vieles geschehen, aber, wie gesagt, die Länder sind nicht in der Lage, das allein durchführen zu können, da muß auch der Staat eingreifen.

Ich eile zum Schlusse meiner Ausführungen und möchte nur wünschen, daß in dem nächstjährigen Voranschlag entsprechende höhere Beträge für diese Kapitel eingestellt werden, die ich jetzt speziell hervorgehoben habe, aber auch für die anderen, denn nur dann ist es möglich, daß unsere Landwirtschaft auf jene Entwicklungsstufe gelangt, wie es nicht nur im Interesse unseres schwer arbeitenden Bauernstandes, sondern auch im Interesse und zum Wohle unseres Staates dringend notwendig ist. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordneter Schöchtnér.

Abgeordneter Schöchtnér: Hohes Haus! Sämtliche Redner, welche bis jetzt das Kapitel Land- und Forstwirtschaft behandelt haben, sind sich vollkommen klar darüber, daß der für das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft zugewiesene Betrag noch viel zu niedrig ist. Ich schließe mich diesen Ausführungen voll und ganz an. Es wäre bestimmt weit mehr zu erreichen, wenn die entsprechenden Geldmittel dem Staatsannte für Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung ständen, es könnte dann leichter unsere Land- und Forstwirtschaft in die Höhe bringen und für unseren Staat in der Zukunft besser sorgen.

Ich will nun zu einem Kapitel übergehen, welches schon der Herr Berichterstatter besprochen hat, nämlich zum Veterinärwesen. Im Budget ist für das Veterinärwesen ein Betrag von zirka 1,700.000 K ausgesetzt. Ich will nicht untersuchen, ob dieser Betrag zu hoch oder zu niedrig ist, aber das kann ich hier sagen und bestätigen, daß im Veterinärwesen weit mehr geleistet werden könnte und sollte, als es bis jetzt der Fall ist. Meine Herren! Ich will darauf aufmerksam machen, daß in einer kleinen landwirtschaftlichen Gemeinde draußen im Waldviertel über vier Wochen eine Kinderseuche grifferte, der bis zum vergangenen Mittwoch nicht weniger als 65 Stück Großvieh zum Opfer gefallen sind; es handelt sich um die kleine landwirtschaftliche Gemeinde Mold bei Horn. Ungeachtet dessen, daß hier kolossale Werte bereits vernichtet würden, ist man nicht daran gegangen, irgendwelche Vorsichtsmaßregeln dagegen zu treffen. Ich habe mit einem dortigen Besitzer gesprochen und ihn gefragt, worin denn eigentlich die Seuche besteht. Er hat mir ruhig geantwortet: es ist nicht erwiesen, es dürfte von der Maul- und Klauenseuche herkommen. Meine Herren, eine Maul- und Klauenseuche, die sich in kürzester Zeit in so aggressiver Weise ausbreitet, daß ihr täglich 5, 6, 7 Kinder zum Opfer fallen, ist wohl nicht möglich. Hier wäre es von der größten Wichtigkeit, daß das Veterinärwesen pflichtgemäß einschreite, damit man eine solche Seuche nicht durch vier Wochen und mehr griffieren läßt, ohne Mittel dagegen anzuwenden. Wir stehen im Waldviertel vor einer furchtbaren Gefahr. Wenn diese Seuche — es dürfte sich um Lungenseuche oder Kinderpest handeln — sich wirklich weiter ausbreitet, so werden unsere Viehstände in kürzester Zeit derart dezimiert sein, daß wir für eine weitere Belieferung von Wien auf gar keinen Fall mehr werden aufkommen können. Es gibt auch bereits Wirtschaftsbesitzer in dieser Gemeinde, die gänzlich um ihr Vieh gekommen sind. Daher wäre es von größter Wichtigkeit, daß

das Veterinärwesen hier einschreite, um dieser Seuche ein Ende zu bereiten oder mindestens zu konstatieren, um was es sich handelt.

Im Kapitel 20 des Voranschlages für Land- und Forstwirtschaft sind Ausgaben von 17,671.985 K eingesetzt, denen Einnahmen im Betrage von 32,378.540 K gegenüberstehen. Wir haben also beim Kapitel „Forstwirtschaft“ einen Überschuß von 14,706.555 K. Wenn wir nun unsere Staatsforste, und Fondsforste betrachten, so finden wir, daß sie nicht weniger als 460.304 Hektar einnehmen, das sind 18,56 Prozent der gesamten Waldbfläche Deutschösterreichs. Wenn wir nun die Ziffern des Kapitels „Forstwirtschaft“ mit dem Flächenausmaß von 460.000 Hektar vergleichen, so kommen wir zur Überzeugung, daß der hier ausgewiesene Reingewinn von 14 Millionen Kronen blutwenig ist. In dem Berichte über die Land- und Forstwirtschaft ist ein Jahresverkaufsholzeinschlag von 970.000 Festmetern projektiert. Meine Herren, nach sachmännischem Urteil ist dieser Einschlag bei einer Fläche von 460.000 Hektar als zu gering zu erachten, denn es ist sachmäßig nachgewiesen, daß der Zuwachs in unseren Staatsforsten pro Hektar drei Festmeter beträgt, so daß sich ein Einschlag von 1,380.912 Festmetern ergeben würde. Es hat natürlich eine kolossale Bedeutung, wenn sich der Einschlag von 970.000 Festmetern fast um die Hälfte erhöhen ließe. Bleiben wir nun bei den angenommenen 970.000 Festmetern und vergleichen wir die tatsächlich bestehenden Richtpreise, wie sie zum Beispiel die Landes-Holzstelle von Niederösterreich festgestellt hat. Hiernach beträgt der Richtpreis loko Wald für weiches Holz nicht weniger als zirka 600 K; wir müssen also zur Überzeugung kommen, daß unsere Staatsforste furchtbar schlecht bewirtschaftet werden. Ich hatte Gelegenheit, vor ganz kurzer Zeit mit einem Herrn aus Kärnten zu sprechen, und er sagte mir, daß bei ihnen ein Festmeter Holz am Stamm loko Wald mit 1200 K und darüber bezahlt wird. Ich selbst habe im Waldviertel Gelegenheit gehabt, einer Lizitation beizuhören, wo ein Festmeter Weichholz am Stamm im Walde bis zu 1400 K und darüber verkauft wurde. Das sind kolossale Preisdifferenzen, auf die wir nicht eingehen. Aber anderseits müssen wir annehmen, daß vom Staaate aus die Forste nicht so bewirtschaftet werden, wie sie bewirtschaftet werden sollen. Wir sind doch durch den Friedensvertrag von St. Germain verpflichtet, Holz an die Siegerstaaten abzuliefern. Infolgedessen muß es das größte Interesse des Staates sein, das abzuliefernde Holz auf den Weltmarktpreis zu bringen. Denn andernfalls würde sich genau dasselbe Schauspiel wiederholen, wie es kürzlich bei der Ausraubung Deutschösterreichs durch die Schweiz, Italien und Frankreich infolge unserer schlechten Valuta der Fall

war. Auch da werden wir unser Holz, welches einen immensen Wert darstellt, zu billigen Preisen an die Siegerstaaten abgeben müssen und wir haben dann das gute Nachsehen.

Man sollte doch glauben, daß wir in diesem kleinen armen Deutschösterreich alle Kraft aufbieten müssen, um unsere Forste, welche das kostbarste Vermögen und unseren einzigen Exportartikel darstellen, in der bestmöglichen Weise zu bewirtschaften. Wenn wir aber näher nachsehen, so ist das Gegenteil der Fall. Ich will nur ein Beispiel anführen von der Unsumme von Beispielen, die anzuführen wären. Im Fondsforste Reichraming liegen nach Angabe von Augenzeugen seit 1915 bis jetzt nicht weniger als 20.000 bis 30.000 Meter Windbruchholz, welches in gar keiner Weise berührt worden ist. Dieses Quantum Holz ist hente natürlich total verfaulst, es wurde zu einer Brutstätte des Borkenkäfers und es fallen ihm nach Angabe dieses Augenzeugen jährlich mehrere Hektar in diesem Forste zum Opfer. Dass das eine furchtbare Schädigung der Staatsforste ist, brauche ich nicht näher zu erwähnen. Es ist erwiesen, daß die Bringung in diesen Gebieten äußerst schwierig ist, es bestehen seit 1919 verschiedene Projekte von Straßen- und Eisenbahnen, die aber bis heute nicht verwirklicht worden sind, die aber trotzdem bereits einen Aufwand von über 3 Millionen Kronen gekostet haben. Es ist geradezu unglaublich, daß man im Staatsamte für Land- und Forstwirtschaft derartige Missstände nicht abschafft und für eine rationelle Bewirtschaftung unserer Staats- und Fondsforste sorgt.

Wenn wir uns aber den am 3. März 1920 abgeschlossenen Holzabstockungsvertrag des Staatsamtes für Landwirtschaft mit einem aus sechs Mitgliedern bestehenden Konsortium näher ansehen, kommen wir zur Überzeugung, daß wir auch vom Staatsamte für Land- und Forstwirtschaft eine bessere Bewirtschaftung unserer Staatsforste nicht erhoffen können. In diesem Vertrage wird einer kleinen Anzahl von Leuten ohne Risiko das Recht eingeräumt, sich auf Kosten des Staates innerhalb 20 Jahren kolossal zu bereichern. Laut Vertrag wird diesen Leuten eine Holzabstockung von mindestens 20.000 Festmetern, die sie aber bis 60.000 Festmeter jährlich steigern können, überlassen, und zwar zum vereinbarten Stockpreis von 160 K pro Festmeter, bei welchem Preise sie sogar noch die Bringungskosten in Abzug bringen können, so daß voraussichtlich nicht einmal 100 K für den Festmeter übrig bleiben werden. Dass ein derartiger Vertrag für die wirtschaftliche Aufrichtung unseres armen Deutschösterreichs nicht von Nutzen ist, ist selbstverständlich. Man sollte doch glauben, daß der Staat eine derartige Einnahmenquelle, wie sie unsere Staatsforste sind, selbst zur

Gänze ausnutzt und dieselbe nicht auf 20 Jahre, was ein direktes Verbrechen am Staat bedeutet, an einige Leute ausliefern.

Ich will nur noch das eine bemerken, daß zum Beispiel in der alten Monarchie die galizischen Holzverträge auf zehn Jahre abgeschlossen worden sind. Es ist überhaupt ein Zeichen der Unfähigkeit der Verwaltung, langfristige Holzabstockungsverträge zu schließen.

Ich will keine Kritik an unserem Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft üben, ich will auch seine landwirtschaftlichen Fähigkeiten nicht bezweifeln, jedoch das eine steht fest, daß ein Mensch den Anforderungen des überaus großen Gebietes, das die Land- und Forstwirtschaft in unserem Staate umfaßt, nicht gewachsen sein kann.

Ich will ja nicht auf die Ackerbauminister der alten Monarchie zurückgreifen, die mit wenigen Ausnahmen nicht das geringste Verständnis für Land- und Forstwirtschaft hatten, infolgedessen auch ein steter Rückgang der landwirtschaftlichen Verhältnisse zu verzeichnen war. Dazumal war es ja nicht möglich, einen befähigten Menschen an den richtigen Platz zu bringen, ihn auf den Ministerstuhl zu setzen, damals war ja nur die Geburt maßgebend für die Ministerhaft.

Der Herr Berichterstatter Eisenhut hat schon in seinem Berichte erwähnt, daß dem Staatsamte für Land- und Forstwirtschaft der land- und forstwirtschaftliche Fachbeirat zur Seite steht. Diese Institution ist gewiß zu begrüßen, nur sollten die Leute, die diesen Fachbeirat bilden, auch die entsprechende land- und forstwirtschaftliche Bildung und Kenntnisse besitzen. Wenn wir uns die Herren dort etwas näher besehen, so finden wir, daß das nicht immer der Fall ist. Es sind meist Herren aus dem Großgrundbesitz und aus der Aristokratie von früher her, Leute, die einen Befähigungsnachweis nicht erbringen können, die auf ihren eigenen Landwirtschaften Beamte haben. Dass sie hier nun für die Land- und Forstwirtschaft nichts besonders hervorragendes leisten werden, ist wohl selbstverständlich. Es wäre höchste Zeit, eine Revision dieses Fachbeirates vorzunehmen und gründlich zu untersuchen, welche Leute befähigt sind, in diesen Fachbeirat zu sitzen und welche nicht.

Ich will noch feststellen, daß zu einer Sitzung des Fachbeirates, ich glaube am 13. April 1920, wo die Servitutenablösung und -Regelung in Beratung stand, kein einziger Agrartechniker geladen war. In derselben Sitzung wurden Fragen über Waldbewertung von Agrarjuristen beantwortet, während von der Staatsforstverwaltung niemand geladen war.

Die große Bedeutung, welche den Forsten in Deutschösterreich jetzt und für die Zukunft zukommt

sowie die dermalen schlechte Bewirtschaftung derselben lässt wohl die Frage näherrücken, ob nicht die Schaffung eines selbständigen Staatsamtes für Forstwirtschaft, an dessen Spitze ein tüchtiger praktischer Forstwirt stehen müßte, für Deutschösterreich von größter Bedeutung wäre. Natürlich dürfte diese Neuschöpfung nicht nach dem System aufgebaut werden, wie wir es bei den anderen Staatsämtern sehen, wo überall ein Staatssekretär und ein Unterstaatssekretär zur gegenseitigen Kontrolle seien. Wir müssen unbedingt verlangen, daß das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft dem parteipolitischen Getriebe entrinnen werde und daß dort die Land- und Forstwirtschaft als der einzige Grundpfeiler dieses Staates allein im Auge behalten werde. Das da ein selbständiges Staatsamt für Forstwirtschaft segensreiche Arbeit in Hülle und Fülle fände, brauche ich wohl nicht näher darzulegen.

Erwähnt muß noch werden, daß wir durch den Friedensvertrag von St. Germain als Rechtsnachfolger der alten Monarchie sämtliche Staatsforste in den einzelnen Nachfolgestaaten zu übernehmen haben, sie jedoch wieder an die Nachfolgestaaten verkaufen müssen und der Erlös unserem Staat für den Reparationsfonds gutgeschrieben wird. Das eine derartige Arbeit und eine günstige Lösung dieser Frage für unseren Staat von größter Bedeutung ist und die Kraft hervorragender praktischer Männer beansprucht, braucht wohl nicht weiter hervorgehoben zu werden.

Solange wir nicht zur Erkenntnis kommen, daß für den Wiederaufbau unseres armen Deutschösterreich in erster Linie der wirtschaftliche Aufschwung, Arbeiten und Sparen maßgebend ist, solange wir nicht die uns zu Gebote stehenden Hilfsquellen, wie rationelle Ausnutzung unserer Staatsforste und unserer Wasserkräfte durchführen, durch die wir bestimmt dasselbe erreichen können wie durch eine Vermögensabgabe, ohne aber die bürgerliche Bevölkerung zu vernichten und zu schädigen, ist an eine Wiedergesundung unseres Staates nicht zu denken.

Man sollte meinen, daß sich unsere Herren Staatssekretäre, deren Anzahl doch eine ziemlich bedeutende ist, mit dieser Sache längst befaßt haben. Die rauhe Wirklichkeit lehrt uns jedoch das Gegenteil. Ich muß mit aufrichtigem Bedauern bezeugen, daß in Wirklichkeit fast gar nichts für den Aufbau des Staates hier in diesem Hause geschehen ist.

Wir können aus den angeführten Gründen dieser Regierung kein Vertrauen entgegenbringen und müssen daher gegen das Budget stimmen. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Gabriel. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Gabriel:** Hohes Haus! Von größter Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung bezeichnete der Herr Berichterstatter die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Dies wird wohl von keiner Seite bestritten werden. Aber ich muß schon sagen: Wir Konsumenten haben von der Bedeutung der Genossenschaften in unserem Staat noch nichts verspürt. Wenn wir die Bedeutung der landwirtschaftlichen Genossenschaften kennen lernen wollen, so müssen wir andere Länder zum Beispiel nehmen.

In Deutschland, wo die genossenschaftliche Bewegung groß und alt ist, waren schon im Jahre 1908 200 Kredit- und Sparkassen, die einen Mitgliederstand von 1.390.000 aufwiesen und einen Gesamtgeldverkehr von 4800 Millionen Mark im Jahre hatten. Diese Genossenschaften haben sich nicht nur mit dem Geldverkehr befaßt, sie haben zum Teil sich auch mit dem Ein- und Verkauf landwirtschaftlicher Produkte beschäftigt, obwohl für diese Zwecke dort die eigens dazu beschaffenen Bezugs- und Absatzgenossenschaften existieren.

Schon vor mehr als zehn Jahren haben dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften 1970 solche Genossenschaften angehört, die einen Mitgliederstand von 220.000 aufzuweisen hatten. Der Jahresumsatz dieser Genossenschaften hat damals 151 Millionen Mark betragen und der Reingewinn, den diese Genossenschaften erzielten, betrug 1.282.658 Mark.

Das ist natürlich nicht der einzige Vorteil, ja nicht einmal der maßgebende Vorteil, den die Mitglieder der Genossenschaften von ihrer Genossenschaft bezogen haben, sondern viel wichtiger ist, daß diese Genossenschaften die Bedarfssartikel der Landwirte zu stark verbilligten Preisen, manchmal vielfach bis zur Hälfte und über die Hälfte verbilligt, an ihre Mitglieder abgegeben haben. Die größte Bedeutung, die die Genossenschaften errungen haben, liegt aber darin, daß sie die Landwirte aus den Klauen der privaten Händler befreiten. Diese Genossenschaften haben außerdem Versuchstationen eingerichtet, in denen die landwirtschaftlichen Produkte auf Echtheit, Reinheit usw. untersucht werden. Die Untersuchungskommissionen haben in einem Jahre, im Jahre 1908, in einer einzigen solchen Versuchstation 1730 Untersuchungen vorgenommen und haben dabei in 65 Prozent der Fälle konstatiert, daß die gelieferten Waren im Gehalt minderwertig waren. Die Genossenschaften haben von den Lieferanten dieser Waren einen Schadenersatz von 67.000 Mark verlangt und auch erhalten.

Außerordentlich entwickelt und wichtig sind die Molkereigenossenschaften. Diese haben in diesem Jahre in Deutschland 189.286 Mitglieder gezählt und in diesen Genossenschaften wurden 2224½ Millionen Liter Milch verarbeitet oder von den Mit-

gliedern übernommen. Nur ein ganz geringer Teil, 132 Millionen Liter, wurden als Milch verkauft. Der größte Teil dieser Milch wurde zu 80½ Millionen Kilogramm Butter verarbeitet. Diese Genossenschaften haben in diesem einen Jahr einen Reingewinn von 5 Millionen Mark erzielt. Die 43 Getreidegenossenschaften haben im Jahre 1908 von ihren Mitgliedern um 9,926.103 Mark Produkte verkauft. Die 89 Bierverwertungsgenossenschaften haben um 9,920.000 Mark Bier von ihren Mitgliedern übernommen. Die 69 Eierverkaufsgenossenschaften haben um 1,631.000 Mark Eier abgegeben, die Winzervereine um 4½ Millionen Mark Wein und Most verkauft. Die Genossenschaften haben für die gelieferten Warenquantitäten ihrer Mitglieder die vollste Garantie für Naturechtlichkeit übernommen. Dazu bestehen draußen noch Maschinengenossenschaften, Spiritusverwertungsgenossenschaften, Brennereigenossenschaften, Pferdeviehzuchtgenossenschaften, Stärke- und Zuckerfabriken usw. usw.

Im Jahre 1909 waren in Deutschland 22.964 landwirtschaftliche Genossenschaften aller dieser Kategorien, die zusammen einen Mitgliederstand von zirka zwei Millionen aufzuweisen, hatten, das ist zirka 80 Prozent aller Landwirte des Reiches. Die landwirtschaftliche Genossenschaftsorganisation ist die stärkste Organisation im Lande.

Noch schönere Beispiele von der Tätigkeit und von der wohltätigen Wirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften liefert uns das kleine Dänemark. Dänemark mit seinen zweieinhalb Millionen Einwohnern, war vor 30 Jahren ein unbeachtetes kleines Land. Der dortige Bauer ist wirtschaftlich vor dem Ruin gestanden; er war der ärteste und der unterdrückteste Bauer, den wir in der Welt gekannt haben. Im Jahre 1882 ist dort die erste Molkereigenossenschaft gegründet worden und schon im Jahre 1905 waren 1065 solcher Genossenschaften mit einem Mitgliederstande von 152.000 vorhanden. Diese Genossenschaften haben in diesem einen Jahre 2200 Millionen Liter Milch verarbeitet; das ist 80 Prozent der Produktion des ganzen Landes. Die dänische Butter genießt Weltrenruf. Der größte Teil dieses Produktes geht in das Ausland, besonders nach England, wo die Konsumentenorganisationen, die Konsumentengenossenschaften die besten Abnehmer dieses Produktes sind.

Wir haben ja zu Beginn des Krieges Gelegenheit gehabt, dieses hochwertige Produkt kennen zu lernen, und jeder von uns weiß heute, welchen Qualitätsunterschied die dänische Butter gegen unsere minderwertige Butter aufzuweisen hat. Der Export der dänischen Butter hat sich in den ersten 25 Jahren des Bestandes der Molkereigenossenschaften verachtlicht; die Preise der Butter wurden nicht erhöht. Die

Qualität wurde bedeutend verbessert, ohne daß die Preise dadurch gestiegen sind, und der Zwischenhandel in diesem Produkte wurde fast vollständig ausgeschlossen. Die Einnahmen der dortigen Bauern sind reichlich gestiegen und auch die Konsumenten waren über die Wirksamkeit dieser Genossenschaften hoch befriedigt.

Dazwischen liegen bei uns nicht aufzuweisende haben, hat vielfache Gründe. Zur Hebung, zur Verbesserung der Produktion gehört vor allem anderen die Hebung der Ertragsfähigkeit des Bodens, die Züchtung von gutem Samen, Pflanzenschutz, Versuchswesen usw., ganz besonders aber vielleicht die Beschaffung von Kunstdünger und dessen reichliche Verwendung. Wie es bei uns damit bestellt ist, gehört in ein eigenes Kapitel, und zwar in ein recht trauriges. In Deutschland zum Beispiel wurde im Jahre 1911 auf einem Quadratkilometer Anbaufläche 1025 Kilogramm Kalidungssalz verwendet; bei uns in Österreich auf der gleichen Anbaufläche 82½ Kilogramm. Deutschland hat im Jahre 1911 42.234 Waggons verschiedener Dungmittel verwendet; während Österreich im gleichen Jahre 1506 Waggons verwendet hat, obwohl die Anbaufläche des alten österreichischen Staates gegenüber dem Deutschen Reich fast dieselbe war. Das Verhältnis wird sich gegenüber dem Jahre 1911 nicht viel geändert haben und wenn es sich geändert hat, jedenfalls noch zum Nachteil für uns. Denn bei uns ist die Beschaffung von Kunstdünger schwer und teuer. Wir müssen aber schon sagen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben sich auf diesem Gebiete nicht viel bemüht und auch die Regierungen des alten Staates haben dieser hochwichtigen Sache viel zu wenig Interesse entgegengebracht.

Die Verwendung von Kunstdünger zeigt sich im Ertrag des Bodens. Wir haben wiederum Ziffern vom Jahre 1911, wo der Weizenertrag auf einen Hektar Anbaufläche bei uns mit 12½ Meterzentner berechnet worden ist, während in Deutschland auf der gleichen Fläche 18 Meterzentner, in Belgien 22, in Dänemark sogar 29 Meterzentner gebaut worden sind. Im Jahre 1919 hat der niederösterreichische Landeskulturrat ausgerechnet, daß wir in Niederösterreich, also in dem besten Getreideland unseres Staates, gar nur einen durchschnittlichen Hektarertrag von 10 Meterzentner aufzuweisen haben. Ein Direktor eines landwirtschaftlichen Gutes in Niederösterreich hat allerdings ausgerechnet, daß der Hektarertrag 14 Meterzentner beträgt. Dieses Gut gehört einem Konsumentverein; vielleicht trägt dieser Umstand bei, daß dieses genossenschaftliche Unternehmen einen um 40 Prozent höheren Ertrag aus den Boden herausbringt. Die Berechnungen des Direktionsrates der Landwirtschaftsstelle sagen uns, daß unsere Produktion gegenüber dem Bedarf im Jahre um zirka

42.000 Waggons an Brotgetreide zurückbleibt. Diese Stelle sagt uns aber auch, daß, wenn wir imstande wären, die 600.000 Hektar Anbaufläche, welche unser heutiger Staat hat, ordentlich zu bewirtschaften und zu düngen, dieser Ertrag um 32.000 Waggons gehoben werden könnte. Wir müssen also diese 42.000 Waggons Brotgetreide, die uns fehlen, einführen, um nur die gegenwärtige Hungerquote anzugeben zu können. Bei ordentlicher Bewirtschaftung sagt uns die Landwirtschaftsstelle, würden wir 32.000 Waggons noch selbst bauen können. Allerdings müßten dann aber die gut 50.000 Hektar, die während des Krieges wegen Mangel an Dünger, wegen Mangel an Zuchttieren nicht bebaut, nicht ordentlich bewirtschaftet werden konnten, ordentlich bewirtschaftet und die Felder müßten gedüngt werden in einem Ausmaß, daß auf einen Hektar Grund zirka 300 Kilogramm Dungstoffe zur Verwendung kommen. Das wäre ja ein dankbares Arbeitsfeld für unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften, um die Produktion zu heben und die Ernährung zu erleichtern.

Was die Bieh- und Milchwirtschaft anlangt, haben wir ja in unseren Alpenländern hochwertiges Bieh.

Wenn auch dieser Biehstand im Kriege arg gelitten hat, so wäre bei zielbewußter Förderung es wohl möglich und es muß möglich sein, schon in den nächsten Jahren eine ganz gewaltige Besserung der Biehbestände zu erzielen.

Auch auf diesem Gebiete wäre es Aufgabe der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Biehzucht rationeller und besser zu betreiben, als es bisher geschehen ist. Soweit diese Tätigkeit der Hebung der Produktion zur Verbesserung der Ernährung wirklich beitragen kann, werden wir diese Tätigkeit immer ausgiebig unterstützen.

Wir meinen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften und mit ihnen die Genossenschaften der Konsumenten würden sehr viel gewinnen. Wenn wir mit vereinten Kräften imstande wären, den Zwischenhandel auszuschalten, wenn wir diese Riesengewinne, die vor dem Kriege und leider voraussichtlich auch jetzt wiederum, nach dem Kriege, sobald einmal alles freigegeben werden muß, die Zwischenhändler bei Bieh, Getreide, Obst, Wein, Butter, Eier usw. für sich in Anspruch nehmen, unter die Produzenten und Konsumenten aufzuteilen könnten, wäre gewiß beiden geholfen. Wenn Sie bereit sind, uns zu helfen, den Zwischenhandel auszuschalten, werden wir um so eher bereit sein, die Förderung Ihrer landwirtschaftlichen Genossenschaften zu unterstützen. Ich meine auch, daß weder die Produzenten noch die Konsumenten in diesem armen Staate in Zukunft wieder ein Heer von Schmarotzern werden erhalten können, wie es bisher der Fall war. Leider muß gesagt werden, Produktionspolitik oder Ernährungs-

politik haben unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften bisher nicht betrieben. Was sie gemacht haben, war, soweit wir eine Tätigkeit dieser landwirtschaftlichen Genossenschaften überhaupt nachweisen können oder verspüren, eine rein einseitige Preispolitik. Vielfach sind sie nur Preiskartelle und zwar schlimmster Sorte. Die wahnsinnigen Preise, die wir bei allen landwirtschaftlichen Produkten aufzuweisen haben, berechtigen mich zu diesem schweren Vorwurf. Sie werden vielleicht sagen: Die landwirtschaftlichen Genossenschaften tragen nicht die Schuld daran, daß wir so wahnsinnige Preise in den landwirtschaftlichen Artikeln haben. Es mag das zum Teil richtig sein, es mag vielfach zutreffen, aber wenn die Genossenschaften ihre Aufgabe nur zum Teil erfüllt hätten, wenn sie sich ihrer Pflichten bewußt gewesen wären, so hätten sie diesen Wahnsinn verhindern können, verhindern müssen, weil es letzten Endes gewiß auch nicht im Interesse der Landwirtschaft liegt, daß wir heute diesen Stand vielfach als einen Stand von Wucherern bezeichnet hören. Der Bericht sagt uns, daß wir Ende des Jahres 1918 auf dem Gebiete unseres jetzigen deutschösterreichischen Staates 2518 landwirtschaftliche Genossenschaften besessen haben. Das ist nicht so wenig und man hätte von der Tätigkeit dieser Genossenschaften schon erwarten können, daß sie jetzt in der schlimmsten Zeit der Ernährung ihre Existenzberechtigung dadurch erweisen, daß sie die ärgsten Auswüchse der landwirtschaftlichen Preisbildung verhinderten. Die Versorgung der Bevölkerung hätte sich dadurch jedenfalls besser gestaltet, ohne daß die Interessen der Landwirtschaft vernachlässigt oder die Landwirte irgendwelchen Schaden hätten erleiden müssen. Im Gegenteil, die gut gesinnten, ehrlichen, strebhaften Landwirte hätten das allergrößte Interesse daran, diesen übermäßigen Wucher in ihren eigenen Kreisen auszuschalten. Wir haben nun im Jahre 1919 den Versuch gemacht, die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit einer Tätigkeit zu betrauen, die ihnen den Dank der Konsumenten hätte bringen können. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben es im Vorjahr übernommen, die Getreide- und Kartoffelaufbringung zu besorgen und die Ablieferung durchzuführen. Als wir von diesen Beschlüssen lasen, da meinten wir, endlich werde die Ernährungskalimatät mindestens verringert, wenn nicht beseitigt werden; es wird klappen, der Landwirt wird vom Landwirte das kleine Kontingent, das er selbst zugestanden hat, leicht erhalten und ohne Beschwerde abliefern und die Ernährung der Konsumenten wird in geregelte Bahnen geleitet sein. Wir haben uns bitter getäuscht. Wir haben gesehen, daß bei dieser Aufführung der Kontingente, bei der Verteilung und Auffuhr derselben die landwirtschaftlichen Genossenschaften vollständig versagt haben, nicht deshalb versagt, weil

die Güter bei den Bauern nicht vorhanden waren — in jedem besseren Bauernhause sind heute noch Getreide und Kartoffeln zu haben —, nicht weil die Güter nicht da waren, haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften das Kontingent nicht aufgebracht, sondern weil sie sich gar nicht bemüht haben, von ihren Kollegen das kleine Kontingent abzuholen. Die Versorgung mit Lebensmitteln, mit Brotgetreide war selbst unter den verhafteten Zentralen niemals so schlecht und rückständig wie im abgelaufenen Jahre, wo die landwirtschaftlichen Genossenschaften es übernommen haben; Getreide und Kartoffeln aufzubringen und abzuliefern. Die Ware war unzweifelhaft vorhanden. Man hat im Schleichhandel Kartoffeln und Getreide überall zu kaufen bekommen, allerdings zu Preisen, die gewöhnliche Sterbliche nicht leisten können. Die Abführung der Kontingente lässt sehr viel zu wünschen übrig. Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele sagen, wie bis heute noch die vorjährigen Kontingente nicht aufgebracht sind. Für Niederösterreich sind zum Beispiel 1,123.000 Meterzentner vorgeschrieben, bisher wurden 687.000 abgeführt. In Oberösterreich wurden 534.000 Meterzentner vorgeschrieben, abgeführt sind bisher 359.000 Meterzentner. In Salzburg sind 9000 Meterzentner vorgeschrieben und abgeführt wurden 8400 Meterzentner. In Steiermark sind 76.000 Meterzentner vorgeschrieben und 26.000 Meterzentner abgeführt. In Kärnten betrug die Vorschreibung 20.000 Meterzentner und 12.000 Meterzentner sind bisher abgeführt. Wir haben also noch Rückstände, die bis zu 40 und über 50 Prozent reichen, und da müssen wir also schon sagen, daß die Landwirte mit ihren landwirtschaftlichen Genossenschaften bei dieser Tätigkeit vollständig versagt haben und daß wir jedes Vertrauen verloren haben, daß die Leitungen dieser Genossenschaften es mit der Ernährungspolitik ehrlich halten. Bei uns in Kärnten gibt es außer Kartoffeln und Getreide noch verschiedene andere Delikatessen; wir haben im Lande noch Butter, Eier, Fleisch und Speck, freilich auch nur bei den Bauern und ihren intimsten Freunden — alle anderen spüren nichts davon. Die Arbeiterschaft, die Angestellten, die Lehrer, die Beamten, vielfach auch die Gewerbetreibenden leiden in unserem gelobten Lande genau so wie die Konsumanten in den großen Industrienzentren, sie haben genau dieselbe Hungerquote und erhalten außer dieser Quote nichts, was ihre Lebenshaltung irgendwie erleichtern könnte. Diese Leute haben nichts mehr, was den Bauer reizen könnte, etwas von seinem Überschusse abzugeben, sie haben kein Tauschmittel mehr in der Hand, aber auch nicht so viel Geld, um die Preise zu bezahlen, die die Bauern heute verlangen. Als gute Patrioten sind die Kärntner Bauern sehr besorgt, ihre überschüssigen Produkte, die die Lands-

leute nicht mehr kaufen können, nach Italien zu liefern (*Hört!*) und dem Italiener zu verkaufen, weil sie dort noch viel höhere Preise und Gewinne erzielen. Die Konsumanten in unserem Lande sind nicht imstande, auch nur irgend etwas als Zubrude aufzutreiben, wenn sie nicht in engster Verwandtschaft mit irgendeinem Landwirt stehen; alles, was die Landwirte irgendwie nur in ihrem Hause entbehrlich machen können, wandert über die Grenze zu den verhafteten, von ihnen so verhafteten Italienern.

Was unsere Bauern — ich rede jetzt nur von unserem kleinen Kärntnerlande — im Kriege verdient haben, das sagt uns der Rechnungsabschluß der Hypotheken- und Kommunaldarlehensabteilung der Landeshypothekenanstalt. Laut diesem Abschluß haben diese zwei Abteilungen im Jahre 1915 einen Überschuß von 10 Millionen Kronen erzielt, im Jahre 1918 einen Überschuß von 80 Millionen Kronen. (*Hört!*) Das Guthaben der Raiffeisenkassen ist in der gleichen Zeit von 740.000 auf 20 1/2 Millionen Kronen gestiegen. (*Hört! Hört!*) Das Vermögen unserer Bauern hat sich also in den drei Kriegsjahren verdreifacht. (*Abgeordneter Weigl: Das ist nur scheinbarer Gewinn! — Gelächter.*) Ich weiß schon! Ich weiß schon! meine Herren! das ist nicht vollwertiger Reichtum, (*Abgeordneter Eisenhut: Die alten Phrasen!*) aber welcher Stand im Staate kann noch von sich behaupten, daß er im Kriege derartiges, wenn auch nur minderwertiges Geldkapital angehäuft hätte? Wir würden aber davon noch nicht sprechen, wenn es nicht gerade der Bauernstand wäre, der fortwährend immer und immer wieder betont, daß er es war, der im Kriege die größten und schwersten Opfer gebracht hat, (*Sehr richtig!*) daß er es war, der Blut- und Gelbopfer gebracht hat. (*Abgeordneter Eisenhut: 60 Prozent Invalide sind in der Landwirtschaft!*) Mein lieber Herr, andere Stände haben noch mehr als 30 Prozent Invalide. Außerdem möchte ich aber, obwohl ich die Ziffern momentan nicht zur Hand habe, bestreiten, daß die Bauern die größten Blutopfer gebracht haben. Ich muß aber auch sagen, daß die Bauern außer den Blutopfern keine Opfer gebracht haben und daß ihnen ihr papierener Reichtum ganz gut auslangt wird, um ihre Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Diese Riesengewinne, die die Bauern haben, langen vollständig aus, um ihre Besitzungen, um ihre Häuser und Bauernhäuser, soweit sie es notwendig haben, instand zu setzen.

Ich möchte Ihnen aber nebenbei schon sagen, daß selbst während des Krieges gerade in der Landwirtschaft die Verwahrlosung dieser Bauernhäuser lange nicht so arg war wie in den Städten, weil selbst während des Krieges vielfach etwas gerichtet werden konnte. Ich gebe aber also ohneweiters zu, daß

es kein vollwertiger Reichtum ist, den sich die Landwirtschaft angehäuft hat, aber ich muß es bestreiten, wenn Sie immer und immer wieder behaupten, daß Sie die größten Opfer im Kriege gebracht haben. Es muß also noch einmal gesagt werden: die Bauern haben sich während des Krieges bereichert, während die Konsumenten diese Kriegszeit im größten Elend überleben mußten.

Wir wollen nun hoffen, daß die Landwirte von diesem Riesenvermögen, welches sie jetzt besitzen und welches ja nach ihrer eigenen Behauptung eigentlich wertlos ist, einen nennenswerten Teil dazu verwenden werden, um ihre landwirtschaftlichen Genossenschaften auszubauen, und daß sie nicht wie bisher immer nur erwarten werden, der Staat werde ihnen alles aus öffentlichen Mitteln richten. Dass sie das getan haben, war ein Fehler, weil der Staat selbst die Interessen der Landwirtschaft nie hoch genug eingeschätzt hat; aber weil sich die Landwirtschaft darauf verlassen hat, daß der Staat das alles machen werde, deshalb sind wir im Genossenschaftswesen noch so rückständig. Wenn also die Landwirte einen Teil ihres Vermögens zum Ausbau ihrer Genossenschaften verwenden werden, so wird das nicht nur im Interesse der Ernährung der Bevölkerung sein, sondern gewiß auch sehr im Interesse der Landwirtschaft, denn die heutigen Phantasielpreise werden voraussichtlich doch einmal verschwinden, und wenn die Landwirtschaft sich bis dahin nicht eine bessere Produktionsform geschaffen hat, wenn sie bis dahin ihre Wirtschaft nicht rationeller betreiben wird, so ist zu befürchten, daß die Entwicklung über sie hinweggehen wird.

Sie brauchen also den Ausbau Ihrer landwirtschaftlichen Genossenschaften vor allem anderen auch deshalb, um die Existenz Ihrer Zukunft zu sichern, und wir meinen schon, daß Sie zu diesem Zwecke einen Teil Ihres Vermögens verwenden könnten. Sie haben sich im Kriege finanziell bereichert, aber Sie haben moralisch vollständig Bankrott gemacht. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften werden es sein und müssen es sein, die Sie moralisch wieder heben und Sie auch finanziell für die Zukunft sichern. In diesem Bestreben wollen wir Ihnen behilflich sein, soweit es nur in unseren Kräften liegt. Bei allem, was Sie ehrlich zur Hebung der Produktion anstreben wollen, werden Sie unsere tatkräftigste Hilfe finden. Wenn Sie aber, meine Herren, immer behaupten, daß Sie nur im Interesse der Ernährung Ihre gegenwärtige Tätigkeit betreiben, so muß ich sagen, daß wir Ihnen das nicht glauben, denn was Sie bisher getrieben haben, das war nicht Ernährungs- und Produktionspolitik, sondern eine reine Preistreiber- und Aus-hungerungspolitik. (Lachen und Zwischenrufe.)

Ich bitte, meine Herren, regen Sie sich nicht auf, Sie haben ja selber wiederholt in den Blättern geschrieben, daß die größten Preistreiber unter den Bauern sind, und Sie können das in jeder Bauernzeitung lesen. Wir könnten Ihnen ja sehr viele Fälle vorführen, es ist aber überflüssig, denn Sie wissen das ja selbst am besten. Das betrifft doch immer nur diejenigen, die die Auswüchse unter den Landwirten sind, und Sie haben selbst hundertmal versprochen, daß Sie diese Auswüchse zu beseitigen bestrebt sind. Wenn Sie das trotzdem nicht tun und sie hier wieder verteidigen, so widerspricht sich das doch. Mit dieser Politik können wir uns selbstverständlich nicht befrieden und mit dieser Politik werden Sie auch in Zukunft für Ihren Stand selbst sehr wenig erreichen. Wir sind also dafür und wir wollen Ihnen helfen, Ihre landwirtschaftlichen Genossenschaften zu fördern, aber wir müssen Ihnen schon sagen, vor allem andern müssen Sie auch uns dabei leben lassen, denn eine nur einseitige Politik im einseitigen Interesse zu fördern, das wird uns nicht einfallen, und nur Ihrem Interesse zuliebe zugrunde zugehen, das werden wir uns reislich überlegen müssen. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Größbauer; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Größbauer: Hohes Haus! Es ist heute schon ziemlich viel über die Landwirtschaft gesprochen worden, jedoch sind noch viele Punkte nicht berührt worden, die die Landwirtschaft interessieren. Ich will ja nicht der heutigen Regierung alle jene Fehler in die Schuhe schieben, die gemacht worden sind; es sind schon viele Fehler vor dem Kriege gemacht worden, die viel dazu beige tragen haben, daß heute die Ernährung und auch die Landwirtschaft leiden.

In erster Linie möchte ich bemerken, daß man schon seinerzeit, wenn die Landwirtschaft ange regt hat, daß man Flus regulierungen vornehme, wo guter Boden weggetragen wurde, der heute wertvoll wäre, die Regierung gegenüber diesen Anregungen immer taub war. Wo es unmöglich war, daß der Bauer, der Landwirt selbst diese Regulierungen vor nimmt, war die Regierung, wenn er auch noch so oft petitioniert und gebeten hat, für solche Sachen immer taub; für andere Sachen hat sie Millionen hinausgeworfen, für solche Sachen aber nichts. Man ist zum Beispiel hergegangen und hat seinerzeit demjenigen eine Prämie zugestanden, der aus Grund Wald gemacht hat. Wäre es für die heutige Zeit nicht besser gewesen, wenn man hergegangen wäre und demjenigen etwas gegeben hätte, der aus Wald urbaren Boden gemacht und Lebensmittel erzeugt

hätte? Das Gegenteil aber ist erfolgt und die Regierung hat dazu ihre Hand gebeten.

Vor dem Krieg, als das Vieh billig war, hat man eine Viehversicherung gemacht, selbstverständlich hat diese Viehversicherung der Landwirt selbst bestreiten müssen.

Aber als die Zeiten gekommen sind, wo das Vieh teurer geworden ist und wo es sehr not gewesen wäre, daß man dem kleinen Landwirt, sagen wir dem Knechtler unter die Arme gegriffen hätte, daß er beim Vieh nicht zu einem zu hohen Schaden komme, da hat alles versagt. Man hat petitioniert, daß die Regierung für die Viehversicherung etwas hergebe. Aber alles war umsonst. Und doch war an dieser Viehversicherung gerade der kleine Landwirt, der eine oder zwei Kühe hat, am meisten interessiert, das heißt das Unglück, wenn ein Vieh umgestanden ist, war für ihn das größte, das ihn überhaupt treffen konnte, denn wenn ein Knechtler eine Kuh hat und sie geht ihm ein, so ist für ihn alles verloren. Man hat angestrebt, daß der Staat als solcher, der doch einen Nutzen davon hat, wenn die Viehzucht gedeihet, etwas hergeben soll; dazu war die Regierung nicht zu haben.

Droben in den Nordstaaten, in Schweden und Norwegen, gibt es Kunstdüngerfabriken. Diese Kunstdüngerfabriken werden aber nicht von Privaten betrieben, sondern vom Staat selbst und der Staat gibt den Bauern den Kunstdünger unentgeltlich. Es ist dort die Einführung, daß jedem Besitzer nach dem Ausmaß seines Besitzes ein gewisses Quantum Kunstdünger zugeschickt wird, und er muß es auf seinem Grunde verwenden. Dadurch hat der Staat den Nutzen, daß mehr produziert wird. Ganz anders ist die Sache bei uns. Bei uns ist der Kunstdünger ins Unerdliche gestiegen — ja man bekommt nicht einmal einen! Die Getreidepreise sind bei uns verhältnismäßig nicht gestiegen. Wenn man heute von Kunstdünger spricht — der Herr Vorredner hat sehr schön davon gesprochen, daß er notwendig ist — und wenn heute ein Kilogramm Kunstdünger fast so viel kostet wie das Getreide — wer ist heute noch imstande, Kunstdünger zu kaufen? Es ist das eine reine Unmöglichkeit und doch sieht der Staat nicht ein, daß es eine Notwendigkeit sei, daß er aus öffentlichen Mitteln etwas beitrage.

Wenn es den Nordstaaten möglich ist, das zu tun, wenn diese Staaten einsehen, daß es für das ganze Volk von Vorteil ist, daß mehr Produkte erzeugt werden, warum soll es bei uns nicht möglich sein? Just heute, wo es an Lebensmitteln so sehr gebricht, sollte man doch einsehen, daß es für uns die höchste Notwendigkeit wäre.

Der Herr Vorredner hat von der Preispolitik bei den landwirtschaftlichen Artikeln und von ihren wahnsmittigen Preisen gesprochen. Das ist

nicht richtig. Die Lebensmittel, die wir im Lande erzeugen, sind wirklich noch das billigste, was wir haben. Nehmen wir zum Beispiel die Milch. Bis jetzt haben wir auf dem Lande draufzen einen Milchpreis von 2 K gehabt. Seinerzeit, als wir für den Liter Milch 20 h bekamen, sind wir uns viel besser gestanden als jetzt mit den 2 K. Denn, wenn ich früher 15 Liter Milch verkauft habe, konnte ich mir mit dem eingenommenen Gelde ein Hemd kaufen. Wie viel Lebensmittel muß ich aber heute verkaufen, um mir ein Hemd kaufen zu können? Wenigstens 200 Liter Milch.

Was ist also mehr im Preise gestiegen, die Lebensmittel oder die anderen Produkte? Wenn ich früher 80 Liter Getreide verkauft, konnte ich mir dafür ein Paar Schuhe kaufen, heute muß ich dazu mindestens fünf Meterzentner Getreide verkaufen. Und wenn ich vor dem Kriege ein paar Ochsen verkauft habe, um im größeren Stile zu sprechen, so konnte ich mir dafür 80 Paar Schuhe kaufen, bei den heutigen Preisen aber kaum mehr 20. Um wieviel mehr also sind die Preise der anderen Artikel gestiegen als die Lebensmittelpreise! Die Lebensmittel, die wir im Lande erzeugen, sind noch immer das billigste.

Darum darf man nicht sagen, daß etwa der Bauer der Preistreiber sei. Er hat nie den Preis getrieben, er kann ihn gar nicht treiben. (Ruf: Von was hat der Bauer dann seine ganzen Schulden gezahlt und das Geld in den Sparkassen angehäuft?) Er hat es tun müssen, weil ihm der Staat das abgenommen hat, er hat seine Wirtschaft schädigen und das Geld nehmen müssen. Hätte er es vielleicht wegwerfen sollen? (Ruf: Er hat es also verdient!) Verdient hat er es, aber schauen wir uns heute die Landwirtschaften an! Der Herr Vorredner hat bestritten, daß die Wirtschaften heute schlechter beisammen seien. Es sind nicht nur die Gebäude schlechter geworden, sondern auch der Grund und Boden. Das muß jeder einsehen; wenn man in den Grund nichts hineingibt, kommt nichts heraus und es war uns unmöglich, etwas hineinzutun, weil uns das Vieh, das wir gebraucht hätten, abgenommen worden ist. Wir hatten infolgedessen keinen Stalldünger mehr und noch viel weniger hatten wir Kunstdünger. Es ist also nicht richtig, wenn man sagt, daß der Bauer eine Preispolitik gemacht hat.

Man spricht von Phantasiepreisen. Zugegeben, es sind heute Phantasiepreise in manchen Gegenständen, auch in landwirtschaftlichen Produkten, zum Beispiel bei Pferden. Aber glauben die Herren, daß das für uns ein Glück, daß es für die Landwirtschaft ein Vorteil ist? Im Gegenteil, es ist ein Nachteil. Wenn zum Beispiel heute ein Besitzer das Unglück hat, daß ihm ein Pferd kaput geht, so wird so mancher Besitzer nicht imstande sein, ein anderes zu kaufen und wird infolgedessen seinen Boden nicht mehr bearbeiten können. Es ist aber nicht

unsere Schulden durchaus nicht, wir haben die Preise nicht erhöht, sondern erhöht hat sie der Handel. (*Abgeordneter Schneidmaßl: Der freie Handel!*) Zugegeben, der freie Handel. Aber es ist Tatsache, hätte die Regierung eingegriffen und den freien Handel nicht so hoch hinaufgehen lassen, so wäre das für uns besser gewesen; ganz das gleiche ist in vieler Hinsicht mit anderen Sachen. Wenn das die Regierung nicht regelt, dann wird es für uns eine Unmöglichkeit sein, weiter zu wirtschaften. Sehen wir uns die Löhne an, die heute bei uns gefordert werden! Wir müssen heute den Dienstboten die Kleider und einen entsprechenden Lohn geben. Wenn wir es nicht beim Produkt hereinbringen, wo sollen wir es denn hereinbringen? Es ist eine glatte Unmöglichkeit, daß der Landwirt sonst existiert. Wenn der Preis des Produktes nicht mit den Ausgaben des Landwirtes in Einklang gebracht wird, muß er zugrunde gehen. Darum ersuchen wir die Regierung, daß sie in Hinsicht der Landwirtschaft sozusagen wieder auf die Beine hilft. Der Landwirt ist gewiß der Letzte, der nicht arbeiten will. Gerade der Landwirt ist derjenige, der die Arbeit nicht geändert hat. Er arbeitet heute noch so viel Stunden wie früher. Warum soll er heute für sein Produkt nicht mehr bekommen, wenn jeder für seine Arbeit mehr verlangt? Wir hoffen daher, daß die Regierung das einfiebt. Dafür wollen wir auch die Konsumenten berücksichtigen. Wir wollen nicht mehr hinauf mit den Preisen, uns ist es lieber, wenn das Alte wieder kommt in allen Artikeln, wenn eine Preissenkung kommt. Uns ist es früher besser gegangen als heute. (Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer (welcher während der vorstehenden Rede den Vorsitz übernommen hat): Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Traxler.

Abgeordneter Traxler: Hohes Haus! Wenn ich auf die letzten fünfzig Jahre zurückblicke, so standen wir im Zeichen des Industrialismus. Es war schaudernd anzusehen, wie eine Fabrik um die andere entstand. Ja, es ging schon so weit, daß die Industrie bis zum Übermaß, zur Überproduktion auswuchs. Man wurde förmlich mit Fabrikware überschüttet und ein Agent gab dem anderen die Tür in die Hand. Es war sehr gut, daß sich die Welt in vielen Punkten erschloß. Betrachten wir zum Beispiel die Elektrizität. Wieviel Nutzen hat sie den Menschen gebracht, was wurde durch sie Großes geleistet! Betrachten wir das Licht, das durch die Elektrizität erzeugt wird und das wir gerade jetzt, wo uns alle sonstigen Leuchtmittel fehlen, so benötigen. Schauen wir uns die Maschinen in den Fabriken an, welche zur Beförderung der Menschheit dienen. Großartiges wurde geleistet.

Die Landwirtschaft aber, das Rückgrat der Volkswirtschaft, der Jungbrunnen der Volksgesundheit und der Kultur, wurde mißachtet und einem gewissen Verfall anheimgegeben. Der Bauer war meistens den Händlern preisgegeben und die Folge davon war der Niedergang des Bauerntums. Große Provinzen sind zu Jagd- und Waldgründen umgewandelt worden und die bürgerliche Besitzfläche und mit ihr die Viehhaltung sind zurückgegangen, um dem Jagdsport reicher vornehmer Leute Raum zu geben. Und so wurden seit Jahren alljährlich viele Bauernhöfe versteigert und viele Menschen zur Auswanderung gezwungen. Nicht allein der Bauer ging so allmählich zugrunde, auch der Gewerbestand war sehr stark im Rückgang begriffen. Wie blühte doch in früheren Jahren das Kleingewerbe, welche Wohlhabenheit gab es doch in bürgerlichen Kreisen; seit längerer Zeit aber ging eine Familie nach der anderen zugrunde. Nun kam der Weltkrieg, der sich in einem heftigen Rüschlag geäußert hat. Alles war mit Stahl und Eisen bewaffnet. Es hieß: der Feind muß niedergemacht werden und es hatte den Anschein, als ob wir Sieger bleiben würden. Aber nach langer Zeit kam endlich doch die Not zum Durchbruch, es war nichts mehr zum Essen da und Österreich samt Deutschland mußte sich ergeben. Der Industrie hat man immer geholfen, man hat sie immer gehoben, den Bauer aber hat man in seiner Not sitzen gelassen. Jetzt erst kam man darauf, wie falsch das gewesen. Ich kann versichern, daß während der Kriegszeit kein Mensch daran gedacht hat, wie wir uns eigentlich in dem Kriege ernähren werden. Erst als es zu spät war, dachte man daran, dem Bauer doch etwas zu helfen; das heißt, man will die gelegten Bauerngüter wieder besiedeln. Ich verweise auf das Wiederbesiedlungsgesetz; aber wie mir scheint, ist dieses Gesetz nur auf dem Papier, in Wirklichkeit wird es kaum durchgeführt werden.

Nach den Erfahrungen des großen Weltkrieges tut Umlernen not. Die Parole muß heißen: Zurück zum Bauerntum! Es muß alles aufgeboten werden, um dem Bauer wirtschaftlich zu helfen. Es muß alles aufgeboten werden, damit die Dienstboten der Landwirtschaft erhalten bleiben und nicht wieder eine völlige Auswanderung unserer Arbeitskräfte in die Großstadt vor sich geht, auch aus rein wirtschaftlichen Gründen. Hat der Bauer Geld, hat s die ganze Welt. Und was nützt es (Zwischenrufe), wenn in den Großstädten manche reiche und vornehme Familien im Überfluß sitzen? Wenn das gemeine Volk hungert, ist die Nation nicht reich, sondern arm. (Zwischenrufe.) Ist aber das Volk gut genährt, so ist es wohlhabend. Die Weltgeschichte hat bis heute immer gezeigt: Wenn ein Übermaß von städtischen Konzentrationen unerträgliche Vermögensungleichheiten, politische Wirtschaft, Lasterfümpfe

erzeugte und die Völker an den Rand des Abgrundes brachte, dann entstand auf Neuland neues bürgerliches, bürgerliches Leben, neue Volkskraft, neue Volksgesundheit. Meine Herren! Wir stehen heute an dieser Schwelle. Helfen Sie darum soviel als möglich dem Bauernstand, helfen Sie soviel als möglich dem Gewerbestand, helfen Sie mit, daß die landwirtschaftliche Produktion gehoben wird, und ich versichere Ihnen, daß auf diese Weise auch dem ganzen Staate Österreich geholfen wird. (Beifall).

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Thanner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Thanner: Hohe Nationalversammlung! Da ich heute schon wieder zum Worte komme, so will ich mich gleich beschränken, da ich das letztemal damit, daß ich die Preise der landwirtschaftlichen Produktion mit der Wirtschaft in Zusammenhang gebracht habe, nicht gut gefahren bin. Ich bin doch immer der Ansicht, daß die Preise eigentlich die Hauptfache bilden, damit der Landwirt Anreiz zum Fleiß und Lust und Freude zu seiner Arbeit hat. In der Preisfrage ist es in manchen Beziehungen noch sehr weit gefehlt. Bei manchen Produkten sind die Bauern mit ihren Preisen noch lange nicht auf dem Standpunkt, auf den sie gehören. Ich will da kurz mit ein paar Beispielen beweisen, wie der Zusammenhang zwischen den Sachen, die der Bauer kaufen muß und die er braucht, und denjenigen, die er zu verkaufen hat, ist, und wie sich die Preisregelung seit der Zeit vor dem Kriege und in der jetzigen Zeit gestaltet hat. Gerade jetzt ist die Zeit, wo man die Sense am allernotwendigsten braucht, die zur Friedenszeit circa 70 Kreuzer gekostet hat und heute 120 K kostet. Ich vergleiche damit das Kilogramm Butter, das wir zu Friedenszeiten um 70 Kreuzer verkauft haben und wofür wir heute 22 K einnehmen. (Zwischenrufe.) Das nehmen wir bei uns in Steyr ein. Wenn Sie glauben, daß wir die Butter teurer verkaufen können, so müßten wir sie im Schleichwege verkaufen und das ist nicht der Fall. Die Butter, die wir aufbringen, müssen wir abliefern und zwar heute noch um 22 K. Daher glaube ich, ist es ungerecht, wenn man den Bauern vorwirft, daß sie mit ihren Preisen voraus sind. Man wird hauptsächlich trachten müssen, daß auch der Bauer seine Bedarfsartikel billiger einkaufen kann. Dann kann er mit seinen Preisen herabgehen.

Noch schlechter verhält es sich mit den Fleischpreisen. Es sind neuestens die Fleischpreise geordnet worden, und zwar von 8 K, die wir früher erhalten haben, auf 14 K. Es ist das wirklich eine ausgiebige Preiserhöhung und trotzdem muß ich auch

in dieser Richtung sagen, daß wir damit lange nicht zufrieden sind. Denn wenn man annimmt, daß in der Friedenszeit 100 Kilogramm Lebendgewicht 30 K gekostet haben und wir heute erst 16 K für ein Kilogramm einnehmen, und wenn man in Betracht zieht, daß sich der Kreuzer in Kronen verwechselt hat, so müssen wir heute für das Lebendgewicht auch mindestens 30 K einnehmen. Darum sind wir nach dem Maßstabe der Bedarfsartikel, die wir zu kaufen haben, noch lange nicht auf dem Standpunkt, wohin wir gehören.

Da haben sich bei uns im Ennstal einige 30 Bauern zusammengeschlossen und haben den Versuch gemacht, nach Linz zu fahren. Sie haben mich erfuhr, ich möchte mit nach Linz fahren und dort anstreben, daß wir mit unseren Fleischpreisen mit Niederösterreich gleichgestellt werden, was eine ganz gerechte Forderung ist. Ich habe mich wirklich zu diesem Dienst hergegeben; als Abgeordneter kann man ja doch nicht nein sagen, um so mehr, da ich der Ansicht bin, daß dies eine gerechte Forderung ist. Denn es kann kein vernünftiger Mensch einsehen, wieso wir in Oberösterreich dazu kommen, daß wir immer auf um die Hälfte niedrigere Preise gesetzt sind als die Niederösterreicher. Bei uns kostet die Viehzucht genau so viel Mühe und Arbeit wie in Niederösterreich und kein Mensch kann sich das Rätsel lösen, wie wir dazu kommen, daß wir gerade in Oberösterreich um die Hälfte niedrigere Preise haben. Bei der Landesregierung hat uns der Landeshauptmann-Stellvertreter Langoth wirklich auch zugestimmt und eingesehen, daß diese Forderung eine ganz gerechte ist. Nun glaubte ich, jetzt haben wir schon halbwegs gewonnen, denn nachdem an der Spitze des Ernährungsamtes in Oberösterreich der Landeshauptmann-Stellvertreter Gruber steht, glaubten wir, daß wir bei diesem mit unserer Forderung leicht durchdringen werden, denn der Landeshauptmann-Stellvertreter Gruber ist doch ein ausgesprochener Freund der Arbeiter, der es mit Freunden begrüßen sollte, wenn die Arbeiter in Niederösterreich auch billiges Fleisch bekommen. Es war uns nicht darum zu tun, daß die Preise in Oberösterreich erhöht werden, aber wir wollten nicht, obwohl der Reid ein gräßliches Laster ist, daß die Niederösterreicher immer so bevorzugt werden. Es war uns darum zu tun, daß die Produkte auch in Niederösterreich nicht teurer als in Oberösterreich abgegeben werden dürfen und ich glaubte, der Sozialdemokrat Gruber müßte es doch mit Freunden begrüßen, daß wir mit einem solchen Ansinnen kommen, wodurch die Arbeiterschaft in Wien ein billigeres Fleisch und billigere Produkte erhält. Leider war dies nicht der Fall. Die Geschichte ist ganz anders ausgefallen. Herr Gruber war damit gar nicht einverstanden, daß die Arbeiter billigeres Fleisch bekommen sollen,

(Zwischenrufe), sondern er hat dem ganz zugestimmt, daß die Preise in Niederösterreich höher sein müssen und hat dafür verschiedene ganz unbegreifliche Gründe, unter anderen die westungarische Grenze, angeführt, was wir uns gar nicht enträtseln konnten. (Heiterkeit.) Er ist also dabeigeblieben und hat gemeint, die Wiener würden sich das Fleisch so auch im Schleichhandel kaufen und man kann daher den Niederösterreichern ohne weiters höhere Preise zumuten als den Oberösterreichern. Damit konnten wir uns nicht zufrieden geben und als wir auf der Heimfahrt die Sache näher besprochen haben, haben wir uns gesagt, da muß ein ganz anderer Grund dahinterstecken, daß die Niederösterreicher um so viel mehr einnehmen dürfen und doch keine Gewalttätigkeiten deswegen zu fürchten haben, denn es heißt, wir in Oberösterreich dürfen das nicht tun, sonst machen uns die Sozialdemokraten ein Mordspektakel. (Heiterkeit.) Wir müssen uns ruhig verhalten, wir müssen uns schön die Haut abziehen lassen, um den Frieden zu erhalten. Wir sind aber damit durchaus nicht einverstanden, wenn der Friede nur mit der Haut der Oberösterreicher erhalten werden kann und können es nicht begreifen, warum man in Niederösterreich keinen Spektakel macht und nicht hinauszieht zu den Bauern, die die Produkte um so viel teurer verkaufen.

Wir haben in unserer Mitte den Herrn Staatssekretär für Forst- und Landwirtschaft, der in erster Linie berufen ist, einzugreifen, wenn der Friede gefährdet ist. Es soll der Friede in Oberösterreich auch so teuer zu kaufen sein, wie in Niederösterreich. (Ruf: Ist der auch im Schleichhandel zu haben? — Heiterkeit.) Ich glaube, es besteht da ein ganz anderer Grund. Ich glaube, der Grund liegt darin, daß der Herr Staatssekretär in Niederösterreich seine Wähler hat, und da muß er ja ein bisschen mehr Rücksicht auf seine Leute nehmen, damit diese mehr einnehmen. (Heiterkeit.) Und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Gruber scheint mir der ganz geeignete Mann, der den Ministeressel des Herrn Staatssekretärs zu stützen hat, wenn er vielleicht künftig ins Wackeln kommen sollte. (Heiterkeit.) — Abgeordneter Forstner: Jetzt ists heraus! — Jeder schaut, daß er seine Stellung erhält. Den Sozialdemokraten Gruber macht das nichts, wenn seine Sozialdemokraten in Wien das Fleisch nicht mehr kaufen können, aber der Herr Staatssekretär sollte doch so, wie ein Bürgermeister der Bürgermeister der ganzen Gemeinde sein muß, seine Fürsorge auf das ganze Reich erstrecken und nicht bloß auf Niederösterreich. Wir würden ihm alle sehr dankbar dafür sein und es tut uns wirklich recht leid, daß uns nicht dieselbe Fürsorge zuteil wird, wie seinen Landeskindern. Ich möchte also recht sehr bitten, daß er seine Sorge in nächster Zeit auch auf uns Oberösterreicher ausdehnt.

Ich habe mich hinreißen lassen, auch ein Wort über den Herrn Staatssekretär zu sagen. Damit ist das Meiste überstanden. (Heiterkeit.) Ich habe von dem Herrn Staatssekretär seinerzeit eine so wunderschöne Rede hier in diesem Hause gehört, daß ich wirklich ganz ergriffen war. (Abgeordneter Forstner: Ich habe geweint! — Heiterkeit.) Meiner Seel! Mir sind die Tränen in den Augen gestanden und ich habe gedacht, es ist doch schön, einen solchen Menschenfreund, einen so guten Mann als Staatssekretär zu haben. Meiner Seel! Ich wünsche ihm, daß er recht lang lebt und wenn er doch einmal sterben sollte, sollte er gleich selig- und heiliggesprochen werden. (Lebhafte Heiterkeit.) Sie werden sich noch erinnern, wie er in bezug auf das Wiederbesiedlungsgesetz gesagt hat, er sei nicht damit zufrieden, daß den Heimkehrern oder Invaliden, die mit einer hölzernen Hand oder einem hölzernen Fuß ohnedies schwer leben können, Gründe zugeteilt werden, daß man sie zu Besitzern macht; er will auch haben, daß man ihnen Häuser baut, so daß sie sich nur eine Braut auszuwählen brauchen (Heiterkeit), um ihre Wirtschaft dort anzufangen. Das hat mich wirklich sehr ergriffen, und zwar aus dem Grunde, weil der Mensch eine gewisse Schwäche hat und die Selbstsucht bei mir da etwas mitgespielt hat, da ich auch einen Sohn mit einer durchschossenen Lunge habe und es eben nicht so weit bringen konnte, daß ich ihm unter den heutigen Verhältnissen zu einer Existenz verhelfen kann, weil dies fast nicht möglich ist. Ich war daher sehr erfreut und habe schon im Geiste gesehen, wie er auch irgendwo so 20 Joch Grund mit einem schönen Haus geschenkt bekommt. Das übrige, dachte ich mir, würde er schon selbst besorgen, daß er nämlich zu einer Braut kommt. Und da fühlte ich mich schon ganz glücklich in diesem Gedanken. Wie es aber schon allemal geht: wenn man den ganzen Tag in diesem Weisheits- hause zuhört, kommt einem am Abend alles durcheinander. Wenn ich nach Hause komme, denke ich immer wieder darüber nach, was man da gehört hat. Alles kann ich überhaupt nicht hören, weil ich etwas schwerhörig bin, aber immerhin höre ich da noch viel zu viel. (Lebhafte Heiterkeit.) Und da habe ich beim Nachhausefahren darüber nachgedacht, was ich gehört habe, und habe in der Tramway studiert, wie die Geschichte werden wird, wenn die Heimkehrer zu schönen Gründen kommen. Aber da fällt mir ein: Sakra! Da braucht er noch allerhand, ein Häusl, eine Schaufel, einen Rechen, einen Pflug, eine Egge und das ist noch weiter gegangen, und ich denke mir: Sakra! da ist noch nicht alles beinander, da hat er keinen Wagen; er muß noch ein Paar Ochsen haben und einige Kühe. Es ist ihm noch nicht damit geholfen, wenn er ein Haus und einen Grund zu schenken bekommt, da ist er

noch immer ein armer Kerl. Da ist mir die ganze Freude in den Brunnen gefallen — ich habe mir gesagt: Da ist es mit der ganzen Geschichte nichts, und ich bin zu der Ansicht gekommen, daß das ganze Wiederbesiedlungsgesetz eigentlich eine große Für Narren-Halterei ist. Ich sehe in das ganze Wiederbesiedlungsgesetz gar nicht viel Hoffnung. Ich muß da schon sagen: Ich mache nicht meine Kollegien dafür verantwortlich; das ist nur meine private Ansicht, die ich vertrete. (Heiterkeit.) Es gibt da Leute, die sehr viel von dem Wiederbesiedlungsgesetz halten und die sich sehr den Kopf darüber zerbrechen, was wir gar nicht einfällt, weil ich von vornherein weiß, daß das Wiederbesiedlungsgesetz sein Lebtag nicht durchgeführt werden wird, daß sein Lebtag nicht wiederbesiedelt werden wird, denn es ist ja gar nicht denkbar, daß ein Edelsitz eines großen Herrn, der sich früher Fürst oder Graf genannt hat, oder gar ein Besitz, der früher einem Kloster gehört hat, aufgeteilt wird, damit man dem kleinen Mann zu Hilfe kommt. Damit ist es niemandem Ernst. Eine solche Absicht ist durchaus nicht vorhanden, daß man dem Armen zu Hilfe kommen will. Im Gegenteil, es wird immer auf die Großen angelegt; es werden Konsumvereine gegründet, es werden Bauerngenossenschaften gegründet, über die ich auch einer anderen Ansicht bin. Ich bin auch nicht für das Genossenschaftswesen, weil es hier genau so geht, wie bei den Braukartellen, die die kleinen Brauereien umgebracht haben. Und weil ich nicht zu den Großen gehöre, so kann ich mich in manches nicht hineinfinden, was nur auf Große angelegt ist. Ich glaube, es ist für die Kleinen heute noch viel gefährlicher als für die Großen.

Ich habe dann noch eine schöne Rede gehört, und zwar vom Herrn Staatssekretär; insbesondere seine Reden interessieren mich am allermeisten. Sie dünnen mir das nicht übernehmen. (Heiterkeit.) Es war damals, als es sich um das Meliorationsgesetz gehandelt hat, dieses wunderbar schöne Gesetz, wo sich 18 Redner zum Wort gemeldet haben, was ja auch wirklich der Mühe wert ist. Ich glaube, das ist ja ein Ausdruck, der nach meiner Auffassung Schleichgraben bedeuten soll. Nach meiner Ansicht hat der Herr Staatssekretär uns mit einer Hoffnung ausgerüstet, er hat nämlich gesagt, er will einen Teil der Vermögensabgabe — ich weiß nicht ganz genau, welchen Prozentsatz — dazu verwenden, daß er uns mit technischen Beamten und Ingenieuren ausrustet, die uns die Wege anzeigen sollen, wie wir das Wasser zu leiten haben, damit wir es nicht etwa auf den Berg leiten. (Heiterkeit.) Ja, dazu braucht man technische Beamte. Ich habe die Leute gesehen, wie praktisch sie zu verwenden sind. Wir haben uns das elektrische Licht einleiten wollen und da wurde zu dem Ausheben

des Wassergrabens ein eigener Ingenieur beigestellt. Der hat sich die Linie eingezeichnet, dann haben wir Löcher gegraben, dann ist er in eine gewisse Entfernung gegangen und hat geschaut, es ist aber nach der Schnur nicht ausgegangen und da haben wir nachmittags die Löcher wieder zugeschafft. (Heiterkeit.) Das ist die technische Arbeit. Das kann man wohl mit einem einfachen Bauernknecht auch richten, dazu brauche ich keine Ingenieure und studierte Leute. Mit dieser Klique bin ich also nicht ganz zufrieden. Ich glaube, es gibt ganz andere Dinge, wo man den Bauern zu Hilfe kommen könnte; mit technischen Beamten und diesen Leuten wird ihm nicht viel geholfen sein. Wir brauchten lieber Arbeitsleute, aber mit den Städtern, mit der Bureaucratie, die auf das Land, unter die Bauern hinausgetragen werden soll, sind wir nicht einverstanden.

Weil ich schon von den Preisen rede und jetzt die Zeit ist, wo bald wieder das Getreide blüht und man schon halbwegs einen Maßstab anlegen kann, was für eine Ernte wir bekommen werden, so will ich noch folgendes sagen: Es kommt jetzt die Zeit, wo wieder Preise gemacht werden. Der Bauer kann aber die Preise nicht selbst machen, da braucht er andere Leute dazu. Es ist da nicht so wie bei einem Sensenschmied oder einem anderen Menschen, der sagt: So viel kostet mich die Kohle, so viel das Eisen, so viel die Arbeit und zum Schluß kommt so viel heraus und das kostet die Sense. Das gibt es beim Bauer nicht. Da sind zum Preismachen ganz andere Leute da. Die machen uns die Preise. Der Bauer ist der einzige, den man knebelt und knechtet, der darf nicht seine Rechnung so machen: Meine Pferde müssen den ganzen Tag arbeiten, bevor das Korn angebaut wird, so ein Fuhrwerk kostet heute so viel. Wenn der Bauer so rechnen würde, ginge es überhaupt nicht, da müßte die Menschheit verhungern, das ginge ja ins unendliche. Aber der Bauer ist ein gutherziger Mensch (Heiterkeit), und er stellt auch seine Rechnung nicht so auf. Wenn er das wirklich in die Rechnung einsetzen würde, was ihm gebührt, so wäre es um die Menschheit wohl sehr traurig bestellt. Aber der Bauer ist ein gutmütiger Mensch. Ich erinnere mich da an die Stelle, wo der Herr Staatskanzler, obwohl er nicht viel hat nachweisen können, was in unserer neuen Republik Gutes geschaffen wurde, zum Schlusse gesagt hat: Es ist etwas Wunderbares, daß wir es erreicht haben, den Frieden zu bewahren. Da möchte ich schon dieses Verdienst der Bauernschaft zuschreiben. Daß es in Österreich heute ruhig zugeht, dieses Verdienst kommt uns Bauern zu, weil wir wirklich so viel opfern und alles geduldig leiden und uns niemals über alle diese Mißhandlungen und Bestrafungen aufhalten, die ganz unmenschlich und ungerecht sind. Ich muß

auch die Christlichsozialen hier etwas verurteilen. Ich habe einmal eine Rede darüber gehalten, daß man auch die Bauern schützen sollte. Wenn man schon alle Gauner vor Strafe bewahren will (*Lebhafte Heiterkeit*), soll man auch einen Bauern, der, weil er Birnen zu teuer verkauft hat, mit ein paar hundert Gulden bestraft wurde, in Schutz nehmen und soll auch die Bauern in das Amnestiegesetz einbezogen. Da ist leider ein christlicher Mann aufgetreten und hat gesagt, das darf nicht sein, die jugendlichen Verbrecher und diejenigen, die weniger als fünf Jahre bekommen haben, müssen befreit werden, aber die Bauern müssen, wenn sie Birnen um zwei Kronen zu teuer verkauft haben, schon bestraft werden, sie dürfen nicht einbezogen werden und er hat sogar behauptet, daß er als christlicher Mann für die Bauernschaft eintritt und ich hätte unchristlich gesprochen. Dieses Christentum ist also auch auf christlichsozialer Seite etwas fraglich. (*Lebhafte Heiterkeit und Sehr richtig!*) Man soll gerecht sein, wenn man den christlichsozialen Standpunkt vertritt, aber nicht Gesetze machen, bei denen der Bauer immer mit einem Fuße vor der Strafe steht. Die ganzen Gesetze sind immer dazu bestimmt, daß der Bauer bestraft werden kann, denn sonst hält sich ja kein Mensch mehr an ein Gesetz.

Ich muß noch eine Äußerung tun (*Bravo!*), ich weiß schon, daß sie vielleicht nicht allseitigen Anklang finden wird. (*Lebhafte Heiterkeit*.) Mir ist es aber schon angeboren, die Wahrheit zu reden; bei mir gibt es nur entweder schweigen oder die Wahrheit reden. Ich kann meiner Zunge nicht Herr werden. (*Lebhafte Heiterkeit*.) Ich sage mir oft, bei dem Geiste dieses Hauses wäre es besser, wenn man sich ein wenig von der Wahrheit entfernen würde, aber wenn ich etwas leichter lernen könnte, hätte ich so viele Beispiele, wie die Leute so zwischen der Wahrheit immer durchschlüpfen. Ich kann das nicht, ich gehe meinen geraden Weg; wenn ich dabei auch manchmal an einen Stock stoße, so kann mich das gar nicht davon bessern.

Dann habe ich eine Idee (*Hört! Hört!*), und da muß ich auch auf unseren Landeshauptmann Hauser zu sprechen kommen. Es war im vorigen Jahre bei der Getreidepreisbildung, da habe ich in Erfahrung gebracht, daß dabei in erster Linie die Landesregierung die Oberherrschaft hat, wie ich mich ausdrücken möchte, dann die verschiedenen Genossenschaften, die Lagerhausgenossenschaften, schließlich auch manche Großgrundbesitzer mit sehr komischen Namen. Alle diese haben den ganzen Einfluß bei der Getreidepreisbildung gehabt, und da hat sich ergeben, daß die verschiedenen Landesregierungen von Salzburg, Tirol und Steiermark den Vorschlag gemacht haben, einen Getreidepreis von rund 200 K zu bestimmen; die einen machten einen etwas niedrigen die anderen einen

etwas höheren Vorschlag. Alle diese Länder, die Getreide einführen müssen, die nichts zu verkaufen haben, haben also den Vorschlag auf 200 K gemacht, nur unsere oberösterreichische Landesregierung, die es, wie mir scheint, mit den Bauern nicht besonders gut meint, hat einen Preis von 80 K vorgeschlagen. Das hat unsere Bewohnerschaft sehr übel aufgenommen. Ich bin nicht einer, der über unseren Landeshauptmann schimpfen möchte, durchaus nicht, sondern ich muß aufrichtig sagen, daß wir alle mit großer Hoffnung zu ihm emporblicken (*Bravo!*), aber ich will die Mahnung an ihn richten, daß er doch im heurigen Jahre gerechter vorgeht, denn es ist großartig, wenn man sich vorstellt, daß nicht einmal der Dr. Löwenfeld-Ruß darauf eingegangen ist, sondern 130 K beantragt hat. Meine Herren! Wenn wir schon so weit stehen, daß der Dr. Löwenfeld-Ruß mehr Gerechtigkeitsfinn hat, als der Landeshauptmann Hauser (*Lebhafte Heiterkeit*), dann steht es wirklich sehr traurig um uns und dann muß ich wohl bitten, daß unser Herr Landeshauptmann, der gewiß den größten Einfluß in der Landesregierung hat, im heurigen Jahre etwas gerechter mit uns umgehe, damit wir wieder zu dem alten Vertrauen kommen, das wir bisher zu ihm besessen haben.

Ich möchte noch ein Wort an den Herrn Staatssekretär richten. Ich weiß wohl, daß ich als ganz junger Politiker durchaus nicht berufen bin, den Herrn Staatssekretär zu belehren, aber ich kann es mir doch nicht nehmen lassen, ihn zu bitten, er möge doch, wenn er wieder einmal eine Rede hält, der Sache einen etwas ernsteren Anstrich geben, damit man es nicht mit Händen greift, wie man zum Narren gehalten wird. Ich will ja nicht sagen, daß es in diesem Hause nicht öfter vorkommt daß die Leute gespöttet werden, aber das soll doch in einer Weise geschehen, die nicht so handgreiflich ist. Es ist ein großes Malheur, daß es sich in diesem hohen Hause, von dem man so viel erwartet, zum Schlüsse herausstellt, daß hier eigentlich Theater gespielt wird. (*Heiterkeit*.) Ich hoffe, daß die Lage sich unter der neuen Staatsverfassung bessern wird und die Dinge etwas ernster genommen werden, damit das Volk wieder Vertrauen zu der Wirtschaft und der Gesetzgebung fassen kann. Ich muß aufrichtig sagen, daß mir meine Wähler neulich gesagt haben: Ihr kommt uns im Abgeordnetenhaus gerade so vor, wie ein wunderschönes Spenglergeschäft mit großen Fenstern und schönen Auslagen, wo glitzernde Waren zu sehen sind, wenn man aber hineinkommt und etwas kaufen will, findet man lauter verrostetes Geschirr. Es ist wirklich stark, was diese Steyrerbauern sich alles zu sagen erlauben, und ich verbitte es mir ja, daß sie mir solche Dinge sagen, aber um so mehr muß ich hier an kompetenter Stelle dafür eintreten, daß künftig in diesem Hause

der Ernst mehr gewahrt bleibt, damit man wieder mehr Respekt davor haben kann. (*Bravo! Bravo!*)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Stika.

Abgeordneter Stika: Hohes Haus! Als eines der traurigsten Kapitel in unserem ganzen öffentlichen Leben dürfte das Ernährungswesen die allergrößte Rolle spielen. Ich gestatte mir deshalb, aufmerksam zu machen, daß gerade unser Ernährungsamt sich dadurch einen Vertruf verschafft hat, daß es am deutlichsten von allen Staatsämtern nach außen hin illustriert, welches Bettlervolk wir infolge des Friedens von St. Germain geworden sind. Wir anerkennen durchaus die Tätigkeit des Staatsamtes für Volksernährung in bezug auf seine aufreibende Arbeit, vom Auslande Lebensmittel nach Österreich hereinzuschaffen, wir müssen aber konstatieren, daß gerade die Tätigkeit des Ernährungsamtes auf dem Gebiete des inneren Ernährungsdienstes in geradezu kolossalem Widerspruch steht mit dem Kräfteaufwand nach außen. Ich zweifle nicht daran, daß das sechsjährige Elend, das wir mitgemacht haben, die Widerstände innerhalb unseres Staates in großem Ausmaße aufgestachelt hat. Ich zweifle nicht daran, daß die Kluft zwischen den Hungernden und Satten sich ungeheuer erweiterte und dadurch die Schwierigkeiten des Ernährungsamtes noch vergrößert. Aber ich verkenne auch durchaus nicht, daß infolge dieser Schwierigkeiten eine sich immer mehr und mehr ausdehnende Unzufriedenheit gerade jener Platz greift, die nicht zu den Glücklichen zählen, welche selbst Lebensmittel produzieren, sondern gezwungen sind, mit dem vorliebzunehmen, was der Staat, respektive die Ernährungsorganisationen ihnen zuweist, die mit dem zufrieden sein müssen, was sie täglich und ständig zugeschnitten bekommen.

Wenn ich nun in Betracht ziehe, daß wir von sechs Millionen Einwohnern insgesamt circa fünf Millionen haben, die auf diese kleinen Quantitäten Lebensmittel angewiesen sind, und nur eine Million haben, die imstande sind, sich selbst zu ernähren, sich mehr zugute kommen zu lassen, die nach außen hin selbstverständlich gerade bei jenen, die die rayonierten Lebensmittel beziehen müssen, immer als jene erscheinen, die, trotzdem daß sie für den Staat nicht mehr Arbeit leisten, immerhin gesegneter sind mit Lebensmitteln, so begreift man schon, daß sich die Gegensätze von Tag zu Tag vermehren, und man begreift, daß das Elend der Arbeiterschaft, die das Großteil jener darstellt, die auf die rayonierten Lebensmittel angewiesen sind, daß das Elend dieser Arbeiterschaft zu Explosionen führt, die naturgemäß in diesem Hause schon auf das schärfste verurteilt worden sind, gerade von jenen Parteien, die, woran ich nicht zweifle, sehr wenig Einblick in das

Leben der Arbeiter besitzen. Aber verzeihen Sie: wenn gerade jene Kreise sich vermeissen, darüber zu sprechen, inwieweit gewisse Explosionen innerhalb der arbeitenden Bevölkerung berechtigt sind und inwieweit sie die Grenzen des Möglichen oder unmöglichen überschreiten, so zweifle ich daran, daß sie die Berechtigung haben, weil sie ganz bestimmt keine Kenntnis besitzen von den Elendsverhältnissen, in denen sich fast der größte Teil der Nichtelbstverfänger befindet. Ich würde jedem einzelnen empfehlen, in die Werkstätten, in die Betriebe, in die Schulen jener arbeitenden Bevölkerung zu gehen und selbst mit eigenen Augen anzusehen, wie die Verhältnisse liegen.

Wir finden, daß einzelne Kreise außerordentlich über die hohen Löhne der einzelnen Arbeiterkategorien schimpfen, daß sie vermeinen, daß mit diesen hohen Löhnen lange schon die ganzen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung gedeckt sind, daß sie vielleicht in besseren Verhältnissen leben als jene, die ihre ganze Tätigkeit im Kaffeehaus oder im Restaurant abwickeln. Ich würde jeden einzelnen bitten, nicht nur hier in Wien, wo angeblich die Verhältnisse so kraß sind, ich würde empfehlen, daß gerade jene Kreise mit mir einen Ausflug in die Provinzgegenden machen, in jene Industriegemeinden, wo nach meiner bescheidenen Ansicht der Unterschied zwischen denen, die zu leben genug haben, und jenen, die gezwungen sind, nur von ihrer Hände- oder Geistesarbeit zu leben, so groß ist. Ich würde ihnen empfehlen, mit mir eine Excursion in ihre Wohnstätten und Betriebe zu machen, um selbst Einblick zu gewinnen und selbst in das Seelenleben des einzelnen Arbeiters Einblick nehmen zu können. Betrachten wir uns diese Arbeiter in den einzelnen Betrieben. Sie werden finden, daß der Arbeiter trotz seines hohen Lohnes, wenn er zwei oder drei Familienmitglieder zu erhalten hat, nicht imstande ist, selbst die rayonierten Lebensmittel kaufen zu können. Ein Lohn von 600 bis 700 Kronen genügt bei weitem nicht, um zumindest das Mehl und Fleisch, eventuell das Fett, für seine Familienmitglieder zu verschaffen. Und gehen Sie in die Betriebe und sehen Sie sich die Arbeiter, die noch rüstig waren, speziell in der Schwerindustrie, an.

Betrachten wir uns die Gießer und alle anderen Arbeiter, die schwere manuelle Arbeit zu leisten haben. Sie finden nicht mehr jene Arbeiter, die imstande wären, jene große schwere Arbeit zu vollbringen, weil sie infolge dieses sechsjährigen Elends derartig unterernährt sind, daß sie nicht mehr imstande sind, jene Kraft aufzubringen, die notwendig wäre, um noch die Leistungen, die wir vor dem Kriege zu verzeichnen hatten, vollenden zu können. Betrachten Sie unsere Frauen in unseren Betrieben. Sie geben ein Zeugnis davon, wie tief wir körperlich gesunken sind. Betrachten Sie unsere

Kinder in den Schulen und Sie werden finden, daß sich unsere Schulen entvölkern, daß Gemeinden, die noch vor sechs bis sieben Jahren keinen Platz gehabt haben, um Kinder aufzunehmen zu können, die sich den Kopf zerbrechen mußten darüber, ob sie Neubauten oder Zubauten an den Schulen aufzuführen hätten, heute erklären, sie könnten ganz ruhig eine oder zwei Klassen zusperren, weil die Kinderanzahl gesunken ist; wir haben nicht mehr notwendig, uns mit dem Gedanken der Schulerweiterung zu beschäftigen.

Sie ersehen aus diesen Zuständen, in welcher trostlosen Situation die arbeitende Bevölkerung sich befindet. Wenn Sie diese Zustände an Ort und Stelle sehen, wenn Sie sehen, wie sich diese Massen kleiden und ernähren, wie manche Familien in den Kriegstümchen einen Schlängenfaß zu sich nehmen, bei dem jeden anständigen Menschen ein Schauer angeht, wenn er daran denkt, daß das zum Essen gehört, wenn Sie alles das mit ansehen, werden Sie begreifen, daß der Egregenzustand, der in der Arbeiterbevölkerung infolge dieser elenden Zustände, dieser niesen Ernährungssituation entstehen muß, manchmal zu Explosionen führt, die dann von gewissen Kreisen ausgeschrotet und als staatsgefährlich in die Welt hinausgeschrien werden. Und auf der anderen Seite sehen Sie, daß dieselbe bäuerliche Bevölkerung, von der so viel Lamento von diesem Platze aus geschlagen wurde, imstande ist, sich mit allem zu versorgen, daß sie die Vorchriften, die vom Staatsamt für Volksernährung und von anderen Körperschaften erlassen werden, zum allergrößten Teile sabotiert, daß ein großer Teil der Bauern, ich will nicht sagen alle, sich systematisch weigert, auch nur den geringsten Teil dessen abzuliefern, wozu er verpflichtet wäre. Da zerbrechen sich die Industriegemeinden den Kopf, irgendwo Lebensmittel aufzutreiben und das nötige herbeizuschaffen, aber dieselben Gemeindefunktionäre können in fast allen diesen Industriegemeinden alle Quantitäten Lebensmittel herbeischaffen, wenn sie nur bereit sind, den berüchtigten Bauernkreisen in der Umgebung jene Preise zu bezahlen, die sie fordern.

Wenn hier geagt wurde, daß die Preise so minimal sind, so muß ich dem entgegenhalten, daß ich Fleischpreise von 70 K und 80 K für das Kilogramm Lebendgewicht nicht gerade für minimal halten kann und daß ich Getreidepreise im Schleichhandel von 28 K und 30 K auch nicht zu den niedrigsten Preisen zählen kann, die etwa jedem die Möglichkeit geben, sich diese Produkte zu kaufen. Wir können draußen die Arbeiterschaft nicht mit Fleisch versorgen, weil die Fleischzuweisungen ganz minimale sind, aber wir sind imstande, jede Quantität Fleisch aufzutreiben, wenn wir nur den Preis bezahlen, den die berüchtigten Bauernverkäufer in den Gemeinden von uns verlangen. Wir können jedes

Quantum Schweinefleisch und Rindfleisch beschaffen, während der Staat und seine Institutionen nicht imstande sind, es anzufordern, wenn wir nur den Konsumenzen zumuten, es mit 150 K oder 160 K zu bezahlen. Glauben Sie nicht, werte Anwesende, daß diese Gegensätze, die Sie hier künstlich geschaffen haben, sich von Tag zu Tag verschärfen müssen und daß es letzten Endes zu derartigen Exzessen kommen muß, von denen Sie so viel Geschrei gemacht haben, wie wir sie in Neunkirchen oder in Wiener Neustadt erlebt haben?

Wenn ich aber den moralischen Zusammenbruch der Arbeiterklasse, von dem so viel in die Welt hinausgeschrien wird, mir näher betrachte und ihn mit der Haltung des Großteils der bäuerlichen Bevölkerung vergleiche, muß ich sagen, daß die arbeitende Bevölkerung moralisch und fittlich türmehoch über jenen Kreisen der landwirtschaftlichen Bevölkerung steht, die sich zu derartigen schäbigen Handlungen aus purer Gewinnsucht herbeilassen. Ich meine darum, daß die Sabotage der Bauernschaft und der Gemeinden von unserem staatlichen Ernährungsdienst mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Vor allen Dingen müssen wir verlangen, daß diese gefährlichen Elemente in unserer Volkswirtschaft rasch und gründlich beseitigt werden, wenn wir die Ruhe innerhalb unseres jungen Staatswesens erhalten wollen. Es geht auf die Dauer nicht an, den einen Kreis der Bevölkerung ruhig Wucher treiben zu lassen, auf der einen Seite beide Augen zuzudrücken, von der anderen Seite aber die Erfüllung der staatlichen Pflichten in hohem Maße zu verlangen. Die Arbeiterschaft hat bis zum heutigen Tage trotz des Elends, das sie täglich mitmachen muß, bewiesen, daß sie ihren staatlichen Pflichten vollauf Genüge geleistet hat. Die Arbeiterschaft hat, wo ihr Arbeitsgelegenheit gegeben war, rasch geschafft und gearbeitet und mit ihrer Hände Arbeit zum mindesten zum großen Teile dazu beigetragen, daß dieses armelige Staatswesen sich bis zum heutigen Tag noch erhalten hat. Auf der anderen Seite finden Sie, daß eine vollständige und systematische Lähmlegung unseres Staatswesens versucht wird, Sie finden, daß die andere Hälfte der Bevölkerung ihre Pflicht dem Staate gegenüber nicht erfüllt und versucht, alle Lasten auf die arbeitende Bevölkerung zu wälzen. Das, liebste Anwesende und hohes Haus, ist eine große Gefahr innerhalb unseres Ernährungsdienstes und es ist deshalb begreiflich, daß der Schrei nach Beseitigung dieses Parasitentums innerhalb der arbeitenden Bevölkerung immer mehr Raum gewinnt und daß sie unbedingt die Forderung stellen muß, daß zum mindesten gesetzliche Handhaben geboten werden, um derartige Auswüchse zu beseitigen.

Aber betrachten wir, wie der übermäßige Schleichhandel weiter wuchert und wie die behörd-

lichen Organe sich gegen ihn stellen. Zu mir kommen täglich und ständig Beschwerden, daß die einzelnen Gemeinden nicht in der Lage sind, Milch für ihre Kinder aufzutreiben. Wir haben draußen in der Provinz Gemeinden, die einen ziemlich hohen Viehstand besitzen. Trotz dieses Viehstandes sind aber die Gemeinden nicht in der Lage, den Kindern Milch zu geben. Wir haben Gemeinden, die den Kindern bis zu einem Jahr mit knapper Not ein achtel Liter Milch geben können, Kinder über ein Jahr können überhaupt keinen Anspruch erheben. Wir haben in diesen Gemeinden Bauern mit fünf, sechs und sieben Kühen, die aber nur einen Liter oder höchstens zwei Liter abgeben. Die Beschwerden dieser Gemeinden an die Bezirkshauptmannschaften werden zum großen Teil nicht berücksichtigt oder es kommt ein amtliches Organ, besucht den Stall des Bauern, nimmt ein langes Protokoll auf und geht wieder weg. Es ist mir bis heute noch kein einziger Fall bekannt geworden, daß irgendwie eine Bestrafung dieser Elemente vorgenommen wurde. Wir sehen, daß auf der einen Seite die Viehhändler nicht in der Lage sind, das nötige Vieh aufzutreiben, daß aber auf der anderen Seite die Bauern die Kuh des Nachts schlachten, sie bei Nacht wegführen und sie an die diversen Hotels und Restaurants, die ein besseres, zahlungsfähigeres Publikum haben, teuer verkaufen.

Wir finden also, daß schon die Möglichkeit vorhanden wäre, die nötigen Lebensmittel anzubringen, wenn von unseren Verwaltungsbehörden draußen in der Provinz etwas mehr Energie an den Tag gelegt würde. Aber wir müssen feststellen, daß der Schleichhandel zum großen Teil auch unsere Verwaltungsgänge korrumptiert. Wir finden, daß die Gemeinden gezwungen sind, den Schleichhandel als legalen Einkaufsweg zu betrachten. Diese Buchergeschäfte, die wir mitmachen, werden zur vollständigen Lähmung unseres Ernährungsdienstes führen. Es ist höchste Zeit, daß wir uns mit dieser Frage ernstlich beschäftigen und daß das Volksnährungsamt gerade auf diesem Gebiete scharf und energisch zapft.

Es wäre über diese Fragen und über die Ernährungsverhältnisse draußen in der Provinz viel zu reden. Ich glaube aber, daß es vor allem notwendig wäre, daß jene Körperschaften, die wir draußen haben, die Apparitionierungsausschüsse, die wir in den einzelnen Bezirkshauptmannschaften besitzen, mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden, daß sie die Möglichkeit besitzen, straffer und energischer jene Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um auch jene Schichten der Bevölkerung an ihre Pflichten zu gemahnen und sie zur Erfüllung derselben zu zwingen.

Solange das nicht der Fall ist, solange diese Möglichkeit nicht besteht, ist nicht zu hoffen, daß

sich die Verhältnisse in unserem Staate bessern, und solange ist auch nicht zu hoffen, daß Ruhe und Besonnenheit bei den Arbeitern wiederkehren. Die Ursachen der Unzufriedenheit sind zum großen Teil in unserer schlechten Ernährungslage gelegen. Wenn auch das Staatsamt für Volksnährung bis heute imstande war, in der Ausbringung von Lebensmitteln im Auslande eine große Tätigkeit zu entfalten, so zeigt das der konsumierenden Bevölkerung in Österreich nicht zur Genüge, daß seine Tätigkeit auch innerhalb unseres Staatswesens eine ausreichende ist, daß alle Bevölkerungsschichten dazu verhältniß, ihre Pflichten dem Staat gegenüber zu erfüllen. Ich möchte daher an das Volksnährungsamt sehr ernstlich die Bitte richten, auch den Maßnahmen im Inlande sein Augenmerk zu widmen und zu versuchen, die trostlosen, elenden Zustände, die auf dem Gebiete des Ernährungswesens herrschen, zu beseitigen. Dann wird es sich das Vertrauen der konsumierenden Bevölkerung eringen. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Grahamer.

Abgeordneter Grahamer: Hohe Nationalversammlung! Unter allen Katastrophen, unter denen unser junger Staat leidet, ist gewiß die Ernährungsfrage die ärgste. Wiederholt wurde hier die Ernährungsfrage erörtert. Wo liegt nun eigentlich die letzte Ursache dieser schweren Ernährungskrise? Selbstverständlich ist der Bauer schuld! Der Bauer produziert zu wenig, er ist überhaupt untätig, ja vor wenigen Wochen war Frau Abgeordnete freundlich so freimütig, uns Bolschewiken zu nennen. Ein Bolschewik, glaube ich, ist derjenige, der auf Kosten der anderen nicht arbeiten will. Diesen Vorwurf müssen wir Bauern entschieden zurückweisen; während fortwährend Gesetze geschaffen werden, die die Arbeitszeit möglichst verkürzen, ist die einzige Freiheit, die uns in diesem Staat geboten wird, die, daß der Bauer in der Arbeitszeit gar nicht beschränkt ist, daß er arbeiten kann, solange er will.

Ich habe mich da in der Nationalversammlung großartig getäuscht. Meine Ansicht war, wenn wir uns hier im Abgeordnetenhaus zusammenfinden, werden wir gemeinsam darüber beraten, wie wir über die Ernährungskrise hinwegkommen, und ich meinte, es werden da gewiß alle eines Sinnes sein, möglichst viel zu produzieren, in erster Linie die Landwirtschaft zu heben. Aber weit entfernt! Man hört von dieser Tribüne aus über die Landwirtschaft losziehen, aber von einer Hebung der Landwirtschaft ist in keiner Weise die Rede. Zum Gegen teil, man geht hinaus und verhebt noch unsere eigenen Dienstboten, daß sie sich organisieren, man hat hier in den Organisationen wahrscheinlich noch

zu wenig Krawalle. Man redet den Dienstboten ein, daß sie die größten Lohnerhöhungen erreichen, wenn sie zur richtigen Zeit, zur Erntezeit streiken. Dazu müssen sie organisiert werden. Gott sei Dank, kann man heute sagen, daß die Dienstboten vernünftiger sind, als die Agitatoren. Sie sehen ja selbst ganz gut, daß die Bauern ihre Dienstboten wirklich ordentlich halten; trotz der strengen Strafen, die auf die Überschreitung der Ernährungsvorschriften gesetzt waren, haben die Bauern während der ganzen Kriegszeit ebenso wie heute dafür gesorgt, daß ihre Dienstboten ordentlich ernährt werden. Zwischen den landwirtschaftlichen und den Industriearbeitern ist doch ein ungeheurer Unterschied. Und wenn darauf hingewiesen wird, daß auf Kosten der Arbeiter Millionäre entstanden sind, so trifft das beim Bauernstand in keiner Weise zu. Durch die Mitwirkung der Arbeiter ist — da kann man nach allen Weltteilen hinweisen — noch kein Bauer Millionär geworden. Ich kann aus Erfahrung sagen, daß jeder landwirtschaftliche Betrieb, bei welchem der Bauer nicht sein bester Arbeiter ist, wo der Bauer nicht mit dabei ist, sich nicht rentiert. Wenn der Bauer sich nicht wirtschaftlich umschaut, haust er ab.

Die Produktion ist soweit zurückgegangen, daß man vielleicht nicht einmal drei Monate ausreicht. Alles übrige muß eingeführt werden. Nur ist mir etwas ein Rätsel. Da habe ich neulich einen Ausweis der österreichischen Landwirtestelle gelesen. Ich glaube, die Landwirtestelle ist die berufene Stelle, deren Nachweis man Glauben schenken darf. Die Landwirtestelle hat nun in ihrer Broschüre festgestellt, daß der Gesamtbedarf in unserem Österreich jährlich 91.000 Waggons beträgt; zu diesen 91.000 Waggons kommen noch 11.000 Waggons Saatgetreide dazu, das sind 102.000 Waggons zusammen. Die Eigenproduktion ist 60.000 Waggons, folglich beträgt die notwendige Einführ 42.000 Waggons. Das ergibt nicht drei Monate, sondern sieben Monate für den eigenen Bedarf. Es ist wirklich merkwürdig, wohin das übrige kommt. Der Bauer wirft nichts weg; was er halbwegs erübrigen kann, kommt dem Konsumenten in jeder Weise zugute.

Es ist heute schon von dieser Stelle aus wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß die Bauern keinen Kunstdünger verwenden, ihre Produktion nicht heben, daß sie nichts riskieren wollen. Nun hat ebenfalls die Landwirtestelle über diese Frage etwas angeführt. Sie sagt zu einer Düngung für einen Hektar Acker wären 100 Kilogramm 40prozentiges Kalisalz zum Preise von 200 K notwendig. 20 Kilogramm Superphosphat oder Thomasmehl kosten nicht wie das Getreide 200 K, sondern 800 K (Berichterstatter Eisenhut: Viel mehr!), das sind 1000 K; 60 Kilogramm Stickstoffdünger, schwefelsaures Kali,

Chlorsalpeter, Kalistickstoff kosten 1500 K, somit kosten die Düngemittel 2550 K. Wenn angenommen wird, daß das Ergebnis bei uns pro Hektar zehn Meterzentner sind, so sind das 2000 K und 2500 K soll der Bauer im vorhinein hinausziehen.

In dieser Weise ist man bei jeder Gelegenheit geneigt, den Bauern und seine ganze Wirtschaft zu kritisieren. Warum kann man denn die Düngemittel nicht so kaufen? Und warum können sie denn nicht auf andere Weise beschafft werden? Da ist auch die Arbeiterschaft selbst mit ihrer verkürzten Arbeitszeit mit schuld. Es wird gesagt, daß die Gebirgsgegenden ungeheure Mengen Höhlendünger haben. Aber das wird nicht herausgeschafft. Man kann doch nicht verlangen, daß sich der Bauer selber seinen Dünger holt, wo er doch ohnedies massenhaft Arbeit hat. Daß die Düngproduktion zurückgegangen ist, ist auch natürlich; wenn man weniger Bier hat, wird man weniger düngen. Dann hat man jedes Jahr sehr viel Heu und Stroh abliefern müssen.

Wir verstehen überhaupt die Ernährungsverhältnisse in der Stadt nicht recht; aber es muß nicht gar so schlimm ausschauen, weil man die Einfuhr von verschiedenen Lebensmitteln direkt hintertreibt. Vor einigen Monaten hätte zum Beispiel eine Genossenschaft, ich glaube die Genossenschaft der Gastwirte, von Italien einen Waggon Reis solo Wien, ab Wage Wien à 12 K, bekommen sollen. (Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß: Wann war das?) Diese Genossenschaft hat den Bescheid bekommen, daß dieser Reis zu teuer ist. Am andern Tage darauf hat sie aber die Nachricht erhalten, sie könnte Reis von der Zentrale haben, ab Villach zu 25 K. Das war nicht zu teuer. (Zwischenrufe.) Ich bin darüber durch die Presse informiert. (Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß: Legen Sie mir das Material vor; aus der Presse kann man die Sache nicht entnehmen! Legen Sie mir das Material vor, damit ich es untersuchen kann!) Es heißt in dem betreffenden Blatte (liest):

„Wir erhalten soeben folgende auffallend erregende Mitteilung: Dem Gremium der Hoteliere wurde jugoslawisches Schweinefleisch um 28 K per Kilogramm franko Grenzstation angeboten; der Ankauf wurde uns wegen des zu teuren Preises vom Ernährungsamt abgelehnt, und hier beziehen wir das Schweinefleisch vom Ernährungsamt um 50 K. Wir hatten ein Reisangebot von 8 K per Kilogramm franko Bahnhof Wien, Übernahmengewicht Bahnhof Wien, also ohne jedes Risiko des Verlustes während des Transportes. Am 23. August hat uns das Volksnährungsamt in einer Note mitgeteilt, daß die Regierung über Reisvorräte nicht verfügt, daher eine Reiszulieferung nicht stattfinden kann. Am selben Tage hat uns eine andere Abteilung des Volksnährungsamtes eine Note geschickt, daß der

Preis von 8 K zu hoch ist und uns der Reiseinkauf nicht bewilligt werden kann. Am gleichen Tage hat wieder eine andere Abteilung des Volksernährungsamtes die telephonische Mitteilung gemacht, es wären 15 Zentner Reis durch das Volksernährungsamt zu haben, wir möchten uns entscheiden, der Preis wäre franko Bahnhof Villach 25 K. Weiter sind uns Bohnen zu 5 K 50 h angeboten worden, der Ankauf wurde uns vom Ernährungsamt abgelehnt. Wir haben dann vom Ernährungsamt Bohnen zum Preise von 10 K zugewiesen bekommen. Wir haben sächsische Förderkohle direkt von Grubenbesitzern angetragen bekommen; die Kohle käme mit Versicherung usw. auf 56 K pro Meterzentner, also sehr hoch. Man hat uns heute mitgeteilt, wir bekommen die Erlaubnis zur Einfuhr dieser Kohle, wenn wir die Hälfte dem Staatsamt um 22 K abtreten. Es wurde uns der Einkauf von jugoslawischen Eiern gestattet, wenn die Hälfte der Ware zum Höchstpreis dem Volksernährungsamt abgetreten wird.

Fleischhauer Hütter erzählte folgenden Fall: Bei mir ist vor einer Woche ein Mann erschienen, dem ein gewisser Alt im Café Dogenhof erklärt, er könne jedes Quantum Fleisch bei der Großschlachterei haben, nur müsse er zu einer gewissen Stunde, wo weniger Parteien anwesend seien, einen Wagen mitbringen, der keine Firma trägt und als Erkennungszeichen einen blauen Bettel in die Hand drücken, alles andere werde sich finden. Das hat der Mann gemacht, und im Nu hat er 1500 Kilogramm Fleisch am Wagen gehabt. Der Schleichhändler Alt hat ihm gesagt: „Das Fleisch macht über 51.000 K aus, hier kann ich es nicht nehmen, gehen Sie in einen Anstandsort, geben Sie das Geld in ein Käwert und ich hole es mir dort.“ Der Mann hat erwidert, er habe das Geld gar nicht, er wollte sich nur erkundigen, warum die Bevölkerung hungern müsse. Der Schleichhändler Alt bot dem Manne zunächst 3000, dann 4000 und 5000 K, der Mann lehnte das Geld ab. Das Fleisch wurde vom Betriebsleiter in die Kühlräume der Großschlachterei zurückbefördert; dem Kriegswucheramt wurde die Anzeige erstattet. Der Schleichhändler hat dort 10.000 Kilogramm Fleisch weggeführt und eine Summe von nahezu 700.000 K dabei verdient.“

Also ich behaupte gar nichts, ich behaupte nur so viel, als da in der Presse gestanden ist. (Ruf: *Tratschvorlesung!*) Eine Wiener Zeitung werden Sie doch keine Tratschzeitung nennen; es ist sogar eine Zeitung des ausserwählten Volkes, wie ich sehe — es ist das „Wiener Journal“. Das ist doch keine Tratschzeitung. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt das nicht; die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt nämlich noch viel schlimmer über die Bauern. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat neulich geschrieben (*liest*):

„Die Herren Agrarier sind nicht gewohnt, Steuern zu bezahlen. Sie haben es immer ganz ausgezeichnet verstanden, bei jeder Steuerreform den allergrößten Teil der Lasten den Städten aufzuerlegen, sich selbst um jede beträchtliche Leistung zu drücken. Das hoffen sie auch diesmal wieder tun zu können. Natürlich wagen sie es nicht, offen zu verlangen, daß der landwirtschaftliche Grundbesitz von der Abgabe befreit werden soll. Aber sie suchen das Gesetz so zu gestalten, daß der Wert des Grundbesitzes möglichst niedrig geschätzt wird, damit sie möglichst niedrige Abgaben zu entrichten haben. Deshalb verlangen sie, daß der Boden nicht nach den Preisen geschätzt werden soll, die heute für landwirtschaftliche Liegenschaften gezahlt werden, sondern nach der Höhe seines Ertrages. Aber welches Ertrages? Nach dem Friedensertrag? Aber man kann doch nicht heute, da die Krone zwischen zwei und drei Centimes pendelt, der Bewertung des Bodens die Preise der Agrarprodukte in einer Zeit, in der die Krone 105 Centimes wert war, zu grunde legen! Oder des heutigen Ertrages? Aber nach welchen Preisen soll der Ertrag geschätzt werden: nach den amtlichen Preisen, zu denen der Landwirt seine Bodenfrüchte abführen soll, oder nach den Schleichhandelspreisen, zu denen er sie wirklich verkauft? Man sieht: eine auch nur einigermaßen zutreffende Ertragsberechnung ist unter den heutigen Umständen gar nicht durchführbar.“

Wenn die Bauern so krawallieren würden, wie andere Stände, dann wäre es überhaupt nicht möglich gewesen, in der Weise Ruhe zu bewahren. Es wird immer proklamiert: Wir befinden uns heute in einer freien Republik! Ja, das ist wirklich wahr. Der Industrielle, der Kaufmann, der Arbeiter kann verlangen, was er will. Wenn es der Arbeiter nicht bekommt, dann streikt er wieder; der Industrielle schlägt so und so viel Prozent auf seine Artikel auf, aber der Bauer . . . (Ruf: *Der verlangt schon auch!*) Ja, der verlangt schon auch, man hat also das verlangt. Die Sozialdemokratie verlangt, daß man die Bauernwirtschaften sozialisiert soll. Ich kann aber sagen, daß die Arbeiter unter den gegenwärtigen Verhältnissen viel besser fahren; wenigstens brauchen sie den Betrieb nicht selbst zu leiten, wie sie es tun müßten, wenn er sozialisiert wäre. Es ist die Aufgabe des Bauern, gegen Regen und Sturm und jede Witterung anzukämpfen, und wenn die Ernte da ist und er seine Produkte abzuführen hat, werden die Produkte sozialisiert. Mit der Trennung vom Ackerboden, so hat es noch jedes Jahr geheißen, ist die gesamte Ernte beschlagnahmt und sie wird der Allgemeinheit zugeführt. Das nenne ich Sozialisierung. Der Bauer hat kein Recht auf sie, er muß so und soviel liefern — so und soviel Eier, so und soviel Butter und Milch. Und zu welchen Preisen? Hat es denn

überhaupt einen Sinn, wenn man zwei Kilo Butter für ein Kilo Wagenschmiedere hergeben muß oder für eine Spule Zwirn, die seinerzeit 20 Kreuzer kostet hat? Und dann spricht man von Bucherpreisen! In der Stadt ist man wirklich der Ansicht, der Bauer verzehre seine Sachen selbst oder gebe sie nur zu Bucherpreisen her. In meinem Wahlbezirk, dem Bezirk Ried-Braunau, sind allein 4000 Waggons geliefert worden. Die größte Gemeinde dieses Bezirkes hat allein 67 Waggons vorgeschrieben erhalten, also eine unmögliche Vorschreibung, aber 50 Waggons hat sie tatsächlich geliefert. Eine einzige Gemeinde! Und wenn, was ich schon vorgebracht habe, nach diesen statistischen Ausweisen der landwirtschaftlichen Stellen unsere Ernte nur für sieben Monate ausreicht, so muß der Fehler in den Ernährungsverhältnissen ganz wo anders stecken. Wenn man überhaupt die ganze Sache ernst nimmt, wie unser Herr Staatskanzler jederzeit sagt, wir müssen uns streng an den Vertrag von St. Germain halten, so sollten wir auch streng das einhalten, daß wir gleich nach dem greifen, was uns die Entente gegeben hat, nach Westungarn. Westungarn wäre ganz gut in der Lage, uns über die fünf Monate hinwegzuholzen und wir brauchten vom Auslande nicht das teuere Getreide zu 1500 K pro Meterzentner zu kaufen. (Ruf: Das ist falsch! Wir können uns nicht sieben Monate lang ernähren!) Nach den Ausweisen wohl! Ich behaupte ja nichts. Aber wenn es auch nicht so ist, so würden sich die Verhältnisse doch ganz anders gestalten. Ich glaube, in unserem kleinen Österreich ist es überhaupt nicht am Platze, daß wir uns im Laufe des Jahres, seit wir dem hohen Hause angehören, gegenseitig bekämpfen. Wir sollten einmal gemeinsam vorgehen und alle Mittel und Wege suchen, uns aus diesem Glend herauszuholzen, wenn es überhaupt noch möglich ist. Wir müssen aber sagen, daß wir seit einem Jahre schlecht gewirtschaftet haben; denn nach dem Zusammenbruch, wo wir überhaupt erst unsere Tätigkeit begonnen haben, ist unsere Krone auf 30 Centimes gestanden, während sie heute auf 2 1/2 steht. Infolgedessen haben wir schlecht gewirtschaftet und deshalb können wir der heutigen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen und werden gegen das Budget stimmen. (Beifall.)

Präsident (welcher während der vorstehenden Rede wieder den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Geisler.

Abgeordneter **Geisler**: Hohe Nationalversammlung! Ich werde mich möglichst kurz fassen. Nachdem mir von Seite des Herrn Präsidenten ins Gedächtnis gerufen wurde, daß meine Rede dauer nur eine halbe Stunde beträgt . . .

Präsident (unterbrechend): Ich habe Ihre Redezeit nicht bemessen, das steht mir nach der Geschäftsordnung gar nicht zu; ich habe nur die Tatsache konstatiert, daß Sie selbst gesagt haben, Sie werden mir eine halbe Stunde sprechen.

Abgeordneter **Geisler**: Stimmt! Ich werde mich also beeilen. Und nun zur Sache.

Ein altes Sprichwort sagt: Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie hören alle beide. Von Seite der Herren auf der Linken des Hauses ist heute wieder einmal ein Aufzug veranstaltet worden, welcher doch etwas sonderbar genannt werden kann. Man sollte glauben, des Klassenkampfes wäre schon genug — dem ist aber nicht so. Der Herr Vorredner Stika hat in seine Ausführungen Zitate einfließen lassen, die ich mir denn doch auf ihre Richtigkeit hin ein bisschen unter die Lupe zu nehmen erlauben muß. Über die Höchstpreise ist gesagt worden, daß der Bauer sein Vieh um 70 bis 80 K pro Kilogramm Lebendgewicht verkauft. Meine sehr Verehrten! Höher geht es doch nicht mehr. Der Herr Vorredner hat vergessen, Ort und Namen anzuführen. (Zustimmung.) Aber ich werde mir erlauben, ein Gegenstück dazu ins Treffen zu führen. In unserem Lande Salzburg, im Bezirk Zell am See haben wir Höchstpreise — nicht für Lebendgewicht, sondern für Fleisch! — von 18 und 20 K und für das Extremfleisch von 30 K. (Rufe: Hört! Hört!) Ich gehe weiter. Die Milch kostete in unserem Bezirk bis vor 14 Tagen noch 80 h pro Liter Vollmilch und heute kostet sie 1 K 10 h. (Abgeordneter Witternigg: Das ist nicht wahr!) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, ich unterbreche auch niemanden. Wenn Sie, Herr Abgeordneter Witternigg, sagen, daß das nicht wahr ist, dann haben Sie Zeit genug, das ins richtige Licht zu stellen. Ich kenne Ihre Wahrheitsliebe genug. (Zwischenrufe.) Das ist nur darnach angetan, den Klassenhaß noch zu vermehren und ihn noch intensiver in die Höhe zu treiben. Niemand hat untersucht und speziell von Seite der Sozialdemokraten sind niemals die Mittel angegeben worden, wie die Gestaltungskosten etwas verringert werden könnten. Was kosten heute die Arbeitslöhne? Ich schicke voraus, daß ich Sie darum nicht beneide, aber man muß nur das Wort "Arbeit" in den Mund nehmen, um das richtig zu stellen, was vorher der Richtigkeit entbehrt hat. Bei uns werden 80, 90 und 95 K pro Tag und die Verpflegung bezahlt. Wer das nicht glaubt, kann zu mir kommen und ich werde ihm aus meinem Buche heraus eine ganze Reihe von Namen nennen, die ich persönlich auszähle, ich werde ihm auch andere Geschäfte, Betriebe und Bauern nennen, die dasselbe auszählen müssen. Vor einem Jahre schon betrugen die Löhne 35 und 40 K pro Tag und

die kost und nur in den seltensten Fällen hat man jemanden zur Arbeit bekommen. (*Hört! Hört!*) Das wollte ich zur Steuer der Wahrheit angeführt haben.

Höchstpreise, meine Herren, das ist überhaupt ein sehr ein odioses Wort. Wo ist denn ein Stand, ein Erwerbszweig, der sonst mit Höchstpreisen für seine Produkte beglückt worden wäre außer dem Bauernstand? Wissen Sie von irgendeiner Seite des Hauses mich hierüber zu belehren oder mir einen Stand zu nennen? Ich weiß keinen. Vom ersten Moment des unglückseligen Krieges an sind die Höchstpreise dem Bauernstande allein aufgekroxt worden. (*Sehr richtig!*) und ich kann in dieser Beziehung die Regierung nicht freisprechen; daß der Schleichhandel in so üppiger Weise in die Halme schießen konnte, hat nicht zum mindesten die Regierung durch ihre Preisregulierung verschuldet. Wenn der Bauer solche Arbeitslöhne zahlt, wenn er auf die Bezahlung der verschiedenen Steuererhöhungen, die er unter allen Umständen wird leisten müssen, gefaßt sein muß, muß er unter allen Umständen auch für seine Produkte einen dementsprechenden Preis verlangen. Ich habe gesagt, was bei uns Fleisch und Milch kosten. Der Bauer bekommt aber nicht diesen Preis für das Fleisch, diesen Preis bekommt erst der Metzger; bei uns war bis zum Frühjahr der Höchstpreis für Schlachtvieh fünf Kronen per Lebendgewicht und jetzt ist er auf sieben Kronen gestiegen. (*Hört! Hört!*) Dabei darf man nicht vergessen, daß davon fünf Prozent an Gewicht und drei Prozent an Geld in Abzug gebracht werden. Mit solchen Preisen kann man nicht arbeiten, mit solchen Preisen wird der Bauernstand dorthin kommen, wo er schon vor dem Kriege war, er wird einfach verschuldet werden. Und was das heißt, denjenigen Stand der alle anderen Stände mit seiner Hände Arbeit ernährt, zur Verschuldung bringen, daß er nicht mehr existieren kann, wird die Allgemeinheit vielleicht dann erfahren, wenn es schon zu spät ist.

Ich komme zu einem anderen Punkt, der auch vielleicht eine kleine Berichtigung verdient. Es ist gesagt worden, daß gerade die arbeitende Klasse und die anderen Stände schlecht beliefert werden, daß sie so unterernährt und die Schulen so geleert sind. Soll ich vielleicht ein Gegenbeispiel anführen, ein wahres Gegenbeispiel, nicht ein bei den Haaren herbeigezogenes, denn darauf gebe ich nichts? Bei uns sind die Bauern gezwungen gewesen, sich dem sozialdemokratischen Konsumverein „Vorwärts“ zur Belieferung anzuschließen, weil dieser ganz anders, schneller und ausgiebiger mit der vollen Quote beliefert wird als die anderen Konsumvereine des Bezirks. Wenn die Arbeitersassen und die arbeitenden Stände solche Einkaufsquellen zur Verfügung haben, daß selbst die Bauern, von denen

man behauptet, daß sie in Fett und allen Zerealien schwimmen und prassen, zu diesem sozialdemokratischen Konsumverein gehen und sich dort ihre Zerealien holen, so muß es nicht gar so schlecht bestellt sein, zum mindesten müssen sie nicht schlechter versorgt sein als die bürgerliche Bevölkerung, über die heute von dieser Stelle aus und nicht nur heute, sondern auch schon früher sehr vieles, nur nichts Schönes gesprochen worden ist.

Weil ich sage, daß von dieser Stelle aus über die bürgerliche Bevölkerung manchmal sehr scharf ins Gericht gegangen worden ist, so erinnere ich mich auch an einen Fall, den der Herr Abgeordnete Abram von der sozialdemokratischen Fraktion hier so schön angeführt hat: es ist die Sachdemobilisierungsangelegenheit. Sie alle wissen, meine Herren, daß kein Land, daß kein Bauer mehr ein gutes Haar an sich gehabt hat, als der Berichterstatter Nationalrat Abram damals von dieser Stelle weggegangen ist. Ich bin damals nicht in die Lage gekommen, ihm gleich das richtige Gegenbild hinstellen zu können, aber ich möchte das heute nachtragen. Den Bauern ist imputiert und unterschoben worden, daß sie zumindest alles an Pferden, Wagen usw. gestohlen haben. Nun gut, ich will nicht untersuchen, ob es für den Staat und für die Allgemeinheit besser gewesen wäre, wenn die ganz heruntergekommenen, unterernährten und abgerackerten Pferde als Kadaver neben den Straßen liegen geblieben wären, oder ob es nicht denn doch vielleicht für die Allgemeinheit und auch vielleicht für manchen Wiener Magen besser war, daß das Pferd, welches der Bauer mit dem Heu seiner eigenen Ernte aufgefüttert und aufgepäppelt hat, dann nach Wien oder auch nach Salzburg verkauft wurde. Ich schließe nicht aus, daß solche Pferde auch in Salzburg in der Nähe des Herrn Kollegen Witternigg geschlachtet worden sind. Das war damals das Verbrechen der Bauern. Die Herren vergessen aber immer anzuführen, daß wir noch immer nicht gehört haben, wohin die Automobile, Flugzeuge und Kanonen, mit einem Wort, das andere kostbare Kriegsmaterial gekommen ist. (*Sehr richtig!*) Ich habe noch keinen Bauern in einem Aeroplan wegfliegen oder im Auto fahren gesehen, aber alle diese Materialien sind weg. Ich schließe daraus, daß es vielleicht unter den anderen Ständen auch Leute gibt, die nicht ganz reine Hände haben. (*Zwischenrufe.*)

Es wird von verschiedenen Seiten bitter geklagt, daß die landwirtschaftliche Produktion nicht auf der Höhe ist, auf die sie gehört. Was ist aber schuld daran? Zum größten Teil der Mangel an Arbeitern. Der Herr Kollege Witternigg lächelt, er glaubt es nicht; er wird es seinerzeit einmal glauben. Aber woher kommt den manchmal — ich sage nicht immer — der Mangel an landwirtschaft-

lichen Arbeitern? Gestatten Sie, daß ich ein wahres Beispiel aus der jüngsten Zeit anfühe. Im Orte Saalfelden, der meinem lieben Kollegen Witternigg bekannt ist, gibt es auch — zu ihrer Ehre sei es gesagt — ehrliche Eisenbahnarbeiter, ehrliche Eisenbahnbedienstete, arbeitswillige Leute — alle Achtung! Diese Angestellten haben, um sich eine kleine Zubuße neben ihrem Verdienst zu erwerben, Akkordarbeiten von landwirtschaftlichen Besitzern übernommen. Was aber war die Folge? Hören Sie, meine Verehrtesten, und verstehen Sie mich nicht falsch, denn es ist wahr: in kürzester Zeit ist diesen Eisenbahnarbeitern von Seiten der Herren Arbeiterräte ein Schreiben zugegangen, worin dagegen ganz energisch Verwahrung eingelegt wird und warum? Das durfte nicht sein, weil der Arbeiterklasse dadurch Konkurrenz gemacht wird. So schaut die Arbeitsliebe, der Arbeitswille der Herren Arbeiterräte aus! So schaut der Wille aus, unsere landwirtschaftliche Produktion zu heben, um den Magen des armen Zweihaxligen besser anzufüllen. (Zwischenruf des Abgeordneten Witternigg.) Das ist Faktum, Herr Witternigg, erkundigen Sie sich!

Ich habe noch etwas zu sagen. Unser Herr Staatssekretär für Inneres hat gestern eine Parallele zwischen den Ständen gezogen und ich glaube, die Herren aus der arbeitenden Klasse können gewiß mit seinen Deklarierungen zufrieden sein. Etwas schlimmer ist es schon den Bauern gegangen. Die Ausschreitungen in Neunkirchen waren etwas Menschliches, etwas Selbstverständliches, was man einfach wie eine Pille verschluckt, was jeden Tag vorkommt. Aber daß sich schließlich und endlich auch die Bauern an anderen Orten dessen erinnert haben, was sie schon manchmal gesagt haben: wir werden es der arbeitenden Klasse nachmachen, und weil sie jetzt nur passive Resistenz geläßt haben, so ist das zur Mordtat gestempelt worden. Ob das vom Herrn Staatssekretär objektiv war oder nicht, will ich nicht untersuchen, ich wäre nicht kompetent dazu. Zimmerhin wird sich das die bäuerliche Bevölkerung ad notam nehmen.

Noch eines. Es ist auch von der Arbeitswilligkeit gesprochen worden. Ich gebe zu, daß sehr, sehr viele brave und fleißige Arbeiter sind, speziell wir in der Landwirtschaft haben noch Gott sei Dank zum größten Teile, ich möchte sagen, 99 Prozent brave, fleißige und unverdorbene Arbeiter. (So ist es!) Wie hat man da geschimpft, was für Rosenamen hat man erfunden für die bäuerlichen Kreise aus diesem oder jenem Anlaß! Darüber ist aber nichts gesagt worden, daß es gerade die bäuerlichen Kreise waren, die am nächsten Tage nach dem Zusammenbruch, nach der Rückkehr aus dem Schützengraben, nach der Heimkehr nach dem fünfjährigen Kriege Pickel und Schaufel in die Hand genommen und für die Allgemeinheit

geschaffen und produziert haben. (Sehr richtig!) Wissen Sie einen andern Stand, der so unverzüglich zur Arbeit gegriffen hat? Ich weiß keinen. Ich bitte, wollen Sie vielleicht Erhebungen pflegen, welches der Prozentsatz der Arbeitslosen im Bauernstande ist! Das glaube ich, verdiente hier festgehalten zu werden. (Zwischenrufe.)

Ich glaube, man könnte für die heutigen Verhältnisse gar nichts besseres sagen als: Gleiches Recht für alle! (Zustimmung.) Wenn wir hier in dieser zur wandelnden Leiche gestempelten Stadt miteinander leben und existieren wollen, so ist, glaube ich in erster Linie notwendig und am Platze, daß die Schürung des Klassenhasses gerade von kompetenter Stelle ans zu unterbleiben hat, und wenn ich das gesagt, wenn ich damit eine Anspruchsgemacht habe, so nehme ich davon kein Wort und kein Tota zurück. Es ist das denn doch noch nie widerlegt worden, wenn man sich auch heute über einen bäuerlichen Redner lustig gemacht hat — ich habe auch nicht geweint, nebenbei gesagt —, so ist doch nicht zu verkennen, daß der Bauernstand der wichtigste Stand ist. Alles, womit sich die Menschheit nährt und womit sich die Menschheit bekleidet, muß in erster Linie vom Grund und Boden kommen und der Stand, der Grund und Boden bearbeitet, ist der Bauernstand und darum: Hoch der Bauernstand! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Friedmann. (Nach einer Pause:) Ist der Herr Abgeordnete Friedmann nicht anwesend? (Nach einer Pause:) Da der Herr Abgeordnete im Saale nicht anwesend ist, verliest er das Wort.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Hollersbacher.

Abgeordneter Hollersbacher: Hohes Haus! Wenn ich den Staatsvoranschlag, die neuen Steuergesetze, die Vermögensabgabe und die allgemeine Lage betrachte, so beschleicht mich eine bittere Sorge um die Zukunft unseres Bauernstandes, besonders um die Zukunft unserer Gebirgsbauern. In dem Staatsvoranschlag ist für die Landwirtschaft verblüffend wenig vorgesehen (sehr richtig!), in den Steuervorlagen und bei der Vermögensabgabe aber wird der Bauernstand gewaltig herangezogen. Wenn man den Bauernstand zu großen Abgaben verpflichtet, muß man ihm auch die Möglichkeit geben, diese Abgaben zu leisten, und wie können wir den Bauernstand in die Lage versetzen, seiner Verpflichtung nachzukommen? Wir können den Bauernstand nur dann in die Lage versetzen, seiner Verpflichtung nachzukommen, wenn wir für die Hebung und Förderung der Viehzucht etwas tun, wenn wir durch Be-

schaffung von Kunstdünger für die Hebung des Getreidebaues etwas tun, wenn wir den Obst- und den Weinbau fördern, wenn wir das Meliorationswesen fördern, wenn wir das landwirtschaftliche Fortbildungswesen fördern usw. Insbesondere aber müssen wir mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft beginnen. (*So ist es!*)

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft ist zur Hebung der Viehzucht unbedingt erforderlich. Bei uns in Steiermark zum Beispiel hat die Zwangswirtschaft den Viehstand um 24,8 Prozent reduziert. Die Zwangswirtschaft hat manchem Besitzer die schönsten Stücke Zuchtvieh entrissen, sie hat dem Bauern die Lust zur Züchtung genommen. (*Sehr richtig!*) Darum ist es eine der ersten Forderungen: Weg mit der Zwangswirtschaft! Zur Förderung der Viehzucht ist dann auch unbedingt die entsprechende Menge Salz nötig. In mehreren Gegenden unseres Staates herrscht schon seit Monaten eine bittere Salznot, eine Not, die schon furchtbar ausgeartet hat. So sind die überaus traurigen Ereignisse in Feldbach, wo ja eines unserer Mitglieder beinahe erschlagen wurde, darauf zurückzuführen. Die Bevölkerung hat es begriffen, daß der Preis des Salzes erhöht wurde, denn ohne diese Preiserhöhung hätte man ja wahrscheinlich die Erzeugungskosten nicht decken können. Die Bevölkerung kann es aber nicht begreifen, daß das Salz nicht in genügender Menge in die Landwirtschaft kommt, da doch dieses Produkt zur Genüge in unserem Lande erzeugt werden kann. Die Landwirtschaft kann es nicht begreifen, daß man solche einschränkende Maßnahmen bei einem Produkt trifft, von dem doch eigentlich niemand mehr verbraucht, als unbedingt notwendig ist. (*Sehr richtig!*) Es ist also Pflicht der Regierung, Maßnahmen zu treffen, damit unsere Landwirtschaft mit den nötigen Salzmengen versorgt werde.

Weiters benötigen wir unbedingt die Beschaffung von Kunstdünger, denn ohne die nötigen Kunstdüngermengen geht unsere Getreideproduktion immer mehr und mehr zurück. Naturdünger ist ja infolge der Reduzierung unseres Viehstandes in genügender Menge nicht vorhanden und selbst wenn er in genügender Menge vorhanden wäre, könnte er den Phosphorsäuredünger nicht ersetzen. Denn zum Getreidebau ist nicht nur Stickstoffdünger erforderlich, sondern auch die anderen Düngemittel, phosphorsaures Kali usw. Unsere Gebirgsböden sind hauptsächlich arm an Phosphorsäure. So sind nun unsere Ernten von Jahr zu Jahr zurückgegangen und unsere Gebirgsbauern müssen, wenn nicht bald Abhilfe in der Weise geschaffen wird, daß ihnen Kunstdünger zugewiesen wird, wieder zur alten Glendswirtschaft, zur sogenannten Ausrastewirtschaft zurückkehren, welche natürlich eine gewaltige Beeinträchtigung des Getreidebaues bildet.

Zur Hebung des Getreidebaues ist auch die Abschaffung der Zwangswirtschaft notwendig. Denn die staatliche Bewirtschaftung des Getreides hat den Bauern die ganze Lust genommen, sich um das Getreide zu scheren. Die staatliche Bewirtschaftung ist meines Dafürhaltens heute wirklich ein Unsinn. Ich gebe zu, daß sie am Platze wäre, wenn wir mit dem, was wir ernten, unsere Bevölkerung ernähren könnten. Ich gebe zu, daß sie eine Berechtigung hätte, wenn wir unsere Bevölkerung damit ein halbes Jahr oder auch nur ein Vierteljahr ernähren könnten. Aber, da wir zum Beispiel in Steiermark unsere Konsumenten nur 14 Tage mit dem ernähren können, was aufgebracht werden konnte, hat die staatliche Bewirtschaftung wirklich keinen Sinn und wirkt in der Bevölkerung nur aufreizend. (*Sehr richtig!*) Daraus folgt wieder, daß es unbedingt notwendig ist: Weg mit der Zwangswirtschaft!

Weiter ist zur Hebung unserer Landwirtschaft entschieden die Förderung des Obst- und Weinbaus sowie die Unterstützung jener Einrichtungen notwendig, die für die Obstverwertung, Kellereien usw. geschaffen werden.

Ganz besonders muß auch dem Meliorationswesen und namentlich dem landwirtschaftlichen Fortbildungswesen das Augenmerk zugewendet werden. Man wird mir einwenden, es sei nicht möglich, jetzt mit dem Fortbildungswesen zu beginnen. Da ist es meine Ansicht, daß man sich, solange man diese Anstalten nicht hat, mit den sogenannten Kursen mehr befäßt: Kurse zur Hebung der Viehzucht, des Obstbaus, Kurse für die Kellerwirtschaft usw. Da wird es nun notwendig sein, daß die Regierung speziell für diese Kurse das Nötige veranlaßt. Kurz gefaßt, der Landwirtschaft muß besser unter die Arme gegriffen werden, sonst ist es ihr unmöglich, die Anforderungen, die an sie gestellt werden, zu erfüllen. Es ist daher Pflicht der Regierung, jene Maßnahmen, welche die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion hemmen, sofort aus der Welt zu schaffen und solche Maßnahmen zu treffen, die die landwirtschaftliche Produktion fördern. Und mit der Aufforderung, daß die Regierung diese Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft recht bald ergreife, schließe ich. (*Beifall.*)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Klug; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Klug: Hohes Haus! Ich erlaube mir ebenfalls in diese große Budgetdebatte einzutreten. Es ist schon viel über die Hebung und Förderung der Landwirtschaft, der Bodenproduktion und über die Förderung der Volks-

ernährungsartikel gesprochen worden. Ich erlaube mir, einiges in diesem Belange beizufügen.

Es ist uns heute zum öfters vorgeworfen worden, daß die Landwirtschaft nicht voll und ganz ihrer Pflicht bewußt war oder sie erfüllt hat. Nun, ich als Getreideaufbringungsorgan habe mich während der Kriegszeit wohl zur Genüge mit dieser Funktion befaßt und ich muß konstatieren, daß die Bauernschaft diese ihre Pflicht gegenüber dem Staate, gegenüber der konsumierenden Bevölkerung voll und ganz erfüllt hat. Es ist hier öfters gesagt worden, daß viel mehr hätte produziert, daß viel mehr hätte abgeliefert werden können. Das ist leicht gesagt. Man muß bedenken, daß geschehen ist, was eben geschehen konnte. Die Schwierigkeiten, die die Ernährung behindert haben, sind viel zu wenig beachtet worden. Ich habe in der schweren Kriegszeit die Mühseligkeiten und Beschwerden der Aufbringung genug zu spüren bekommen. Man bedenke doch, daß die Bauern in ihrem Eigentumsrecht gehemmt waren, daß sie — man kann sagen — das Selbstbestimmungsrecht auf ihrem Grund und Boden geradezu eingebüßt haben. Als der Staat mit seinen Gesetzen, mit seinen Requirierungsverordnungen gekommen ist, sind die Bauern zuerst etwas stutzig geworden. Sie haben aber eingesehen, daß es nicht anders gehe, und haben sich diesen Vorschriften gefügt. Mit der Zeit ist aber auch ihre Bereitwilligkeit abgestumpft worden, als sie gesehen haben, daß man mit den Produkten, die man ihnen abgenommen hat, schlecht gewirtschaftet hat. Als sie erfahren haben, daß viele tausende Meterzentner durch die ungeschickte Wirtschaft der Zentralen verdorben sind, ist ihr Vertrauen zur Zentralenwirtschaft geschwunden. Da hat auch die Opferfreudigkeit der Bauern nachgelassen, nachdem sie gesehen haben, daß mit den Produkten, die sie so hart entbehren mußten, eine Miszwirtschaft getrieben wurde, daß sie in freuentlicher Weise zugrunde gegangen sind.

Manches ist auch wieder vergessen worden. Man bedenkt heute nicht, daß wir jetzt in einem ganz anderen Staat leben als zu Beginn des Krieges. Damals hatten wir noch reiche Produktionsgebiete in unserer eigenen Verwaltung, zu unserer eigenen Versorgung. Mit dem Zusammenbruch sind diese Produktionsgebiete von uns abgesunken. Unser heutiger Staat besteht nur aus einem kleinen Leib und einem großen Kopf. Dieser große Kopf, die Stadt Wien mit ihren zweieinhalb Millionen Einwohnern, entspricht heute nicht mehr den Verhältnissen des Staates, des Produktionsgebietes. Man bedenkt nicht, daß Ungarn, Jugoslawien, Galizien, diese großen produktiven Gebiete, von uns abgesunken sind, so daß wir heute nicht mehr in der Lage sind, uns allein zu ernähren. Schon das alte Österreich mußte Getreide einführen, und zwar in sehr be-

trächtlichen Mengen. Wenn schon im alten Staat die Einfuhr unbedingt notwendig war, um wieviel notwendiger ist sie jetzt heute, wo diese reichen Produktionsgebiete nicht mehr in unserm Besitz sind. Man bedenkt weiter nicht die großen Schwierigkeiten, mit denen der Bauer heute zu kämpfen hat, man bedenkt nicht, daß ihm sein Vieh gewaltsam aus dem Stalle geholt wurde, daß er dadurch in seiner eigenen Wirtschaft Schaden gelitten hat. Man bedenkt nicht, daß er nicht mehr den notwendigen Stalldünger, daß er nicht mehr Kunstdünger in ausreichender Menge zur Verfügung hat, die er sich früher in genügendem Maße beschaffen konnte. Das alles ist heute nicht mehr möglich. Deshalb ist auch die Produktion immer mehr zurückgegangen, weil man alle jene Mittel nicht hatte, die man zur Förderung und Hebung der landwirtschaftlichen Produktion unbedingt notwendig braucht. Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, daß wieder die zur Hebung und Förderung der Bodenproduktion und der Landwirtschaft notwendigen Mittel geschaffen werden. Diese Mittel erachte ich nur in der Beschaffung von Düngemitteln, wie schon mein sehr geehrter Herr Vorredner so ausführlich berichtet hat, damit die Viehzucht wieder gehoben wird, ebenso in der Aufhebung der Zwangsirtschaft. Dadurch gewinnen wir wieder mehr Stalldünger, mehr natürlichen Dünger, und sind dann nicht so sehr auf den Kunstdünger angewiesen. Freilich benötigen wir auch noch den Kunstdünger und wir müssen, da wir im alten Staat unseren Kunstdünger zum größten Teile aus dem Auslande bezogen haben, dieser aber heute infolge der Balata-Verhältnisse und auch infolge des Mangels an Kunstdünger im Auslande nicht beschafft werden kann, zugreifen und selbst Kunstdüngerfabriken im eigenen Staat gründen.

Ich verweise da ganz besonders auf die Verwertung der Fäkalien der großen Städte. Die Fäkalien der großen Städte werden heute auf die Sturzbrücke gebracht, werden also in den Fluß gestürzt und vom Fluß weggetragen. Darüber hat schon der Herr Berichterstatter ausführlich berichtet. Ich muß aber noch einmal auf dieses Thema zurückkommen. Das ist eine Vergeudung unserer Produktionsmittel und die landwirtschaftlichen Besitzer legen Wert auf diese wertvollen Düngermittel. Es muß also daran gegangen werden, diese Fäkalien in fabriksmäßiger Weise zu Kunstdünger zu verarbeiten. Dadurch können wir große Werte für die Landwirtschaft und für die Hebung der Volkswirtschaft gewinnen. Das wird zwar dem Staat anfangs ziemliches Geld kosten, aber es wird sich bezahlt machen und durch die Einnahmen, die von diesen Fabriken wieder hereingeschafft werden können, lohnen.

Wir müssen alle jene Mittel anwenden, die uns zur Verfügung stehen und nicht diejenigen, die

noch in weiter Ferne liegen. Diese Düngemittel sind hier in so reichem Maße, nützen wir sie aus! Im Staatsvoranschlag ist aber für diese Belange nur eine ganz geringe Post eingestellt. Zum Beispiel für das Meliorationswesen der kleinwinzige Betrag von 1,500.000 K; das ist ein lächerlich geringer Betrag, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel ein Projekt allein schon mehrere Millionen Kronen kostet. Was läßt sich mit einer solchen Bagatellziffer anfangen? Es läßt sich überhaupt kein großzügiges Unternehmen damit beginnen.

Es ist heute von einem Herrn Abgeordneten, der Konsumentenvertreter ist, gesagt worden, die Bauernschaft, die Landwirtschaft müsse sich selber auf die Füße stellen. Wie kommt der Staat dazu, daß er dazu beitragen solle, daß er die Bauernschaft immer unterstützen soll, da die Bauernschaft selbst Kapital genug habe. Das ist wohl noch immer ein falsches Bild. Es haben sich ja einige größere Besitzer, die ein Schüppel Vieh verkauft und abgesetzt hatten, damit ein kleines Kapital geschafft. Damit ist aber nur ein Ausleben von ihrer Wirtschaft gemacht worden, denn die Betriebsmittel sind ihnen zwangsläufig genommen worden. Es ist dies ein erzwungenes Kapital, ein Geldkapital. Anderseits haben sie an Grund und Boden beträchtlichen Schaden erlitten.

Der Besitzer hat Schaden gelitten, da er seinen Viehstand auf die Hälfte oder bis auf ein Drittel reduzieren mußte. Es hat dadurch auch die Produktion Schaden gelitten, der Bauer konnte seinem Acker und seiner Wiese nicht mehr jenes Maß an Dünger zuführen, welche das Feld notwendig gebraucht hätte. Daher existiert ein ganz falsches Bild über den Geldreichtum des Bauern und wenn sich der Bauer auch von seinen Schulden losmachen konnte, man merkte schon, daß die gute Zeit für ihn vorüber ist, denn die Höchstpreise sind nicht dazu angekommen, daß sich der Bauer wirtschaftlich noch weiter in die Höhe arbeiten kann, denn wenn man die Höchstpreise bedenkt, wie sie heute schon angeführt worden sind, für Getreide 2 K, für Vieh 7-8 und 9 K, so findet man, daß diese Preise nicht im Verhältnis zu den Gestehungskosten stehen. Bei weitem nicht. Sie sind nicht im entferntesten für die Gestehungskosten hinreichend. Wenn der Bauer irgend einen unentbehrlichen Bedarfsartikel für seine Wirtschaft braucht, eine Maschine, ein Werkzeug oder sich eine Kleidung beschaffen muß, dann gehen die Preise ins horrende, ins wahnfinnige. Man sieht schon, daß der Bauer heute fort und fort auf seine Wirtschaft draufzahlt, es liegt gar kein Grund vor, mit neidigen Blicken auf den Bauer hinzuschauen.

Und wenn gesagt worden ist, daß der Bauer doch den notwendigsten Lebensunterhalt hat, während der Konsument diesen nicht hat, muß man auch be-

denken, daß der Bauer jene Lebensmittel, die er selbst in den Mund steckt, auch schwer erarbeiten muß, denn es sind nicht lauter gebratene Tauben, die ihm von selbst in den Mund fliegen. Es muß geschunden, erobert und abgerackert werden. Denken Sie nur die hohen Löhne der Dienstboten. Sie müssen ja hohe Löhne erhalten. Womit sollen sie sich denn bekleiden? Früher hat man einem Knechte 40, 50, 60, 70 oder 80 Gulden gegeben, auch das war schon schwer aufzubringen in der damaligen Zeit; heute muß man das in einem Monate geben und es reicht auch nicht, weil der allerbescheidenste Anzug 2000 K kostet; von einem besseren Anzug ist überhaupt nicht mehr die Rede. Man sieht, daß die Gestehungskosten, die Produktionskosten ins unermessliche sich steigern. Da ist es gerecht, daß der Bauer für seine Produkte, die er erzeugt und schwer und mühsam erzeugen muß und deren Erzeugung mit hohen Kosten verbunden ist, entsprechende Preise verlangt. Wir sind gewiß nicht gewillt, Wucherpreise zu verlangen, wie hier gesagt worden ist. Daß Fleischpreise mit 30 und 40 K existieren, davon hat der Bauer nichts. Wo ist denn einmal ein derartiger Preis gezahlt worden? Das müßte erst kommen. Was im Schleichhandel ergattert worden ist und heute noch ergattert wird, kommt zum allerwenigsten von insländischen Bauern. Denn das ist Einführvieh, das ist Importvieh. Der Bauer kann nicht verantwortlich gemacht werden, daß für jenes eingelieferte Vieh solche Fleischpreise gezahlt werden müssen. Man hat hier noch viel zu wenig Aufklärung über die landwirtschaftlichen Verhältnisse bezüglich der Preispolitik der wirtschaftlichen Produkte. Es geht auch nicht mehr weiter, daß mit jenen Preisen das Auslangen für die wirtschaftlichen Betriebe gefunden werden kann. Es muß naturgemäß eine Preispolitik eintreten, die wirklich die Gestehungskosten, den Produktionskosten voll entspricht.

Ich habe noch einiges vorzubringen, nämlich die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung der ländlichen Arbeiter und Dienstboten. Ich habe einen solchen Antrag schon im Mai vorigen Jahres eingebracht. Dieser Antrag wäre dazu angetan, uns wieder mehr Arbeitskräfte zur Hebung und Förderung unserer Landwirtschaft zu verschaffen. Aber bis heute ist leider noch gar kein Anzeichen hierfür vorhanden. Ich muß darauf bestehen, daß in diesem Belange etwas geschieht, denn wenn der Bauer keine Arbeitskräfte hat, hilft alles Kritisieren nichts, hilft das ganze Raunzen nichts. Es muß einmal Ernst damit gemacht werden, daß die ländlichen Arbeiter auf eine solche Stufe gestellt werden, wie sie die industriellen, Arbeiter mit Recht für sich in Anspruch nehmen. Auch der ländliche Arbeiter hat Anspruch auf eine

Erfieng, auch er wird einmal alt werden und muß die Sicherheit haben, daß er, wenn er einmal seinem ausgerackerten Körper Ruhe gönnen muß, nicht in die Einlege wandern muß, daß er weiß, daß er seine Tage standesgemäß beenden kann und nicht herumgeschupft wird wie ein Auswurf der menschlichen Gesellschaft. In dieser sozialen Richtung muß noch sehr viel geschaffen werden; es muß noch sehr viel daran gearbeitet werden: es müssen da Versorgungsanstalten geschaffen werden, es muß eine Krankenversicherung und eine Altersversicherung geschaffen werden, zu der die Arbeiter selbst einen Teil beitragen müssen, für die aber auch die Arbeitgeber verpflichtet werden müssen, einen erkledlichen Beitrag zu leisten. Denn nur so können wir unsere Arbeiter an die Scholle binden. Ich glaube, da werden uns auch die Herren Sozialdemokraten gar keine Schwierigkeiten zu machen brauchen, denn die Industrie ist ohnehin schon genug übervölkert, wir aber brauchen die Leute äußerst notwendig. Wir wollen damit auch kein Überangebot in der Industrie herbeiführen. Ein sozialdemokratischer Arbeiterführer hat einmal zu mir gesagt: Ihr müßt ein Gesetz schaffen, damit uns die ländlichen Arbeiter nicht immer in den Rücken fallen und uns nicht Konkurrenz in unseren Betrieben machen. Ich erwiderte: Ihr dürft halt die Leute nicht aufnehmen. Das Gesetz, diese Macht habt ihr selbst in den Händen.

Wir müssen aber auch den Anfang damit machen, unsere ländlichen Arbeiter auf jene Stufe zu bringen, wie sie die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen erreicht haben. Es muß das Gleichgewicht hergestellt werden, denn die ländlichen Arbeiter haben dasselbe Recht auf eine anständige Verpflegung und Versorgung im Alter. Daher bitte ich alle Parteien dieses Hauses, an der sozialen Hebung dieses Standes mitzuwirken, damit endlich auch für die ländlichen Arbeiter jene Einrichtungen geschaffen werden, die es ihnen ermöglichen, in ihren alten Tagen auch eine anständige Versorgung zu finden. (Beifall.)

Präsident: Ich werde die Verhandlung abbrechen.

Es ist eine Buzchrift der Staatsregierung eingelangt, mit der die Einbringung einer Vorlage angekündigt wird. Ich ersuche um die Verlesung.

Schriftführer Forstner (liest):

„Der Staatssekretär für Finanzen erlaubt sich, den im Kabinettsschluß vom 11. Mai 1920 beschloßnen Entwurf des Gesetzes, womit einige

Bestimmungen der Gesetze vom 18. Dezember 1919, St. G. Bl. Nr. 570, 571 und 572, und des Gesetzes vom 22. März 1920, St. G. Bl. Nr. 134, abgeändert und ergänzt werden (2. Nachtrag zum Besoldungsgesetz (833 der Beilagen) als Vorlage der Staatsregierung mit dem Ersuchen um schleunigste verfassungsmäßige Behandlung zu unterbreiten.

Wien, 12. Mai 1920.

Der Staatssekretär für Finanzen:
Reisch.“

Präsident: Die Regierung ersucht um eine möglichst dringliche Behandlung der Vorlage. Wenn keine Einwendung erfolgt, werde ich die Vorlage sofort dem Finanz- und Budgetausschuß zuweisen. (Nach einer Pause:) Es wird keine Einwendung erhoben, ich werde daher in diesem Sinne vorgehen.

Ich werde ferner zuweisen: dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft den Antrag der Abgeordneten Größbauer, Egger und Genossen, betreffend die Errichtung von Stickstofffabriken (828 der Beilagen).

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Freitag, den 14. Mai um 1 Uhr mittags. Es soll nämlich vormittags die Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses stattfinden. Als Tagesordnung schlage ich vor:

1. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (320 der Beilagen), betreffend die Errichtung einer Abgabe von Spielen in öffentlichen Lokalen zur Fürsorge für Kriegbeschädigte, Kriegerwitwen und Kriegerwitwen (Spielabgabengesetz) (817 der Beilagen).

2. Fortsetzung der Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen) und für die Dauer der Verhandlung der Gruppen XI und XVI in Verbindung damit den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, betreffend die Budgetierung eines Betrages von zwei Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft (752 der Beilagen).

Wird gegen Tag, Stunde und Tagesordnung eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, der Vorschlag, ist genehmigt.

Ich schließe die Sitzung.

Schlüß der Sitzung: 6 Uhr 20 Minuten nachmittags.